

Gut für Sachsen-Anhalt:

Solidarität statt Ellenbogen

DIE LINKE.
SACHSEN - ANHALT

Abstimmungsheft

1. Tagung des 8. Landesparteitages – CCe Kulturhaus, Spergauer Straße 41a, 06237 Leuna

Hinweise:

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Landesvorstand hat am 15. März 2021 zu den eingereichten Änderungsanträgen beraten und übernimmt einige Änderungsanträge komplett oder teilweise – dies ist unter dem jeweiligen Änderungsantrag dokumentiert.

Die Änderungsanträge, die nicht übernommen oder teilweise übernommen wurden, sind hellgrau unterlegt, ebenso die Textstellen auf die sich Änderungsanträge beziehen.

(Das Inhaltsverzeichnis wurde nicht bearbeitet. Nach diesen Seitenzahlen könnt ihr euch nicht richten.)

3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44

Antrag

**an die 1. Tagung des 8. Landesparteitages der Partei
DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 29. Januar 2021 in Plötzky**

**Gut für Sachsen-Anhalt:
Solidarität statt Ellenbogen
(Entwurf des Landtagswahlprogramms)**

	Inhaltsverzeichnis	
		Seite
45		
46		
47	Präambel: Nur ein starker Sozialstaat schützt uns vor der Krise	3
48	Teil I: Gerechtigkeit, die wir meinen	5
49	I.1 Gute Arbeit: Sachsen-Anhalt verdient besseres	5
50	I.2 Soziales: Sicher und gerecht durch die Krise	9
51	I.3 Gesundheit: Gemeinwohl statt Profite	11
52	I.4 Gerechtigkeit ist weiblich	13
53	I.5 Senior*innen: Für einen guten Lebensabend in Sachsen-Anhalt	15
54	I.6 Ostdeutsch: Selbstbewusst und Selbstbestimmt	16
55	Teil II: Fortschritt, den wir meinen	17
56	II.1 Wirtschaft: Ein Investitionspaket für Sachsen-Anhalt schnüren	17
57	II.2 Energiewende: Sozial, ökologisch und vor Ort	21
58	II.3 Klimaschutz: CO ₂ -Ausstoß reduzieren, Naturschutz verbessern	22
59	II.4 Land- und Fortwirtschaft: Ausverkauf stoppen, Wälder retten	25
60	II.5 Digitalisierung: Teilhabe statt digitaler Spaltung	29
61	II.6 Entwicklungspolitik: Globale Gerechtigkeit, die wir meinen	31
62	Teil III: Bildungsgerechtigkeit, die wir meinen	32
63	III.1 Schule: Wir werden den Mangel beenden!	32
64	III.2 Kinder und Jugend – besser fördern, schützen und beteiligen!	36
65	III.3 Studium und Wissenschaft fördern	38
66	Teil IV: Zusammenhalt, den wir meinen	41
67	IV.1 Ländliche Räume, Kommunen und Verwaltung	41
68	IV.2 Verkehr: Angebote für Stadt und Land	42
69	IV.3 Stadtentwicklung und Wohnen: Bezahlbar, familienfreundlich und altersgerecht	44
70	IV.4 Kultur: Kreativ und solidarisch	46
71	IV.5 Verlässliche Förderung des Sports	49
72	Teil V: Vielfalt braucht Solidarität	49
73	V.1 Queeres Sachsen-Anhalt: Diskriminierung überwinden	49
74	V.2 Integration statt Abschottung	50
75	V.3 Sachsen-Anhalt barrierefrei	53
76	Teil VI: Demokratie, wir meinen	54
77	VI.1. Bürgerbeteiligung und Volksgesetzgebung in Schwung bringen	54
78	VI.2 Justiz: Bürgernah und gerecht	55
79	VI.3 Inneres, Feuerwehren und Bevölkerungsschutz	59
80	VI.4 Wir wollen die Verfassung schützen	61
81	VI.5 Antifaschistische Politik	63
82	VI.6 Für Religionsfreiheit und die Trennung von Kirche und Staat	65
83	VI.7 Bundes- und Europapolitik	65
84	VI.8 Für eine plurale Medienlandschaft	66
85	Teil VII: Wer bezahlt die Rechnung für die Krise?	67
86	Teil VIII: Ohne Frieden ist alles andere nichts: Nein zum Krieg! Nein zur Rüstung!	69

87 **Präambel: Nur ein starker Sozialstaat schützt uns vor der Krise**

88 Die Wucht der andauernden Corona-Pandemie hat Sachsen-Anhalt, Deutschland und die ganze
89 Welt hart getroffen. Wir sind im Anfang der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten. Ihre
90 Folgen werden uns weit über die nächsten Landtags- und Bundestagswahlen hinaus beschäfti-
91 gen. Das Corona-Management des Bundes und des Landes hat bei der Eindämmung der zwei-
92 ten Welle der Pandemie versagt.

93
94 Unter der Krise leiden vor allem diejenigen, die ohnehin schon zu wenig Geld für sich und ihre
95 Familien haben. Den deutschen Milliardären geht es dagegen immer besser. Ihr Vermögen ist
96 seit einem Jahr um knapp 100 Milliarden gewachsen. Dies ist ein Sinnbild für die herrschende

Antrag-Nr. 10.1.

Antragstellerin: Lydia Roloff (Stadtverband Halle)

Zeile 97:

Nach dem Wort ...hinnimmt... soll eine neue Zeile begonnen und danach der neue Satz be-
gonnen werden mit. Deshalb: ...

Begründung:

Hierbei handelt es sich um einen Gedankensprung. Um dieses deutlicher hervorzuheben,
sollte eine neue Zeile (kein neuer Absatz) begonnen werden und zur Bekräftigung der folgen-
den Aussage vorangestellt werden: Deshalb: ...

Der Landesvorstand übernimmt.

97 Politik, die das Auseinanderdriften der Gesellschaft hinnimmt. Wer DIE LINKE wählt, wählt so-
98 ziale Sicherheit und stärkt eine Kraft gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf Beschäftigte,
99 Versicherte, Rentner*innen und Patient*innen. Wer DIE LINKE wählt, stärkt eine Kraft, die sich
100 gegen sinnlose Rüstungsausgaben wendet und die Gelder für eine Bildungsoffensive einsetzen
101 wird. Schulen und Kitas, statt Panzer und Kriegsschiffe! Und fast zwei Drittel der Bürger*innen
102 Sachsen-Anhalts, darunter auch viele CDU-Anhänger, wollen eine Vermögensabgabe zur Be-
103 wältigung der Krisenlasten, wie sie DIE LINKE fordert.

104
105 Die wirklichen Leistungsträger dieser Gesellschaft, die durch ihre tägliche Arbeit den Reichtum
106 schaffen, müssen endlich bessere Löhne erhalten. Das gilt vor allem für die „systemrelevanten
107 Berufe“, die mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden. Gerade während des Lockdowns konn-
108 ten wir sehen, wie sehr Frauen unsere Gesellschaft mit ihrer Arbeit zusammenhalten. Genau
109 diese Tätigkeiten werden aber schlecht oder gar nicht bezahlt. Gesellschaftlich notwendige
110 Arbeit muss jetzt und für die Zukunft neu bewertet werden. Auch hier hat der Markt versagt.

Antrag-Nr. 2.1.

Antragsteller*innen: Rosemarie Hein, Stephan Krull, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris
Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth,
Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger (Stadtverband Mag-
deburg)

Zeile 111:

Den Begriff „weibliche Fürsorgearbeit“ ersetzen durch:
„in Gesundheit und Pflege“

Alternativ:

„in den sogenannten Frauenberufen“

Begründung:

Es geht hier nicht um weibliche Fürsorgearbeit. Diese Arbeit wird auch nicht besser bezahlt, wenn Männer sie leisten. Es ist nur Arbeit, die häufiger von Frauen geleistet wird. Im Grunde aber geht es um die Geringschätzung von Arbeit im Bereich von Gesundheit und Pflege. Der Begriff „weibliche Fürsorgearbeit“ weist dagegen einen wesentlichen Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge vor allem den Frauen zu. Das bedient genaugenommen die Denkweise, die man eigentlich überwinden will.

Der Landesvorstand übernimmt.

Antrag-Nr. 2.2.

Antragsteller*innen: Bernd Krause, Rosemarie Hein, Stephan Krull, Andreas Horn, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger (Stadtverband Magdeburg)

Zeilen 111 bis 113:

Die beiden Sätze in den Zeilen 111 bis 113 (von „Nur ein starker Sozialstaat bis ...Kleine Unternehmen werden.“ werden ersetzt durch:

„Nur ein starker Sozialstaat mit einem hohen Anteil kommunalen und gesellschaftlichen Eigentums wird dafür sorgen können, dass wirkliche Leistungen, wie sie gerade unter Coronabedingungen vor allem von Frauen in der Pflege und in den Krankenhäusern erbracht wurden, aber auch andere Arbeiten mit hohem körperlichen Einsatz, so bezahlt und wertgeschätzt werden, wie sie es verdienen. Nur ein solcher Sozialstaat kann zum Rettungsanker für Selbstständige und Kleine Unternehmen werden.“

Begründung:

Es sollte der Sozialstaat, den wir meinen, näher erklärt werden.

Auch Leistungen sollen hervorgehoben werden, die eben nicht über Homeoffice zu realisieren sind und die in der Mehrzahl heute noch vor allem von Frauen erbracht werden.

Diese sollten wir aber nicht als frauentypisch festschreiben.

Der Landesvorstand übernimmt.

Antrag-Nr. 11.1.

Antragsteller: Stadtvorstand Halle (Saale)

Zeile 111-112

„Nur ein (...) dient“ ersetzen durch:

„Nur eine starke Linke stärkt den Sozialstaat. Eine starke Linke wird dafür sorgen, dass weibliche Fürsorgearbeit so bezahlt und so wertgeschätzt wird, wie sie es verdient.“

Begründung:

Die Zuschreibung, dass ein starker Sozialstaat alleine dafür sorgen würde, dass weibliche Fürsorgearbeit gerecht bezahlt wird, ist zu kurz gesprungen (siehe BRD der 70-er Jahre, denn nicht "der Staat" sorgt für etwas). Ein Staat mag Rahmenbedingungen setzen, aber "sorgen" und das meint unter kapitalistischen Verhältnissen "erkämpfen", müssen Akteure.

Hat sich durch die Übernahme des Antrages 2.2. erledigt.

111 Nur ein starker Sozialstaat wird dafür sorgen, dass weibliche Fürsorgearbeit so bezahlt und so
112 wertgeschätzt wird, wie sie es verdient. Nur ein starker Sozialstaat kann auch zum Rettungs-
113 anker für Selbstständige und Kleine Unternehmen werden.
114

115 Die Stärke der LINKEN wird mit darüber entscheiden, ob die enormen Möglichkeiten der öff-
116 fentlichen Hand in Sachsen-Anhalt endlich zu einer wirksamen Krisenbekämpfung eingesetzt
117 werden, ob Massenarbeitslosigkeit und neue Privatisierungen abgewendet werden können, ob

Antrag-Nr. 10.2.

Antragstellerin: Lydia Roloff (Stadtverband Halle)

Zeile 118

Der Passus „... bessere Krankenhäuser und bessere Pflegedienste ...“ soll ersetzt werden durch die Formulierung „... gut ausgerüstete moderne Krankenhäuser und leistungsfähige Pflegedienste...“.

Begründung:

Die Formulierung „bessere“ suggeriert, dass wir heute in Sachsen-Anhalt schlechte Krankenhäuser und Pflegedienste haben.

118 wir künftig bessere Krankenhäuser und bessere Pflegedienste in Sachsen-Anhalt haben wer-
119 den, ob der Mangel an den Schulen beendet wird. Ohne uns wird es keine Entschuldung der

Antrag-Nr. 2.3.

Antragsteller*innen: Rosemarie Hein, Stephan Krull, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger (Stadtverband Magdeburg)

Zeilen 120/121:

Den letzten Satz in diesem Absatz bitte ersetzen:

„Unsere Stärke ist unser Antifaschismus. Wir kämpfen auf allen Ebenen gegen Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Menschenfeindlichkeit und Antifeminismus. Das gesellschaftliche Problem des rassistischen, menschenfeindlichen Hasses muss konsequent gelöst werden! Dazu wollen wir auf der Straße wie auch im Internet alle rechtsstaatlichen Mittel sowie breite politische Bildung einsetzen. Gesellschaftlich ist die soziale Spaltung als Nährboden für Hass und Hetze zu überwinden.“

Begründung:

Angesichts der gesellschaftlichen Situation ist es wichtig, gleich zu Beginn unsere antifaschistische Grundeinstellung zu betonen und gleichzeitig zu sagen, dass und wie Hass und Hetze der Boden entzogen werden kann.

Der Landesvorstand übernimmt teilweise in folgender Form:

„Unsere Stärke ist unser Antifaschismus. Wir kämpfen auf allen Ebenen gegen Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Menschenfeindlichkeit und Antifeminismus. Das gesellschaftliche Problem des rassistischen, menschenfeindlichen Hasses muss konsequent gelöst werden! Unsere Stärke ist entscheidend, wenn es um die Bekämpfung alter und neuer Nazis geht.“

120 Kommunen geben. Unsere Stärke ist entscheidend, wenn es um die Bekämpfung alter und
121 neuer Nazis geht.

122

123 Nicht Sachsen-Anhalt ist schwach, sondern sein Ministerpräsident, seine Regierung und seine
124 zerstrittene und verzagte KENIA-Koalition sind es. Diese Regierung regiert nicht und diese Ko-
125 alition gestaltet nicht, sondern verwaltet den Mangel. Während andere Landeregierungen die
126 historisch einmalige Niedrigzinsphase sowohl für den Ausgleich der besorgniserregenden Steu-

127 herausfälle nutzen, als auch eigene zusätzliche Hilfs- und Konjunkturprogramme auflegen, ver-
128 sagt das Kabinett Haseloff in diesen beiden Punkten. So werden mitten in der Krise die Lan-
129 desfinanzen gegen die Wand gefahren. Wie sehr wir in Sachsen-Anhalt eine neue Politik brau-
130 chen, zeigt sich vor allem im ländlichen Raum. Über viele Jahre hinweg - zuerst unter Böhmer
131 & Bullerjahn, jetzt unter Haseloff - zieht sich der Staat aus der Fläche zurück. Mit dieser Politik
132 der stillgelegten Busse und Bahnen, der verkauften Krankenhäuser muss Schluss sein.

133 Mit unserem Landtagswahlprogramm reden wir Klartext über Missstände und sagen konkret,
134 was sich ändern muss. Wir sind überzeugt davon, dass Sachsen-Anhalt gestärkt aus der Krise
135 hervorgehen kann. Ein Konjunktur- und Investitionspaket, gezielte Hilfen für Solo-Selbststän-
136 dige, die Erhöhung des Mindestlohnes und die Ausweitung der Tarifbindung sind dabei Punkte
137 auf die es ankommt. Im Gesundheitswesen wollen wir neue Wege gehen: Mit einem Kranken-
138 hausverbund wollen wir nicht nur einen Schutzschirm gegen die Privatisierung kommunaler
139 Krankenhäuser schaffen, sondern ein leistungsfähiges, öffentliches Krankenhausunternehmen,
140 das schrittweise Häuser von Privaten übernehmen kann. Privaten Krankenhausbetreibern, die
141 ihren Versorgungsauftrag nicht erfüllen, muss die Betriebserlaubnis entzogen werden und die
142 Krankenhäuser sind in öffentliche Hand zu überführen.

143
144 Der Klimawandel stellt auch Sachsen-Anhalts Wirtschaft vor enorme Herausforderungen. Das
145 betrifft keineswegs nur den Kohleausstieg im Süden unseres Landes, sondern ebenso die Au-
146 tomobilzulieferer sowie die Land- und Forstwirtschaft. Dass eine Wirtschaft, die sich auf dem
147 Verbrennen fossiler Rohstoffe gründet, keine sicheren Perspektiven mehr bieten kann, sehen
148 immer mehr Menschen ein. Deswegen gibt es in unserem Programm keine wichtige wirtschaft-
149 liche Frage, die nicht auch einen Klimaschutzaspekt hat. Wir richten unsere wirtschafts-, ener-
150 gie- und agrarpolitischen Konzepte an der Achse des ökologischen Strukturwandels aus. Doch

Antrag-Nr. 5.1.

Antragstellerin: LAG Klima, Umwelt und Natur

Zeilen 151 bis 155:

ab „Grüne Politik...“ ersetzen durch:

„Doch das, was ökologisch vernünftig ist, ist deswegen nicht automatisch sozial gerecht. Grüne Politik erscheint innovativ, vor allem aber gibt sie denen, die schon haben, immer noch etwas mehr dazu. Der ökologische Umbau muss auch im Interesse derer erfolgen und ausgestaltet werden, die mit weniger finanziellen Möglichkeiten ausgestattet sind, hier in Sachsen-Anhalt und weltweit. DIE LINKE steht wie keine andere Partei für einen sozial-ökologischen Wandel.“

Begründung:

Der bisherige Satz zur grünen Politik ist nicht selbsterklärend und lädt deshalb zu diversen (Fehl)interpretationen ein. Grüne Technikgläubigkeit ist gar nicht immer innovativ, zumindest wenn man mit innovativ meint, dass sie geeignet ist, die ökologischen Herausforderungen zu meistern.

Der Landesvorstand übernimmt.

151 das, was ökologisch vernünftig ist, ist deswegen nicht automatisch sozial gerecht. Grüne Politik
152 mag innovativ sein, vor allem aber gibt sie denen, die schon haben, immer noch etwas mehr
153 dazu. Der ökologische Umbau muss auch im Interesse derer erfolgen und ausgestaltet werden,
154 die mit weniger finanziellen Möglichkeiten ausgestattet sind, hier in Sachsen-Anhalt und welt-
155 weit. Dafür steht DIE LINKE wie keine andere Partei.

Antrag-Nr. 10.3.

Antragstellerin: Lydia Roloff (Stadtverband Halle)

Zeile 157

Der Erste Satz dieses Absatzes soll beginnen mit: „Vor allem ...“

Begründung:

Sicherheit und eine Perspektive auf ein besseres Leben wünschen sich die Menschen wohl immer, aber in Zeiten einer Krise wie der Corona-Pandemie bestimmt noch verstärkt.

Der Landesvorstand übernimmt.

157 In der Krise wollen die Menschen Sicherheit und eine Perspektive für ein besseres Leben in
158 Gerechtigkeit und Würde. Diese Hoffnung wird nicht nur durch wirtschaftliche Verwerfungen
159 bedroht, sondern auch durch alte und neue Nazis, Reichsbürger und andere Feinde einer de-
160 mokratischen Gesellschaft. Der antisemitische, rassistische und frauenfeindliche Terroran-
161 schlag vom 09. Oktober 2019, der in einer Reihe mit den Morden des „NSU“, an Walter Lübcke,
162 in Hanau oder Christchurch steht, ist Folge der gewaltvollen Ideologie der völkischen Rechten.
163 Im ganzen Land sind verfestigte extrem rechte, neonazistische und faschistische Strukturen
164 aktiv, von denen eine konkrete Gefahr für das Leben und die Freiheit der Menschen in Deutsch-
165 land ausgeht. Wir brauchen eine Regierung, die endlich konsequent dagegen vorgeht. Mit
166 Schwerpunktstaatsanwaltschaften, mit einer konsequenten Entwaffnung, mit konsequenter
167 Anwendung der Gesetze. Die AfD ist der parlamentarische Arm des Rechtsextremismus. Trotz-
168 dem sind Teile der CDU nicht bereit, sich von einer Zusammenarbeit zu distanzieren. DIE LINKE
169 kämpft gegen jeden Einfluss der extremen Rechten auf die Regierungspolitik in Sachsen-An-
170 halt.

171

172 DIE LINKE ist die Partei, die im Bund, im Land und in den Kommunen auf einen starken Sozial-

Antrag-Nr. 2.4.

Antragsteller*innen: Rosemarie Hein, Stephan Krull, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger (Stadtverband Magdeburg)

Zeile 173:

Der letzte Satz am Ende dieses Abschnittes soll ersetzt werden:

„DIE LINKE ist die einzige Partei, die die Interessen der Menschen in Ostdeutschland konsequent vertritt“

Begründung:

Wir haben allen Grund, unser Alleinstellungsmerkmal für die Menschen, die im Osten aufgewachsen sind und deren Interessen nach wie vor ignoriert oder geringgeschätzt werden, zu betonen. Das erreichen wir – insbesondere auch angesichts der „Wolfskampagne“ der AfD mit diesem Satz besser. Es geht dabei sowohl um Interessen der wirtschaftlichen Entwicklung und des Stellenwertes der Wirtschaft in Ostdeutschland für die gesamte Bundesrepublik als auch um die Achtung der Biografien der Generation der heute über 40-jährigen Menschen in diesem Land.

Darum sollten wir betonen, dass wir die einzige Partei sind, die das konsequent einfordert.

Der Landesvorstand übernimmt.

173

staat setzt. DIE LINKE ist die Partei der ostdeutschen Interessenvertretung.

174

Antrag-Nr. 2.5.

Antragsteller*innen: Rosemarie Hein, Stephan Krull, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger (Stadtverband Magdeburg)

Zeilen 175 – 180:

Streichung der Zeilen 175 bis 177

Den Nachfolgenden Text wie folgt anpassen:

„Unsere Vorstellungen und Ideen sind ebenso in kritischer Auseinandersetzung mit den sozialistischen Gesellschaftsvorstellungen entstanden wie auch in Auseinandersetzung mit den aktuellen Entwicklungen dieser kapitalistischen Gesellschaft. Wir wollen die Gesellschaft demokratisch, sozial und ökologisch verändern. Wir wollen eine Gesellschaft, die das Privateigentum nicht über alles hebt, die wichtige Bereiche des öffentlichen Lebens nicht dem Markt überlassen will. Gleichheit und Solidarität, Freiheit und Frieden sind für uns die Grundpfeiler einer besseren Gesellschaft.“

Begründung:

Der Textteil in den Zeilen, die wir zu streichen beantragen, enthält eine Vereinnahmung der Revolution von 1989 durch DIE LINKE. Das ist anmaßend und erinnert fatal an Äußerungen von führenden SED-Politiker*innen, sie hätten die Wende herbeigeführt.

Mit solchen Formulierungen machen wir uns lächerlich und alle Lehren, die wir aus der Geschichte gezogen haben, unglaubwürdig. Daran ändert auch der Satz nichts, dass wir mit der SED-Herrschaft gebrochen haben.

So notwendig eine Auseinandersetzung mit dem theoretischen und praktischen Erbe des Sozialismus ist – er kann nicht in einem Landtagswahlprogramm geleistet werden.

Vielmehr sollten wir deutlich machen, dass wir die Lehren aus der Geschichte gezogen und daraus gelernt haben. Unsere gesellschaftspolitischen Vorstellungen speisen sich ebenso aus der kritischen Auseinandersetzung mit der Politik in der DDR wie auch mit den Entwicklungen des Neoliberalismus und marktradikalen Kapitalismus.

175 DIE LINKE ist ihrem sozialistischen Erbe verpflichtet, das untrennbar mit der ostdeutschen Re-
176 volution von 1989 verbunden ist. Sie steht für den Bruch mit der SED-Herrschaft. Und sie war
177 ebenso auch mutige Reformbewegung eines demokratischen und ökologischen Sozialismus.
178 Ein demokratisch-sozialistisches Ideal, das das Privateigentum nicht über alles hebt, das wich-
179 tige Bereiche des öffentlichen Lebens nicht dem Markt überlassen will, Gleichheit und Solida-
180 rität, Freiheit und Frieden sind für uns die Vision einer besseren Gesellschaft.

181

182

183

184 **Teil I: Gerechtigkeit, die wir meinen**

185

186 **I.1 Gute Arbeit: Sachsen-Anhalt verdient besseres**

187

188 DIE LINKE kämpft für ein neues Normalarbeitsverhältnis, das für alle Menschen soziale Sicher-
189 heit ermöglicht und auf individuelle Lebenslagen Rücksicht nimmt: Arbeit muss für alle Men-
190 schen sicher und unbefristet, tariflich bezahlt, sozial abgesichert und demokratisch mitgestal-
191 tet sein. Das gilt, egal ob die Arbeit mit Laptop oder Wischmopp, im Pflegekittel oder Blaumann
192 geleistet wird. In einem reichen Land wie Deutschland fängt sozial gerechte Politik damit an,

193 dass Armut trotz Arbeit, sozialer Abstieg und permanente Unsicherheit in prekären Jobs sofort
194 gestoppt werden.

195

196 Seitdem in Deutschland auch auf Druck der LINKEN der Mindestlohn eingeführt wurde, war er
197 vor allem für viele Geringverdiener*innen in Sachsen-Anhalt ein Erfolgsmodell. Er führte zu ei-
198 ner überdurchschnittlichen Erhöhung des Lohnniveaus und zu einer erhöhten Binnennachfrage.
199 Der Mindestlohn ist jedoch kein Ersatz für gute Löhne, die eine auskömmliche Rente ermögli-
200 chen. Und gute Löhne gibt es vor allem dort, wo nach Tarif bezahlt wird. Doch nur die Hälfte
201 unserer Beschäftigten ist durch einen Tarifvertrag geschützt. Deswegen unterstützen wir die
202 Gewerkschaften in ihrem Kampf um gute Tarifverträge. In Streiks können Gewerkschaftsmit-
203 glieder höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen erkämpfen. Und wir haben eine klare
204 und einfache Botschaft: Öffentliche Aufträge soll nur bekommen, wer sich an Tarifverträge hält
205 bzw. einen Vergabemindestlohn von 13 Euro brutto pro Stunde bezahlt. Wir setzen uns für ein
206 Vergabegesetz mit verbindlichen sozial-ökologischen Kriterien ein. DIE LINKE tritt dafür ein,
207 Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären, insbesondere für die Bereiche Handel, Rei-
208 nigung und Pflege. Das Vetorecht der Arbeitgeber bei Allgemeinverbindlicherklärungen von Ta-
209 rifverträgen gehört abgeschafft. Wir unterstützen die Forderung des DGB nach einem Kompe-
210 tenzzentrum für Gute Arbeit.

211

212 Geht es nach Ministerpräsident Haseloff (CDU), bleibt Sachsen-Anhalt ein Niedriglohnland. Die
213 Menschen arbeiten länger, verdienen dafür weniger und haben nicht so viel Urlaub wie in den
214 alten Bundesländern. Denn die CDU führt in Sachsen-Anhalt einen rückwärtsgewandten Kampf
215 gegen den Mindestlohn, die Tarifbindung und die Erweiterung von Arbeitnehmerrechten. Das
216 muss sich ändern. Nicht in 10 oder 20 Jahren, sondern jetzt.

217

218 **Existenzsicherung in der Wirtschaftskrise**

219

220 Viele Beschäftigte müssen aufgrund von Kurzarbeit Lohninbußen hinnehmen. Das bedeutet
221 auch später weniger Rente. Das Kurzarbeitergeld muss auf 90 Prozent erhöht werden. Jeglichen
222 Forderungen, den Mindestlohn zu senken, erteilt DIE LINKE. Sachsen-Anhalt eine scharfe Ab-
223 sage. Wir fordern ein Grundeinkommen für Solo-Selbstständige, Künstler*innen und Dienstleis-
224 ter*innen der Veranstaltungsbranche von 1.200 Euro im Monat bis zum Ende der Beschrän-
225 kungen für ihre Arbeit.

226

Antrag-Nr. 2.6.

Antragsteller*innen: Jennifer Lemke, Rosemarie Hein, Stephan Krull, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger (Stadtverband Magdeburg)

Zeilen 227 – 238 (Absatz):

Ergänzung an den Absatz ab Zeile 238:

„Frauen in Führungspositionen wird DIE LINKE aktiv fordern und fördern. Außerdem werden wir uns für flache Hierarchien und partizipative Führung einsetzen, sodass alte Machtstrukturen auch im Öffentlichen Dienst aufgebrochen werden.“

Begründung:

Im Öffentlichen Dienst gibt es sehr verkrustete Strukturen, die mit einem alten Führungs- und Machtverständnis einhergehen. Dadurch werden die notwendigen Veränderungen verschleppt. Wie überall sind Frauen besonders in Führungspositionen unterrepräsentiert. Auch durch diese Punkte ist der Öffentliche Dienst ein unattraktiver Arbeitgeber.

Der Landesvorstand übernimmt.

227 **Das Land Sachsen-Anhalt muss als Arbeitgeber vorbildlich sein**

228

229 Galt ein Job im öffentlichen Dienst vor Jahren als sicher bis zur Rente, ist jetzt dieser Sektor vor
230 allem durch Überalterung und Befristung geprägt. Fast die Hälfte der zurzeit im Öffentlichen
231 Dienst Beschäftigten erreicht in den kommenden zehn Jahren das Rentenalter. Dennoch erfolgt
232 mehr als die Hälfte der Neueinstellungen nur befristet und nur jede/r vierte befristet Beschäf-
233 tigte wird in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen. So gewinnt man keinen Nach-
234 wuchs, sondern verprellt ihn. DIE LINKE wird den Öffentlichen Dienst wieder zum attraktiven
235 Arbeitgeber machen. Sachgrundlose Befristungen wollen wir abschaffen, den Nachwuchs bes-
236 ser ausbilden und durchlässige Aufstiegskorridore schaffen. Insbesondere für mittlere und ge-
237 hobene Laufbahnen wollen wir mehr Entwicklungsmöglichkeiten aus dem eigenen Personalbe-
238 stand schaffen.

239

240 **Was wir für Arbeitnehmerrechte tun wollen**

241

242 Der Aushöhlung von **Arbeitsschutzrechten** unter dem Vorwand der Digitalisierung oder der
243 Corona-Pandemie sagen wir den Kampf an. Arbeit muss flexibler werden, aber für die Beschäf-
244 tigten, nicht die Konzerne. Die Bestimmungen zu Sonn- und Feiertagsarbeit dürfen nicht aufge-

Antrag-Nr. 2.7.

Antragsteller*innen: Stephan Krull, Rosemarie Hein, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Jennifer Lemke, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nico Thate, Vera Baryshnikov (Stadtverband Magdeburg)

Zeilen 245 und 246:

Ersetzen des Satzes:

„Die Kosten, die durch Home-Office entstehen, dürfen nicht auf die Beschäftigten abgewälzt werden.“

Einfügen:

„Dauerhaftes Arbeiten von zu Hause aus, ob Home-Office oder mobiles Arbeiten, kann zu sozialer Vereinsamung führen und die ständige Erreichbarkeit durch den Arbeitgeber belastet die Psyche weiter. Die Kosten, welche durch mobiles Arbeiten entstehen, dürfen nicht auf die Beschäftigten abgewälzt werden.“

Begründung:

Sachlich etwas sicherer formuliert und weitere Nachteile ergänzt.

Der Landesvorstand übernimmt.

245 weicht werden. Die Kosten, die durch Home-Office entstehen, dürfen nicht auf die Beschäftig-
246 ten abgewälzt werden. Wo Gewerkschaftsarbeit behindert (union busting) und Gewerkschaf-
247 ter*innen gemobbt werden, muss der Staat eingreifen. Wer die Bildung eines Betriebsrates
248 oder dessen Arbeit behindert, macht sich strafbar. Aber nur in seltenen Fällen kommt es zur
249 Anklage. Hier muss bei der Ahndung und Verfolgung von solchen Straftaten mehr getan, aber
250 auch der öffentliche Druck auf solche Unternehmen erhöht werden, auch mit Einschränkungen

251 bei der Fördermittelvergabe des Landes. DIE LINKE fordert die Einführung eines **Verbandskla-**
252 **gerechtes für Gewerkschaften**. Wir wollen, dass gegen Mobbing von Beschäftigten und Be-
253 **triebsräten, gegen Verstöße gegen Tarifverträge und Arbeitsrechte auch die Gewerkschaften**
254 **Klage erheben können.**

255

256 **Ausbeuterische Werkverträge und Leiharbeit abschaffen**

257

258 Skandalöse Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie, auf dem Bau und in der Landwirtschaft
259 gefährden die öffentliche Gesundheit. Hohe Infektionszahlen sind dort deswegen kein Zufall,
260 sondern Ergebnis unerträglicher Ausbeutungsverhältnisse auf der Basis von Werksverträgen
261 und Leiharbeit. So ziehen sich Unternehmen aus der Verantwortung für Arbeitnehmer*innen-
262 schutz, kassieren aber hohe Gewinne durch die Dumpingangebote von Subunternehmen. DIE
263 LINKE fordert die Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit, illegaler Arbeitnehmer*innenüber-
264 lassung und das Verbot von Leiharbeit. Sozialstandards und Arbeitnehmer*innenrechte müs-
265 sen überall in Sachsen-Anhalt und für jede/n gelten, egal, woher sie/er kommt.

266

267 **Betriebliche Mitbestimmung stärken**

268

269 Dass nur rund 14 Prozent der Betriebe mit mehr als 5 Beschäftigten im Land einen Betriebsrat
270 haben, muss sich endlich ändern. DIE LINKE fordert über die jährlich stattfindende Betriebsrä-
271 tekonferenz hinaus, eine Förderung der Anerkennungskultur betrieblicher Mitbestimmung, u.a.
272 auch durch eine Aufnahme in den Unterricht an berufsbildenden Schulen. Unternehmen, Be-
273 triebs- und Personalräte wollen wir beim betrieblichen Gesundheitsmanagement unterstützen
274 und Weiterbildungsstandards etablieren und verbessern.

275

276 **Damit Arbeit nicht krank macht**

277

278 Die Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten am Arbeitsplatz sind ein wichtiges Gut. Der
279 Arbeits- und Gesundheitsschutz von Menschen darf nicht dem Kommerz bzw. dem Rotstift ge-
280 opfert werden. Das Landesamt für Verbraucherschutz, vor allem der Fachbereich Arbeits-
281 schutz, war jahrelang Kürzungs- und Spardruck ausgesetzt und ist personell unterbesetzt.
282 Schon heute wird ein Unternehmen in Sachsen-Anhalt durchschnittlich nicht einmal rund alle
283 19 Jahre kontrolliert. Eine effektive Kontrolltätigkeit sieht anders aus. DIE LINKE. Sachsen-An-
284 halt setzt sich für mehr Personal im Landesamt ein.

285 Das Verlangen nach ständiger Erreichbarkeit, die beschleunigte digitale Informationsflut und
286 Arbeitsverdichtung sowie schlechte Arbeitsausstattungen gefährden die Gesundheit und füh-
287 ren zu einer Zunahme vor allem psychischer Erkrankungen. Auf diese Veränderungen ist bislang
288 im Arbeitsschutzrecht und bei der Prävention nicht ausreichend reagiert worden. Deswegen
289 brauchen wir eine Anti-Stress-Verordnung, und eine gesetzliche Verpflichtung der Arbeitge-
290 ber*innen beim betrieblichen Gesundheitsmanagement. Die Trennung von Arbeit und Privatle-
291 ben ist ein schützenswertes Gut. Die Ausweitung des Home-Office erfordert daher angepasste
292 Regelungen für den Arbeits- und Gesundheitsschutz. Es sollte einen Rechtsanspruch für Be-
293 schäftigte auf mobiles Arbeiten und Home-Office geben, aber nur freiwillig und mit verbindli-
294 chem tariflichen Schutz vor Überlastung und Stress.

295

296 **Mehr Geld für Auszubildende**

297

298 Auszubildende sind nicht einfach billige Arbeitskräfte, die zu ausbildungsfremden Tätigkeiten
299 und Überstunden gezwungen werden können. Betrieben, die gegen das Jugendarbeitsschutz-
300 gesetz und das Berufsbildungsgesetz verstoßen, muss von den zuständigen Stellen die Ausbil-
301 dungsberechtigung entzogen werden. Wir fordern eine Mindestausbildungsvergütung von 1050
302 Euro. Das Schulgeld bei den nichtärztlichen Heilberufen und Erziehungsberufen werden wir ab-
303 schaffen und eine adäquate Ausbildungsvergütung für die schulischen Ausbildungen einführen.
304

305 **Wir wollen ein landesweites Azubiticket**

306

307 In Sachsen-Anhalt nehmen demografisch bedingt auch in den kommenden Jahren weniger
308 junge Menschen eine Ausbildung auf. Dadurch kommt es zwangsläufig zu weiten Wegen zur
309 Ausbildungsstätte und zur Berufsschule. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich für ein Angebot
310 an Internatsplätzen an jedem Berufsschulstandort und für ein Azubiticket, das den Namen ver-
311 dient, ein.

313 **Der Fachkräftemangel kann überwunden werden**

314

315 Arbeit in Sachsen-Anhalt muss attraktiver werden, sowohl bei der Bezahlung als auch bei der
316 Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt sowie den Arbeitsbedingungen. Sachsen-Anhalt
317 leidet seit Jahren unter dem Weggang von jungen Menschen. Schon jetzt fehlen Lehrer*innen,
318 Erzieher*innen, Richter*innen, Fachkräfte im Industriebereich, aber auch im Handwerk, in der
319 Gastronomie/Hotellerie und im Gesundheitswesen. Prekäre Beschäftigung im Wissenschafts-
320 bereich und mehr Solo-Selbstständige durch Outsourcing von regulärer Beschäftigung, etwa
321 im Bereich Webdesign, Netzwerkadministration usw. sind für viele keine ausreichenden Per-
322 spektiven. DIE LINKE will alle Möglichkeiten nutzen, Fachkräfte zu gewinnen und zu halten.
323 Attraktive Arbeits- und Lebensbedingungen sollen Fachkräfte halten, das Land aber auch inte-
324 ressant für Rückkehrer machen. Wir wollen, dass betriebliche und überbetriebliche Weiterbil-
325 dungsmaßnahmen auch darauf ausgerichtet sind, berufliche Perspektiven von Fachkräften zu
326 stärken.

327
328 Berufliche Weiterbildung wird beim Voranschreiten von Digitalisierung und Strukturwandel eine
329 wichtige Rolle einnehmen. Einerseits müssen Betriebe es ihren Beschäftigten ermöglichen,

Antrag-Nr. 2.8.

Antragsteller*innen: Nicole Anger, Rosemarie Hein, Stephan Krull, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov (Stadtverband Magdeburg)

Zeilen 330 bis 331:

„arbeitsuchende“ streichen

Begründung:

Nicht nur arbeitsuchende Menschen müssen für die Veränderungen und Neuerungen in der Arbeitswelt entsprechend unterstützt werden. Es braucht auch für aktive Arbeitnehmende Unterstützungen für die sich ständig wandelnde Arbeitswelt.

330 steigenden Anforderungen im digitalen Bereich gerecht zu werden, andererseits müssen ar-
331 beitssuchende Menschen auf neue Gegebenheiten im Arbeitsalltag vorbereitet werden. Die
332 Bandbreite von nötigen Qualifizierungsangeboten vom 2-stündigen Kurs zu Datenschutz bei
333 Videokonferenzen bis zur 2-jährigen Umschulung ist so vielfältig wie die Menschen selbst und

334 muss ausgeschöpft werden. Allerdings muss Arbeitnehmer*innen nicht nur berufliche Weiter-
335 bildung, sondern jegliche Form der Erwachsenenbildung wie z.B. politische, kulturelle oder eh-
336 renamtliche Bildung während ihrer Arbeitszeit ermöglicht werden. Dazu strebt DIE LINKE die
337 Änderung des Bildungsfreistellungsgesetzes in ein modernes Bildungszeitgesetz an. Digitale
338 Formate wie Webinare und Livestreams sind Bestandteil der Erwachsenenbildungsangebote
339 und gewinnen künftig an Bedeutung. Die Träger der Erwachsenenbildung benötigen in diesem
340 Feld Rechtssicherheit. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Abrechnungssystematik bei den
341 Trägern der öffentlich verantworteten Erwachsenenbildung diesem Wandel angepasst wird.
342 Zahlreiche Studien zur demografischen Entwicklung zeigen, dass es sich Sachsen-Anhalt nicht
343 leisten darf, auch nur einen Menschen auszugrenzen. Angebote von Trägern der öffentlich ver-
344 antworteten Erwachsenenbildung zu Alphabetisierung und Grundbildung sind zu fördern und
345 auszubauen.

346

347 **Sachsen-Anhalt braucht Zuwanderung**

348

349 Ohne zugewanderte Fachkräfte kann unsere Wirtschaft nicht auskommen. Und dafür braucht
350 es eine offene Willkommenskultur und die schnelle Anerkennung von ausländischen Bildungs-
351 abschlüssen. Im Ausland erworbene Berufsqualifikationen müssen schneller als bisher aner-
352 kannt werden, der Weg zur Anerkennung muss übersichtlicher werden und es muss Teilaner-
353 kennungen und vor allem entsprechende Qualifizierungsangebote geben. Alle damit befassten
354 Institutionen auf Landes- und Regionalebene müssen eine umfassende Unterstützung erfahren.
355 Das gilt für Institutionen wie das Landesschulamt, das Landesinstitut für Schulqualität und
356 Lehrerbildung oder das Landesprüfungsamt für Gesundheitsberufe ebenso wie für die unab-
357 hängigen Berufskammern. Der Auf- und Ausbau der für ihre Arbeit notwendigen Datenbanken
358 über ausländische Bildungssysteme soll eine umfassende Förderung durch das Land erfahren.
359 Die beständige interkulturelle Weiterbildung der Mitarbeiter*innen ist sicherzustellen. Die
360 wichtige Unterstützung von migrantischen Arbeitskräften und die Hilfen gegen Ausnutzung und
361 Missbrauch müssen fortgeführt werden und das Projekt BemA-Beratung migrantischer Arbeits-
362 kräfte - personell verstärkt werden. Die Ausbeutung migrantischer Arbeitskräfte, etwa in
363 Schlachthöfen oder Erntebetrieben, ist zu bekämpfen. DIE LINKE fordert häufigere und unan-
364 gekündigte Kontrollen und dass Verstöße konsequent geahndet werden. Die Zusammenarbeit
365 von Zoll, Gewerbeämtern und Landesamt für Verbraucherschutz, Veterinäramt muss verbes-
366 sert werden. Wir wollen das Landesamt für Verbraucherschutz vor allem im Bereich Arbeits-
367 schutz personell verstärken.

368

Antrag-Nr. 2.9.

Antragsteller*innen: Rosemarie Hein, Stephan Krull, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger (Stadtverband Magdeburg)

Zeilen 369 bis 376:

Bitte den Absatz wie folgt ändern und ergänzen

Nicht nur Erwerbsarbeit ist Arbeit

Erwerbsarbeit, Familienarbeit und gesellschaftliches politisches Engagement sind gleichermaßen wichtige Bereiche gesellschaftlicher Arbeit. Wir wollen dafür sorgen, dass sie für Männern und Frauen gleichermaßen besser miteinander vereinbar werden. Heute erbringen Frauen mehr als die Hälfte der gesellschaftlichen Arbeit. Insbesondere die – unbezahlte –

Familienarbeit liegt zum übergroßen Teil immer noch bei den Frauen. Besonders in Bereich Gesundheit und Pflege wird Arbeit oft freiwillig und unbezahlt geleistet. Auch wenn wir auf dieses Engagement nicht verzichten wollen und können, gilt es doch zu verhindern, dass über diesen Weg bezahlte Arbeit verdrängt oder ersetzt wird.

Erwerbsarbeit im Bereich von Gesundheit und Pflege wird nach wie vor schlecht bezahlt und überwiegend von Frauen geleistet. Wir wollen, dass diese Arbeit aufgewertet und besser bezahlt wird. Hier braucht es einen Systemwechsel zur Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich und Arbeitsumverteilung. Wir wollen dazu Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände bei der konkreten Entwicklung von Modellen der Arbeitszeitverkürzung, die sich am wirklichen Bedarf der Arbeitnehmer*innen orientieren, unterstützen.

Begründung:

Der nachfolgende Text enthält einen Konflikt in der Überschrift: Im Text geht es vorrangig nicht um ehrenamtliche Arbeit, sondern um bezahlte. Ehrenamtliche Arbeit kann auch nicht „vollen Lohnausgleich“ bekommen, denn sie wird eben nicht entlohnt und es wäre auch eine falsche Forderung. Vielmehr müssten wir dafür sorgen, dass nicht immer mehr bezahlte Arbeit ins Ehrenamt gedrängt wird und damit sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze eingespart werden oder gar nicht erst entstehen. Das aber ist eine andere Baustelle. Dennoch muss der Trend, dass Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge immer mehr in die unbezahlte Arbeit der Familie und das Ehrenamt verdrängt wird, kritisch angesprochen werden, wenn auch nur in einem Satz.

Wir haben versucht beide Bereiche (Erwerbsarbeit und unbezahlte Arbeit im Bereich Familie, Gesundheit und Pflege) besser miteinander zu verknüpfen und schließen dabei am 4 in 1 –Modell von Frigga Haug an. Gleichzeitig entgehen wir so der Unterstellung, dass wir bezahlte Ehrenamtsarbeit wollten – was unserem Verständnis von bezahlter Arbeit grundsätzlich entgegenstehen würde. Diese Unterstellung wäre beim alten Text möglich.

Der Landesvorstand übernimmt.

369 **Nicht nur Erwerbsarbeit ist Arbeit**

370

371 Care-Arbeit, Pflege und ehrenamtliche Arbeit sind so nötig wie selten zuvor. Jedoch werden sie
372 nach wie vor für selbstverständlich genommen und gar nicht oder schlecht bezahlt. Hier
373 braucht es einen Systemwechsel zur **Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich** und
374 Arbeitsumverteilung. Wir wollen dazu Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände bei der kon-
375 kreten Entwicklung von Modellen der Arbeitszeitverkürzung, die sich am konkreten Bedarf der
376 Arbeitnehmer*innen orientieren, unterstützen.

377 Durch das Ende der ESF-Förderperiode 2021/22 werden die kaum noch zählbaren Arbeits-
378 marktprogramme für einzelne Personengruppen wie z.B. Alleinerziehende, ältere arbeitslose
379 Menschen oder Langzeitarbeitslose auslaufen. DIE LINKE will anstatt einer neuen unübersicht-
380 lichen Förderstruktur ein Modellprojekt Grundeinkommen in Verbindung mit freiwilliger und
381 sozialversicherungspflichtiger Gemeinwohlarbeit für arbeitslose Menschen etablieren.

382

383

384 **I.2 Soziales: Sicher und gerecht durch die Krise**

385

386 DIE LINKE will den Sozialstaat in Deutschland erneuern. Dies ist nötig, weil die Armut und die
387 Armutsriskien in unserem Land rapide ansteigen. Stimmen aus Union und FDP stellen die Fi-
388 nanzierbarkeit des Sozialstaates wegen Corona infrage. Jetzt müssen unsere sozialen Siche-

389 rungssysteme vor neuen Angriffen derjenigen geschützt werden, die die Krise skrupellos miss-
390 brauchen wollen, um nach den Wahlen Leistungen zu kürzen. Für die Kosten der Krise müssen
391 die großen Vermögen herangezogen werden, die übrigens auch am stärksten von den Konjunk-
392 turprogrammen des Bundes profitiert haben.

393

394 **Ein Schutzschirm gegen Armut: Gute Löhne, Gute Renten**

395

396 Es darf nicht sein, dass Menschen mehrere Jobs annehmen müssen, weil sie von einem allein
397 nicht leben können und noch aufstocken müssen. Wenn in Sachsen-Anhalt immer noch mehr
398 als ein Drittel der Menschen für Niedriglöhne arbeiten, zeigt das nicht nur, wie in unserem Land

Antrag-Nr. 2.10.

Antragsteller*innen: Stephan Krull, Rosemarie Hein, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger (Stadtverband Magdeburg)

Zeile 399:

Das „Leistungsprinzip“ wird ersetzt durch „das Prinzip gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“.

Begründung:

Das „Leistungsprinzip“ ist in der kapitalistischen Ökonomie ein ideologischer Begriff, der nicht mit den realen Lebensverhältnissen und nicht mit den Erfahrungen der arbeitenden Menschen übereinstimmt. Die Entgeltdifferenzierung versucht den ideologischen Gehalt dieses Begriffes zu übertünchen. Die Entgeltspreizung und die wachsende Schere zwischen arm und reich offenbaren jedoch den ideologischen Charakter dieser Phrase.

Tatsächlich muss es uns um das Prinzip der gleichen Entlohnung für gleichwertige Arbeit gehen. Und dabei geht es zum Beispiel um die Überwindung des Niedriglohnsektors, gleichermaßen um die Überwindung der völlig unberechtigten Differenz zwischen technischen und sozial-pflegerischen Tätigkeiten (z.B. Ingenieurin vs. Erzieherin bzw. Pflegerin).

399 gegen das Leistungsprinzip verstoßen wird, sondern die Dimension von Altersarmut, die uns
400 droht, wenn nicht gegengesteuert wird. Wir setzen dagegen auf flächendeckende Tarifverträge
401 mit einer dynamischen Lohnentwicklung. Der Mindestlohn muss auf 13 Euro pro Stunde ange-
402 hoben werden, damit niemand im Alter auf Grundsicherung angewiesen ist. Wir wollen die ge-
403 setzliche Rente stärken und eine Rentenkasse für alle Menschen mit Erwerbseinkommen ein-
404 führen. Für einen Ruhestand in Würde und für soziale Teilhabe im Alter für jede und jeden
405 brauchen wir einen Mindeststandard in der gesetzlichen Rente. Deshalb will DIE LINKE eine
406 steuerfinanzierte, solidarische Mindestrente von 1.200 Euro netto einführen. Die Anhebung des
407 Renteneintrittsalters auf 67 Jahre lehnen wir ab. Sie ist nichts außer einer weiteren Kürzung
408 der Renten. Stattdessen wollen wir flexible Übergänge in die Rente vor dem 65. Lebensjahr
409 ermöglichen.

410

411 **Für eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung: Eine für Alle**

412

413 Die bestehende Gesetzliche Krankenversicherung folgt Grundsätzen, die sozial ausgeglichen
414 sind. Gesunde zahlen für Kranke und Gutverdienende für Geringverdienende. Aber leider gibt
415 es von diesen Grundsätzen so viele Ausnahmen, dass grobe Ungerechtigkeiten die Folge sind.

416 Einige Bevölkerungsgruppen können sich aus der Solidarität verabschieden, v.a. Beamt*innen,
417 Selbstständige und Angestellte mit hohem Einkommen. Wer arbeitet, zahlt auf sein Gehalt Bei-
418 träge, wer Einkommen aus Aktien, aus Vermietung u.a. hat, zahlt darauf nichts. Prozentual sinkt
419 die Belastung mit steigendem Einkommen. Damit muss Schluss sein. Unser Vorschlag ist klar:
420 Wenn sich alle in Deutschland lebenden Menschen nach ihrem Einkommen an der Finanzierung
421 des Gesundheitssystems beteiligen, ist das nicht nur gerechter, sondern die Beitragssätze
422 könnten auch deutlich sinken. Deshalb hat DIE LINKE das Konzept der Solidarischen Gesund-
423 heitsversicherung (Bürgerversicherung) entwickelt. Der Beitragssatz könnte damit laut einer
424 Studie aus dem Jahr 2017 von 15,7 Prozent auf unter 12 Prozent des Einkommens sinken. Auf
425 Löhne und Gehälter sowie Renten müssten die Versicherten nur noch einen Anteil von 5,85
426 Prozent statt derzeit 8,4 Prozent zahlen. Wir brauchen eine Gesundheits- und Pflegereform, um
427 die Kostenübernahme in den Pflegeheimen zu regeln und eine deutlich bessere Bezahlung des
428 Personals in Pflege und Gesundheit durchzusetzen.

429

430 **Eine Grundsicherung, die Ihren Namen verdient**

431

432 Statt Hartz IV brauchen wir eine sanktionsfreie und bedarfsdeckende Mindestsicherung, die
433 vor dem finanziellen Absturz schützt, und eine armutsfeste Grundsicherung für Kinder. Hartz IV

Antrag-Nr. 2.11.

Antragsteller*innen: Stephan Krull, Rosemarie Hein, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger (Stadtverband Magdeburg)

Zeile 434:

Änderung:

Mindestsicherung von 1.200 Euro.

Begründung:

Mindesteinkommen – wozu auch die von uns geforderte Mindestsicherung gehört – orientiert sich an der Pfändungsfreigrenze. Diese beschreibt, was Menschen auch bei berechtigter Pfändung zwecks Schuldentilgung mindestens bleiben muss, um ein selbständiges Leben führen zu können. Unterhalb dieser Grenze darf nicht gepfändet werden, um die Möglichkeit der selbständigen Lebensführung zu erhalten. Die Pfändungsfreigrenze liegt für alleinstehende Personen seit Juli 2019 bei 1.180 Euro und wird im Juli 2021 nach oben angepasst werden.

Bei einem Betrag unterhalb von 1.200 Euro hätte eine alleinstehende Person weiterhin Anspruch auf ergänzende Transferleistungen und müsste damit zum Amt gehen und ihre gesamten Verhältnisse offenlegen. Die Erniedrigung der Menschen würde so nicht überwunden werden.

Der Landesvorstand übernimmt.

434 ist durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1.050 Euro grundlegend zu überwinden.
435 Sanktionen müssen abgeschafft werden. Die Bedarfsgemeinschaftskonstruktion lehnt DIE
436 LINKE ebenso ab wie Zwangsumzüge und Schnüffeleien im Privatleben. In der Krise kämpfen
437 wir für Pandemiezuschläge auf Sozialleistungen und für ein Grundeinkommen (Selbstständigen-
438 gengeld), um eine Pleitewelle bei kleinen Unternehmen, Solo-Selbstständigen, Künstler*innen
439 und Dienstleistern der Veranstaltungsbranche zu verhindern.

440

441 **Kinderarmut überwinden**

442

443 Mehr als jedes fünfte Kind in Sachsen-Anhalt lebt in Armut oder ist armutsgefährdet. Was ist
444 zu tun? Auf Bundesebene muss eine eigenständige Grundsicherung für Kinder und Jugendliche
445 eingeführt werden. Die Anhebung des Kindergeldes und Kinderfreibetrages wird das aktuelle
446 Problem nicht lösen, denn noch immer wird das Kindergeld auf die Hartz-IV-Leistungen ange-
447 rechnet und bei den Kinderfreibeträgen profitieren nur die, die auch eine entsprechende Höhe
448 an Steuern zahlen – also die Besserverdienenden. Wir fordern daher als ersten Schritt das Ende
449 der Anrechnung auf Transferleistungen. Auf Landesebene wollen wir ein Netzwerk früher Hilfen
450 entwickeln, das Kinder und Jugendliche von der Geburt bis zum Einstieg in das Berufsleben
451 begleitet. Ein solches Netzwerk bietet Unterstützung für Kinder und Eltern gleichermaßen. Vo-
452 raussetzung ist ein wertschätzender, vertrauensvoller Umgang aller Beteiligten miteinander.
453 Die Realisierung dieses Konzeptes erfordert einen Dialog mit den Kommunen. Als Anreiz zur
454 Umsetzung dieses Konzeptes durch die Kommunen werden zusätzliche Landesmittel zur Ver-
455 fügung gestellt.

456

457 **Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken**

458

459 Unternehmen, Banken und Konzerne setzen ihre Macht regelmäßig zum Nachteil der Verbrau-
460 cher*innen ein. Unlautere Werbung, Abzockerei bei Telefon- und Internetangeboten, die mie-
461 sen Praktiken der Inkasso- und Abmahnindustrie müssen wir uns so wenig gefallen lassen wie
462 schlechte und ungesunde Lebensmittel.

463

464 Es gibt inzwischen kaum einen Raum, in dem Menschen keine Werbung aufgedrängt wird. Wir
465 wollen eine schrittweise Einschränkung von Produkt- und Markenwerbung im öffentlichen

Antrag-Nr. 2.12.

Antragsteller*innen: Stephan Krull, Rosemarie Hein, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger (Stadtverband Magdeburg)

Zeile 466:

Ersetzen des letzten Halbsatzes durch „sowie ein vollständiges Verbot von kommerzieller Werbung an Kitas und Schulen.“

Begründung:

Kommerzielle Werbung und verdeckte Beeinflussung (Lobbyismus) an Schulen und Kitas sollte generell verboten werden, wie dieses in einem Antrag vom 18.11.2020 u.a. von Birke Bull-Bischoff, Petra Sitte, Jan Korte und unserer Bundestagsfraktion an die Bundesregierung gefordert wird:

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/244/1924452.pdf>

Der Landesvorstand übernimmt.

466

Raum, das betrifft auch die Werbung in Schulen und Kitas.

467

468 Alle Verbraucher müssen das Recht haben, selbst zu bestimmen, was mit ihren Daten ge-
469 schieht, ohne benachteiligt zu werden.

470 Die Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt ist mit ihren Beratungsstellen eine Säule des Verbrau-
471 cherschutzes in unserem Land. Ihre vielfältigen Angebote der Rechtsberatung, der Fachbera-

472 tung Lebensmittel, der Energieberatung, der Pflegerechtsberatung – um hier nur einige zu nen-
473 nen – helfen alltäglich vielen Menschen. Wir wollen dafür sorgen, dass diese Arbeit mit einer
474 guten Finanz- und Personalausstattung durch das Land gewürdigt wird. Auch die kommunalen
475 Schuldnerberatungen und die Insolvenzberatung brauchen eine gute Ausstattung. Denn damit
476 Schulden verhindert werden, bevor sie entstehen, brauchen wir gut ausgestattete Schuldner-
477 beratungsstellen. Dazu gehört auch eine mobile Verbraucherberatung in den ländlichen Regio-
478 nen Sachsen-Anhalts.

479

480

481 **I.3 Gesundheit: Gemeinwohl statt Profite**

482

483 Einst gab es in Sachsen-Anhalt ein dichtes Netz mit öffentlichen 70 Krankenhäusern. Heute
484 gibt es noch 11 Krankenhäuser in öffentlicher Hand und 18 Häuser, die von frei-gemeinnützigen
485 Trägern betrieben werden. 17 Krankenhäuser sind von privaten Krankenhauskonzernen über-
486 nommen worden, der Rest ist geschlossen. Die Menschen wollen kein privatisiertes Gesund-
487 heitssystem und keine Zwei-Klassenmedizin. Die Beschäftigten in privatisierten Kliniken wie
488 AMEOS streiken gegen miese Arbeitsbedingungen und schlechte Löhne. Mittlerweile gibt es
489 einen riesigen Investitionsstau, auf den die Landesregierung nur unzureichend reagiert.

490

491 **Für einen öffentlichen Klinikverbund in Sachsen-Anhalt**

492

493 **DIE LINKE will einen Schutzschirm gegen Privatisierung für die verbliebenen kommunalen Krankenhäuser. Dafür müssen wir den überregionalen Unternehmensstrukturen der privaten Krankenhauskonzerne einen eigenen öffentlichen Klinikverbund entgegensetzen.**

496

497 Über den Klinikverbund soll sich das Land an den kommunalen Kliniken beteiligen. Außerdem
498 sollte das Land die Salus-GmbH in den Verbund einbringen. Die Verbundgesellschaft wird mit
499 Eigenkapital und Kreditbürgschaften ausgestattet. Damit wird die Kapitalbasis der kommunalen
500 Krankenhäuser gestärkt. Als zusätzlicher Anreiz sollte über die Übernahme von Altschulden
501 der Häuser gesprochen werden. Aufgabe des Klinikverbundes ist es, über Beteiligungen an den
502 kommunalen Häusern eine Holding zu bilden, welche die wirtschaftliche Koordinierung der ein-
503 zeln Häuser übernimmt. Die ärztliche Leitung der Standorte sowie die Verwaltungsleitung
504 verbleiben auf kommunaler Ebene. Die wirtschaftliche Gesamtleitung und das Kreditmanage-
505 ment liegt beim Klinikverbund. Derartige regionale Gesundheitsunternehmen gibt es schon in
506 anderen Bundesländern. Gelänge es, die verbliebenen kommunalen Krankenhäuser unseres
507 Landes unter dem Dach einer Holding zu vereinen, stünden dort ca. 4.500 Betten für die Pati-
508 ent*innenversorgung zur Verfügung. Wir wollen dafür sorgen, dass der Klinikverbund wirt-
509 schaftlich so aufgestellt wird, um perspektivisch Krankenhäuser aus dem privaten in den öf-
510 fentlichen Bereich zurückzuholen. Wenn private Betreiber die Versorgung nicht mehr sicher-
511 stellen, ist ihnen der Versorgungsauftrag zu entziehen und das Krankenhaus in die öffentliche
512 Hand zurückzuführen.

514

515 **Für eine solidarische Finanzierung der Krankenhäuser und der stationären Pflege**

516

517 Das bestehende Fallpauschalensystem hat zu Personalmangel, Lohndumping und Pflegenot-
518 stand geführt. Es ist weder pandemiesicher noch gemeinwohlorientiert. Die Fallpauschalen
519 müssen durch ein neues System der kostendeckenden Finanzierung abgelöst werden. DIE
520 LINKE fordert eine gesetzliche, bedarfsgerechte und voll finanzierte Personalbemessung für

521 alle Berufsgruppen im Krankenhaus. Für die stationäre Pflege müssen die Vorschläge von
522 ver.di, vom Deutschem Pflegerat (DPR) und von der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG)
523 zur Pflegepersonal-Regelung (PPR 2.0) umgesetzt werden.

524 Das Land muss seiner Verpflichtung zur Finanzierung der Krankenhausinvestitionen nachkom-
525 men. Der jährliche Investitionsbedarf aller Krankenhäuser liegt bei 150 Millionen Euro. Für die
526 kommenden 5 Jahre sollte dieser mit 750 Millionen Euro im Haushalt festgeschrieben werden.
527 Davon sollen 80 Millionen Euro jährlich pauschal für Ersatzbeschaffungen und kleine Baumaß-
528 nahmen ausgereicht werden. Die verbleibende Summe soll über den Fünfjahreszeitraum als
529 Einzelfallförderung zur Umsetzung der Strukturveränderungen des Krankenhausplanes verwen-
530 det werden.

531

532 **Gesundheits- und Sozialberufe aufwerten**

533

534 Es wird immer wieder beklagt, dass in der Kranken- und Altenpflege, für die Betreuung von
535 Menschen mit Beeinträchtigungen zu geringe Löhne gezahlt werden und deswegen viele Fach-
536 kräfte fehlen. Das ist nicht die ganze Wahrheit. Es geht auch darum, dass die Überlastung des
537 Personals durch eine verfehlte Sparpolitik bewusst in Kauf genommen wurde. Deswegen un-
538 terstützen wir die Gewerkschaften im Kampf um gute und flächendeckende Tarifverträge. Es
539 müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, diese für allgemeinverbindlich zu erklären, um die
540 Entlohnung und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Zur Aufwertung der Gesundheitsberufe
541 gehört aus unserer Sicht auch, die Schulgeldfreiheit für Gesundheitsberufe, die Vergütung der
542 Ausbildung und ihre perspektivische Akademisierung durchzusetzen. Die Leistungen der Be-
543 schäftigten in der Gesundheits-, Pflege- und Sozialbranche werden am besten gewürdigt, indem
544 die bestehenden Missstände beseitigt werden und endlich Löhne gezahlt werden, die ihren
545 Leistungen entsprechen.

546

547 **Öffentliche Gesundheitsdienste und kommunale Pflegedienste**

548

549 Durch die Pandemie ist vielen bewusst geworden, wie wichtig der öffentliche Gesundheits-
550 dienst (ÖGD) und leistungsfähige Gesundheitsämter sind. Dass nun von Bund und Ländern be-
551 schlossen wurde, Finanzmittel für tausende neue Stellen und den Ausbau elektronischer Mel-
552 dewege zur Verfügung zu stellen, ist ein überfälliger Schritt. Der ÖGD sollte befähigt werden
553 auch bei der Infektionsprophylaxe, z.B. für Reihenimpfungen in Kitas, Schulen und Betrieben,
554 Kapazitäten zu entwickeln.

555

556 **Ein dynamischer Pandemieplan für Sachsen-Anhalt**

557

558 Die jüngsten Ereignisse haben gezeigt, dass im Falle einer Pandemie ein koordiniertes, zügiges
559 und konsequentes Handeln erforderlich ist. Ein dynamischer Pandemieplan ist dafür ein unver-
560 zichtbares Instrument. Der Pandemieplan muss in einem Zweijahresrhythmus angepasst wer-
561 den – es sei denn, es ergeben sich zwingende Änderungen aus aktuellem Anlass. Wir brauchen
562 eine eigenständige Bevorratung an Schutzausrüstungen, Desinfektionsmitteln, Masken, Medi-
563 kamenten usw., um im Krisenfall die Versorgung der Bevölkerung und damit die Sicherheit der

Antrag-Nr. 4.1.

Antragsteller: Niklas David Gießler

Zeile 564:

Einfügung nach „zu können.“

„Darüber hinaus fordern wir die Ermächtigung im Infektionsschutzgesetz nach § 20 (7) zur Einführung einer Impfpflicht als Land immer dann zu nutzen, wenn die freiwillige Impfung nicht zur Herdenimmunität ausreicht.“

564 Bürger*innen gewährleisten zu können. Darüber hinaus ist es unabdingbar, die Produktion die-
565 ser lebenswichtigen Produkte im Inland sicherzustellen.

566
567
568
569
570

571 Prävention statt Kriminalisierung

572
573
574
575

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt steht für eine gesundheitsorientierte und selbstbestimmte Drogen-
politik und Suchtprävention. Statt Drogenkonsum zu kriminalisieren, wollen wir einen effektiven
Jugend-, Gesundheits- und Verbraucherschutz ermöglichen und Menschen in Abhängigkeit

Antrag-Nr. 4.2.

Antragsteller: Niklas David Gießler

Zeile 576:

Neufassung wie folgt:

„Damit gehen für uns die Legalisierung aller Drogen und die kontrollierte Abgabe an Men-
schen „...“

576 aus ihrer Sucht begleiten. Damit einher gehen für uns die Legalisierung von Cannabis, die kon-
577 trollierte Abgabe sogenannter harter Drogen an Menschen mit Abhängigkeit und die Möglich-
578 keit, Drogen zum Eigenbedarf auf Verunreinigungen prüfen zu lassen sowie die Einrichtung von
579 Drogenkonsumräumen. Gleichzeitig wollen wir uns den gesellschaftlichen Folgewirkungen von
580 Drogenmissbrauch stellen. Unterstützungsstrukturen für suchterkrankte Menschen. müssen
581 um eine gute wissenschaftliche Begleitung ergänzt werden, um passgenaue Hilfen anzubieten.
582 Wir werden uns dafür einsetzen, sachlichen und wertfreien Präventivunterricht an Schulen an-
583 zubieten, der durch geschulte Sozialarbeiter*innen erfolgen soll.

584
585

586 I.4 Gerechtigkeit ist weiblich

587

588 Die Corona-Pandemie wirft auch ein Schlaglicht darauf, wie Frauen unsere Gesellschaft zusam-
589 menhalten. Der Frauenanteil in den systemrelevanten Berufen liegt bei 75 Prozent. Nach An-
590 gaben des deutschen Frauenrates haben Frauen in den Familien schon vor der Pandemie durch-
591 schnittlich 1,5 Stunden täglich mehr mit Sorgearbeit verbracht als Männer. Diese Doppelbelas-
592 tung (Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen, Homeschooling mobiles Arbeiten und
593 Haushalt) ist während der Pandemie weiter gestiegen. Viele wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen
594 gehen jedoch an der Lebenswirklichkeit von Frauen vorbei. Wer einen schlechtbezahlten so-
595 genannten Frauenberuf hat oder prekäre Teilzeit- bzw. Mini-Jobs, ist in Krisenzeiten nicht ge-
596 schützt. Frauen sind aufgrund der schlechteren Entlohnung (Gender-Pay-Gap und Niedriglohn-
597 sektor), Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen etc. weitaus gefährdeter als Männer, in die
598 Armutsfalle zu geraten. Weibliche Arbeit darf nicht länger schlecht bezahlt und abgewertet wer-
599 den. Eine geschlechtergerechte Krisenpolitik muss zu besseren Arbeitsbedingungen und höhe-
600 ren Gehältern in den systemtragenden Berufsgruppen führen. Dies setzt für uns voraus, auch
601 erneut die Frage der geschlechtergerechten Verteilung der Mittel in den öffentlichen Haushal-
602 ten auf die Tagesordnung zu setzen. Deswegen fordern wir in Sachsen-Anhalt das Gender-

603 Budgeting-Prinzip in allen öffentlichen Haushalten sowie dessen Aufnahme in die Landesver-
604 fassung.

605

606 **DIE LINKE will den internationalen Frauentag als gesetzlichen Feiertag in Sachsen-An-**
607 **halt einführen.**

608

609 **Frauen verdienen mehr**

610

611 DIE LINKE will bessere Löhne und mehr Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen, statt selbstgefälli-
612 gem Beifall. Die schlechtere Bezahlung sogenannter „Frauenberufe“ muss überwunden werden.
613 Wir wollen den Niedriglohnsektor, in dem überwiegend Frauen arbeiten, durch einen Mindest-
614 lohn von 13 Euro abschaffen. Die Arbeit in Kitas, Schulen, Krankenhäusern und Pflegeheimen
615 muss endlich aufgewertet und besser bezahlt werden. Wir wollen Mini- und Midijobs durch un-
616 befristete Arbeitsverträge mit existenzsichernden Einkommen ablösen. Perspektivisch sollen
617 keine Pflegefachkraft und keine Erzieher*in unter 3000 Euro brutto/Monat verdienen.

618

619

620 **Damit Frauen bestimmen, wo es lang geht**

621

622 Schon seit 1997 sieht das Frauenfördergesetz von Sachsen-Anhalt vor, dass der öffentliche
623 Dienst, die Kommunen, die Landesbetriebe sowie „alle der Aufsicht des Landes unterstehen-
624 den Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts“ darauf hinwirken sollen,
625 dass alle Gremien zur Hälfte mit Frauen besetzt sind. Davon sind wir weit entfernt. Dies liegt
626 nicht nur an der frauenpolitisch rückwärtsgewandten CDU, die ein modernes Gleichstellungs-
627 gesetz blockiert, sondern an der mangelnden Förderung des weiblichen Nachwuchses. DIE
628 LINKE will der strukturellen Benachteiligung von Frauen weiterhin entgegenwirken, um die be-
629 ruflichen Chancen sowohl im öffentlichen Dienst als auch in der Wirtschaft für Frauen erheblich
630 zu verbessern. Hierbei sind die unter dem Dach des Landesfrauenrates entwickelten Empfeh-
631 lungen für ein Gleichstellungsgesetz in Sachsen-Anhalt eine geeignete Grundlage.

632

633 Im Jahr 2020 – gut 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts – gibt es immer noch
634 keine Gleichberechtigung bei der Besetzung von politischen Führungspositionen. Deswegen
635 wollen wir mit einem Paritégesetz für Sachsen-Anhalt dafür sorgen, dass mindestens die Hälfte
636 der Landtagsmandate und der Mitglieder der Landesregierung weiblich sind. Wir wollen das
637 „Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt“ unter Beteiligung der gleich-
638 stellungspolitischen Interessenvertretungen fortschreiben und für die Landesbehörden ver-
639 bindlich machen.

640

641 **Frauenarmut verhindern**

642

643 Frauen sind einem besonderen Armutsrisiko ausgesetzt. Das Armutsrisiko bei Alleinerziehen-
644 den und ihren Kindern, d.h. jeder fünften Familie, liegt sogar bei über 40 Prozent. Zur finanziel-
645 len Absicherung von Alleinerziehenden und ihren Kindern muss der Unterhaltsvorschuss bedin-
646 gungslos für alle Bedürftigen verfügbar sein. Die Anrechnung des Kindergeldes auf den Unter-
647 haltsvorschuss muss abgeschafft werden. Die Kürzung des Elterngeldes muss zurückgenom-
648 men werden. Es darf nicht auf Transferleistungen wie Harz IV angerechnet werden. Alleinerzie-
649 hende sollen einen Anspruch auf 24 Monate Elterngeld erhalten. Wir fordern, dass Betriebe
650 Alleinerziehenden im Falle einer Notfallbetreuung eine Freistellung bei Lohnfortzahlung ermög-
651 lichen müssen. Bund und Länder müssen diese Maßnahmen finanziell unterstützen.

652

653 **Weibliches Forschen und Wissen fördern**

654

655 Sachsen-Anhalt muss als Bildungsstandort gerade auch für Frauen attraktiv werden. Wir for-
656 dern eine dauerhaft etablierte Geschlechterforschung an den Universitäten und Hochschulen
657 des Landes Sachsen-Anhalt. Wir unterstützen die Arbeit des Projektes FrauenOrte, das Biogra-
658 fien von Frauen für Frauen in unterschiedlichen Zeitperioden in ganz Sachsen-Anhalt als Erleb-
659 nispfad vorstellt und Frauengeschichte(n) erlebbar macht. Damit erfüllt das Projekt einen wich-
660 tigen geschlechtergerechten Bildungsauftrag. Wir fordern die Verstetigung der Projektfinanzie-
661 rung durch das Land.

662

663 **Keine Gewalt gegen Frauen und Mädchen**

664

665 Deutschland hat sich mit der Istanbul-Konvention verpflichtet, Gewalt gegen Mädchen und
666 Frauen aktiv zu bekämpfen. Doch noch immer ist jede dritte Frau in Deutschland mindestens
667 einmal in ihrem Leben von physischer und/oder sexualisierter Gewalt betroffen. Jede Vierte
668 wird mindestens einmal Opfer körperlicher oder sexueller Gewalt durch ihren aktuellen oder
669 früheren Partner. Physische und psychische Gewalt gegen Frauen muss entschieden bekämpft
670 werden. Wir fordern daher die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für von Gewalt betroffene
671 oder bedrohte Mädchen und Frauen im Land Sachsen-Anhalt. Mädchen und Frauen mit Beein-
672 trächtigungen Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund zählen zu den besonders ver-
673 letzlichen Gruppen. Wir wollen die rechtlichen Voraussetzungen verbessern, damit auch Frauen
674 ohne gesicherten Aufenthaltstitel vor geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt geschützt
675 sind. Zur Kontrolle der Umsetzung der Istanbul-Konvention regen wir die Einrichtung einer
676 staatlichen unabhängigen Monitoringstelle sowie eines Runden Tisches an, an dem Vertre-
677 ter*innen aller relevanten NGOs mitarbeiten. Darüber hinaus wollen wir Präventions- und Be-
678 ratungsstellen für Frauen und Mädchen anbieten, die Opfer von Hate Speech geworden sind.
679 Wir brauchen Studien zu geschlechtsspezifischer Gewalt im Internet sowie die geschlechtsdif-
680 ferenzierte Erfassung von Cybergewalt in der Polizeilichen Kriminalstatistik.

681

682 Frauenschutzhäuser sind für viele Frauen und ihre Kinder die Rettung vor häuslicher Gewalt.
683 Wir stellen uns hinter die Forderungen der LAG der Frauenhäuser und setzen uns für eine bun-
684 desweit einheitliche einzelfall- und tagessatzunabhängige, bedarfsgerechte Finanzierung der
685 Frauenschutzhäuser ein. Für alle Gewaltschutzprojekte fordern wir eine institutionalisierte För-
686 derung. Zudem muss die Eingruppierung der Mitarbeiter*innen überprüft werden, um eine
687 Schlechterstellung zu vermeiden. Wir setzen uns dafür ein, dass Gewaltschutzprojekte Ange-
688 bote für Kinder vorhalten, die von Gewalt mitbetroffen sind.

689

690

691 **I.5 Senior*innen: Für einen guten Lebensabend in Sachsen-Anhalt**

692

693 Niemand soll seinen Lebensabend mit Altersarmut und Rentenungerechtigkeit verbringen. Die
694 Ost-West-Rentenangleichung bis 2025 dauert entschieden zu lange. Um die Lebensleistung der
695 Rentner*innen im Osten Deutschlands zu würdigen, tritt DIE LINKE für eine schnellstmögliche
696 Angleichung der Renten an West-Niveau ein. Die Doppelbesteuerung von Renten sollte so weit
697 wie möglich eingedämmt werden. Deshalb fordert DIE LINKE, den steuerlichen Grundfreibetrag
698 von heute 9.408 Euro sofort auf 12.600 Euro anzuheben. Das würde viele kleine Renten kom-
699 plett von der Steuerpflicht befreien. Zudem fordert DIE LINKE eine außerordentliche Rentener-

700 höhung, die zu einem lebensstandardsichernden Rentenniveau und einer automatischen Neu-
701 berechnung des individuellen Rentenfreibetrags führen soll. Damit soll sichergestellt werden,
702 dass die Rente auch netto wieder den Lebensstandard sichert und alle - übers gesamte Leben
703 betrachtet - von der nachgelagerten Besteuerung profitieren werden.

704

705 Wir wollen das seniorenpolitische Programm des Landes weiterentwickeln und dabei an die
706 tatsächlichen Probleme anknüpfen. Das betrifft z.B. aufsuchende Seniorenarbeit im ländlichen
707 Raum, die Förderung des altersgerechten Wohnens, die Einführung eines landesweiten Senio-
708 rentickets und die Einrichtung eines 50/50-Taxis für Menschen ab 65 Jahre.

709

710 Die **Altenpflege** gewinnt für eine älter werdende Gesellschaft immer mehr an Bedeutung, aber
711 sie muss bezahlbar sein und dem Erhalt und der Förderung der Lebensqualität sowie verblie-
712 bener Fähigkeiten der pflegebedürftigen Menschen dienen. Jede und jeder Pflegebedürftige
713 muss die freie Wahl zwischen ambulanter und stationärer Pflege sowie alternativen Wohnfor-
714 men haben. Die bestehenden Zwänge der Pflegeversicherung führen viele Pflegebedürftige, die
715 in voll-stationären Einrichtungen leben, dazu, an ihrem Lebensabend Sozialhilfe beantragen zu
716 müssen, weil sie die steigenden Heimkosten nicht mehr bezahlen können. Deswegen brauchen
717 wir auf Bundesebene eine Reform der Pflegeversicherung. Bis dahin wollen wir in Sachsen-
718 Anhalt ein **Landes-Pflegewohngeld** für die Betroffenen. Dies ist bereits Praxis in Nordrhein-
719 Westfalen und Schleswig-Holstein und wird als einkommens- und vermögensabhängige Leistung
720 gezahlt.

721

722 Es ist nicht hinnehmbar, dass die Landesregierung kein Geriatrie-Konzept vorgelegt hat. Wir
723 wollen eine wohnortnahe, intensiviertere geriatrische Versorgung für ganz Sachsen-Anhalt sicher-
724 stellen.

725

726 Immer mehr ältere Menschen erkennen die Chancen der Nutzung des Internets. Sie haben aber
727 Sorgen, dass sie in der digitalen Welt in Situationen geraten können, denen sie nicht gewachsen
728 sind. Wir wollen deswegen seniorenspezifische Beratungsangebote in Sachsen-Anhalt vernet-
729 zen und ausbauen.

730

731 Das Gleiche gilt für den gleichberechtigten Zugang zu Leistungen für alle Senior*innen egal
732 welcher Herkunft – Sprachbarrieren und kulturelle Hinderungsgründe sind abzubauen, so dass
733 eine kultursensible Altenhilfe gewährleistet werden kann.

734

735 DIE LINKE wendet sich auch weiterhin konsequent gegen Altersdiskriminierung und Gewalt an
736 Älteren in der Gesellschaft. Die Gewalt gegen ältere Menschen, die im häuslichen Bereich ge-
737 pflegt werden, hat aktuellen Studien zufolge zugenommen. Das ist nicht hinnehmbar. Wir
738 brauchen eine Kultur der Achtung und Freundlichkeit im Umgang mit den Senior*innen. Ihnen
739 muss mehr Gehör für ihre Belange geschenkt werden. Direkte Demokratie mit Rede-, Anhö-
740 rungs- und Antragsrecht auf allen politischen Ebenen ist dafür notwendig. Dafür wollen wir mit
741 einem Seniorenmitwirkungsgesetz sorgen.

742

743

744 **I.6 Ostdeutsch: Selbstbewusst und Selbstbestimmt**

745

746 Seit drei Jahrzehnten werden die Menschen getröstet, wenn es um die Korrektur von Fehlern
747 und Versäumnissen der deutschen Einheit geht. Es ist überfällig, die verschiedenen ostdeut-
748 schen Perspektiven, die Erfahrungen aus zwei politischen Systemen anzuerkennen und ernst

749 zu nehmen, was dauerhafte Deindustrialisierung, Niedriglohnpolitik, kulturelle Ignoranz und Ab-
750 wanderung für jede Region und ihre Menschen bedeuten können. DIE LINKE wird auch deswe-
751 gen die verfehlte Treuhandpolitik der 90er Jahre und ihre Folgen für Sachsen-Anhalt weiter
752 thematisieren.

753

754 Der wirtschaftliche Kahlschlag in den 90er Jahren ging Hand in Hand mit einem Elitenwechsel,
755 der Ostdeutsche von Karrierewegen und Spitzenpositionen ausschloss. Diese Einstellungspoli-
756 tik hat sich verfestigt und grenzt nun eine junge Generation aus, die nicht mehr in der DDR
757 aufgewachsen ist. Es spricht auch für das persönliche Versagen des Ministerpräsidenten Ha-
758 seloff, die Förderung des ostdeutschen Nachwuchses in den Ministerialverwaltungen, Landes-
759 ämtern und Wissenschaftseinrichtungen versäumt zu haben. In den meisten Leitungsbereichen
760 dieser Institutionen sind Ossi in der Minderheit. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass endlich
761 mehr Ostdeutsche in Schlüsselfunktionen kommen.

762 Es muss Schluss damit sein, dass jede grundsätzliche Kritik an den Problemen mit Verweis auf
763 die DDR diskreditiert und abgebügelt wird. Denn wer jetzt in den Ruhestand geht, hat 30 Jahre
764 im vereinten Deutschland gearbeitet und gelebt. Es ist nicht akzeptabel, dass bereits heute
765 mehr als 40 Prozent der Ostdeutschen nach mindestens 40 Versicherungsjahren weniger als
766 1000 Euro Rente haben, genau so wenig akzeptabel wie Armutsrenten im Westen.

767 Die bei der Rentenüberleitung gemachten Fehler müssen endlich behoben werden. Zu viele
768 Gruppen sind betroffen: die in der DDR geschiedenen Frauen, Bergleute der Braunkohlevered-
769 lung, Krankenschwestern, Tänzer*innen, Angestellte bei der Post oder der Eisenbahn und an-
770 dere mehr. Sogar die aus der DDR Geflohenen und Ausgereisten wurden nach der Wiederver-
771 einigung wieder nachträglich zu Ostdeutschen im Rentenrecht. Im 30. Jahr der Einheit erwarten
772 sie endlich Gerechtigkeit und nicht nur die Behandlung von Härtefällen. Hierbei ist auch Ver-
773 antwortung für ehemalige ausländische Vertragsarbeiter*innen in der DDR anzuerkennen.

774

775 Wir setzen uns für die Anerkennung ostdeutscher Lebensleistungen sowohl vor 1989, als auch
776 in den 30 Jahren nach der deutschen Einheit ein. Die Bewältigung von Umbrüchen, Enttäu-
777 schungen, Neuanfängen und die Bewahrung von Selbstbewusstsein nach vielen Erniedrigungen
778 hat gerade in Sachsen-Anhalt für sehr viele Menschen einen Erfahrungsvorsprung im Umgang

Antrag-Nr. 2.13.

Antragsteller*innen: John Lucas Dittrich, Rosemarie Hein, Stephan Krull, Andreas Horn,
Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny
Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole An-
ger (Stadtverband Magdeburg)

Zeilen 779 bis 780:

Änderung: Wir werden diese, zum Teil auch mit bitteren Erfahrungen verbunden Erkennt-
nisse weitergeben.

Begründung: priorisiert unseren Standpunkt nochmals

Der Landesvorstand übernimmt.

779 mit Krisen und Konflikten mit sich gebracht. Wir wollen diese, zum Teil auch mit bitteren Erfah-
780 rungen verbundenen Erkenntnisse gern weitergeben.

781

782

783 **Teil II: Fortschritt, den wir meinen**

784

785 **II.1 Wirtschaft: Ein Investitionspaket für Sachsen-Anhalt schnüren**

786
787
788
789
790
791
792
793
794
795
796
797
798
799

Der Corona-Lockdown hat die wirtschaftliche Existenz vieler Betriebe und Gewerbetreibende bedroht und infrage gestellt. Die Landesregierung hält sich dagegen zu Gute, „das größte Soforthilfe-Programm für Unternehmen in der Geschichte Sachsen-Anhalts aufgelegt“ zu haben. Tatsächlich hat sie im Gegensatz zu anderen Bundesländern nur wenig Landesgelder für finanzielle Hilfen und öffentliche Investitionen mobilisiert. „Bisher“, so kritisiert der DGB, „macht das Land ‚Dienst nach Vorschrift‘... Fakt ist: Mit dieser mutlosen Politik ist kein Aufbruch möglich. Vier von fünf Unternehmen in Sachsen-Anhalt rechnen mit Umsatzeinbußen, dem Bruttoinlandsprodukt des Landes wird ein empfindlicher Rückgang prognostiziert.“¹ Zu lange hat sich die KENIA-Koalition der trügerischen Sicherheit hingegeben, dass Sachsen-Anhalt besser als andere durch die Krise gekommen sei. Dagegen haben z.B. Thüringen und Baden-Württemberg für Solo-Selbstständige einen „Unternehmerlohn“ als Zuschuss zum Lebensunterhalt aufgelegt. Dies wurde von der CDU in Sachsen-Anhalt bis November 2020 blockiert.

Antrag-Nr. 14.

Antragstellerin: Janina Böttger

Zeilen 800 – 804 bis „Prozentpunkten“ ersetzen durch:

„Von April 2020 bis Februar 2021 haben Betriebe in Sachsen-Anhalt für ca. 305.000 Beschäftigte Kurzarbeit in Anspruch genommen. Kurzarbeit bedeutet in einem Niedriglohnland wie Sachsen-Anhalt ein erhöhtes Armutsrisiko. Der „Corona-Effekt“, also die durch die Pandemie bedingte Arbeitslosigkeit lag im letzten Jahr stetig über 1 Prozent und im Februar 2021 bei 1,3 Prozentpunkten. Sicherlich gibt es in anderen Bundesländern höhere Steigerungsraten, jedoch wird man das tatsächliche Ausmaß der Pandemiefolgen auf dem Arbeitsmarkt erst nach dem Aussetzen der Insolvenzantragspflicht erkennen können. Auch kann sich von Statistik niemand etwas kaufen, Kinder versorgen, Raten und Mieten bezahlen.“

Begründung:

Die spätere Verabschiedung des Wahlprogrammwerfs macht es notwendig die Zahlen zu Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit zu aktualisieren. Auch wurde im Verlauf der Zeit, dass die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht durchaus verschleiert, wie die wirtschaftliche Situation sich tatsächlich für viele Betriebe darstellt. Die Auswirkung von Insolvenzen und Geschäftsaufgaben werden wir erst später auf dem Arbeitsmarkt erkennen können. Wir sollten aber darauf verweisen, dass wir das im Blick haben.

Der Landesvorstand übernimmt.

800
801
802
803
804
805
806
807
808

Von März bis Oktober 2020 haben 23.000 Betriebe in unserem Land Kurzarbeit für ihre Beschäftigten in Anspruch genommen. Durchschnittlich 70.000 Beschäftigte waren davon pro Monat betroffen. Kurzarbeit bedeutet in einem Niedriglohnland wie Sachsen-Anhalt ein erhöhtes Armutsrisiko. Der „Corona-Effekt“ bei der Arbeitslosenquote lag im Oktober 2020 bei 1,4 Prozentpunkten. Sicherlich gibt es in anderen Bundesländern höhere Steigerungsraten. Aber von Statistik kann sich niemand etwas kaufen, Kinder versorgen, Raten und Mieten bezahlen.

Ein Konjunktur- und Investitionspaket für Sachsen-Anhalt schnüren

¹ Drei Säulen- Konzept des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften für eine Konjunktur- und Investitionsoffensive in Sachsen-Anhalt, Magdeburg Juli 2020, S. 11

809 Öffentliche Investitionen sind der Schlüssel für die Gestaltung der Zukunft nach der Pandemie.
810 Das Land Sachsen-Anhalt verfügt über enorme Möglichkeiten, gestärkt aus der Krise hervorzugehen.
811 DIE LINKE fordert ein erweitertes Konjunktur- und Investitionsprogramm für Sachsen-Anhalt
812 und steht dabei an der Seite des DGB. Wir stimmen mit den Gewerkschaften überein,
813 dass die historisch einmalige Niedrigzinslage an den Kapitalmärkten für eine solche Investitionsoffensive
814 genutzt werden muss. In diesem Sinne sollten wir uns für die Umsetzung der Forderung des DGB einsetzen,
815 einen **Sachsen-Anhalt-Fonds** als Sondervermögen einzurichten: Der Fonds wird vom Land mit Eigenkapital
816 ausgestattet, „das der Fonds durch Anleihen vervielfacht. Auf dieser Basis kann der Fonds die öffentlichen
817 Investitionen massiv ausweiten – z.B. für Schulen, Straßen, Kitas, Krankenhäuser, den öffentlichen Personennahverkehr.
818 Obligatorisch ist dabei, dass jede Investition mit einem eigenen Tilgungsplan versehen wird. Wichtige
819 Zukunftsinvestitionen können jetzt vorgenommen und über die Nutzungsdauer refinanziert werden.
820 Der Sachsen-Anhalt-Fonds richtet sich dabei explizit auch an Kommunen, indem kommunale Investitionen
821 durch Öffentlich-Öffentliche-Partnerschaften (ÖÖP) gemeinsam mit dem Fonds getätigt werden können.“²
822 Aus unserer Sicht wäre dies auch für einen Einstieg in die Errichtung weiterer kommunaler Pflegebetriebe
823 zu nutzen.
824

825

826 **Den Strukturwandel erfolgreich gestalten**

827

828 Bereits vor der Pandemie sah sich Sachsen-Anhalt mit großen Herausforderungen bei der Umgestaltung
829 seiner Wirtschaft konfrontiert. Die durch den Klimawandel erforderlichen Transformationsprozesse
830 betreffen Kernbereiche der Wirtschaft, wie die Autozulieferer, die Energiewirtschaft und das
831 Mitteldeutsche Revier, die Land- und Forstwirtschaft. Viele Menschen haben verstanden, dass das
832 auf dem Verbrennen fossiler Rohstoffe basierende Wirtschaftsmodell unumkehrbar zu Ende geht.
833 Mit dem Verbrennen von Kohle und Erdöl kann keine wirtschaftliche, technologische und soziale
834 Zukunft mehr gesichert werden. Doch die Unterstützung für ökologische Umbauprozesse hängt nicht
835 nur entscheidend davon ab, wie dieser Prozess sozial abgefedert wird, sondern wie stark ihn die
836 Menschen selbst in ihren Regionen mitgestalten können. DIE LINKE will die Mittel zur Bewältigung
837 des Strukturwandels dazu nutzen, ein Landesförderprogramm „Klimaschutz in der Industrie“ aufzulegen.
838 Dies wird Zuschüsse für Klimaschutzprojekte in kleinen und mittelständischen Betrieben umfassen
839 sowie langfristige zinslose Kredite zur klimagerechten Umstellung von Produktionsverfahren.
840 Mit Überleitungsgesellschaften setzen wir auf gezielte Weiterbildung und Qualifizierung der
841 Beschäftigten.
842

843

844 Wir müssen den Strukturwandel nutzen, um die noch zu schwach ausgeprägte industrielle Basis
845 unseres Landes zu stärken und vor der Wirtschaftskrise zu schützen. Dabei setzen wir auf
846 **Schlüsselzweige** wie die chemische und pharmazeutische Industrie, den Maschinen- und Anlagenbau
847 und die Lebensmittelwirtschaft. Sachsen-Anhalt ist ein wichtiger Standort der Solarstromproduktion.
848 Wir haben damit gute Voraussetzungen, zukunftsfähige Strukturen aufzubauen und den Zustand
849 einer verlängerten Werkbank zu überwinden. Statt vorrangig Zulieferer für westdeutsche und
850 internationale Konzerne zu sein, wollen wir eine Industriepolitik, die Wertschöpfung stärker
851 in Sachsen-Anhalt verankert. Sachsen-Anhalt kann gerade im Bereich der erneuerbaren Energien
852 neue Arbeitsplätze gewinnen, wenn die Weichen jetzt richtig gestellt werden und der Strukturwandel
853 für eine umfassende Mobilitätswende, die Nutzung der Solar-

² Drei Säulen- Konzept des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften für eine Konjunktur- und Investitionsoffensive in Sachsen-Anhalt, Magdeburg Juli 2020, S. 11

853 energie, den Ausbau der Windkraft unter Berücksichtigung der Naturschutzbelange, die Redu-
854 zierung des Energieverbrauchs in allen Lebensbereichen und die Förderung regionaler Wirt-
855 schaftskreisläufe genutzt wird.
856

Antrag-Nr. 2.14.

Antragsteller*innen: Stephan Krull, Rosemarie Hein, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger (Stadtverband Magdeburg)

Zeilen 857/858:

Den Satz wie folgt ändern / ersetzen:

„Die Linke fordert einen Strukturwandeldialog, in den neben Regierung, Parlament, Gebietskörperschaften und Unternehmen auch Gewerkschaften, Klimabewegung, Umwelt- und Sozialverbänden einzubeziehen sind.“

Begründung:

Die Umwelt- und Klimabewegung hat den Strukturwandel erzwungen. Sie in den Dialog zum Strukturwandel nicht einzubeziehen, ist ein Affront gegen diese Bewegung und verschenkt darüber hinaus viele gute Ideen aus diesen Bewegungen. Ein gesellschaftlicher Konsens kann nur unter Einbeziehung dieser Bewegungen erreicht werden.

Die Begrifflichkeit „Sozialpartner“ ist ein ideologisches Konstrukt zur Vereinnahmung der Arbeiter*innenklasse und ihrer Organisationen in die kapitalistische Ökonomie. Längst wurde die „Sozialpartnerschaft“ der westdeutschen Nachkriegsgeschichte durch das Kapital aufgekündigt.

857 DIE LINKE fordert wie auch der DGB einen institutionalisierten Strukturwandel-Dialog der Sozi-
858 alpartner.

859 Wir werden die **Regionale Innovationsstrategie über das Jahr 2020 hinaus weiterentwi-**
860 **ckeln**. Dabei stellen wir das Wachstum kleiner und mittlerer Unternehmen in den Mittelpunkt
861 – wichtig ist der dauerhafte Aufbau eigener Forschungskapazitäten bei den Unternehmen.

862
863 **Die Wirtschaftsförderung muss dem Gemeinwohl dienen**
864

865 Wenn es um Fachkräfte und attraktive Arbeitsplätze in der privaten Wirtschaft und im öffentli-
866 chen Sektor geht, steht Sachsen-Anhalt im harten Wettbewerb mit anderen Regionen. Das
867 starrsinnige Festhalten an Billiglöhnen und schlechten Sozialstandards sorgt nicht für mehr
868 Wettbewerbsfähigkeit, sondern für mehr Abwanderung. Es stärkt nicht den Wirtschaftsstand-
869 ort, sondern schwächt die Kaufkraft. Es vergrault den ostdeutschen Nachwuchs nach Westen.

870
871 Nicht nur in der Krise zeigt die CDU, dass sie wenig für die Interessen und Notlagen vor allem
872 der kleinen und mittleren Betriebe übrig hat. Sie fokussiert sich meist auf Großinvestitionen
873 und nicht auf die kleinen und mittleren Betriebe, die wir im Land haben. Während der Pandemie
874 hat sie sich kaum um Solo-Selbstständige gekümmert. DIE LINKE sagt: Unser Land verfügt über
875 enorme Einflussmöglichkeiten für die Gestaltung einer zukunftsorientierten, sozialen, gerech-
876 ten und innovativen Wirtschaftsstruktur. Wirtschaftsförderung muss an Tariflöhne, gute Arbeit
877 und Mitbestimmung im Betrieb gekoppelt sein. Guter Lohn und gute Arbeit sind Standortfak-
878 toren für Fachkräfte. Wir werden **Subventionen** so einsetzen, dass Unternehmen nachhaltiger
879 und ökologischer wirtschaften.

880

881 **Damit Handwerk goldenen Boden hat**

882

883 Wir wollen das Handwerk und den Mittelstand weiter unterstützen, denn sie wirtschaften so-

Antrag-Nr. 2.15.

Antragsteller*innen: Stephan Krull, Rosemarie Hein, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger (Stadtverband Magdeburg)

Zeile 884:

Den Teil des Satzes „die Risiken der Selbständigkeit tragen und“ ersatzlos streichen.

Begründung:

Loblieder auf die Unternehmer sind in Programmen der FDP, der CDU, der Grünen und der SPD zu finden, sollten aber nicht im Programm der Linken stehen. Wir stehen für eine andere Wirtschaftsform, zumal der Kapitalismus sich gerade jetzt in einer großen Krise befindet, der er ohne massive staatliche Unterstützung nicht entkommen kann.

Die Jagd nach optimalem Profit ist mit unternehmerischer Tätigkeit in der kapitalistischen Ökonomie zwangsläufig verbunden. Die Risiken tragen die Beschäftigten, die diesen Profit erwirtschaften und im Falle des Scheiterns sich bestenfalls einen neuen Arbeitsplatz suchen müssen, häufig aber in Erwerbslosigkeit und Armut gestürzt werden.

884 lide, innovativ und kreativ. **Unternehmer*innen, die die Risiken der Selbständigkeit tra-**
885 **gen und in den bei uns überwiegend kleinen und mittleren Betrieben wirken, ermögli-**
886 **chen Beschäftigung, Ausbildung und Innovation.** Sie brauchen Unterstützung beim Wachs-
887 tum, weniger Bürokratie und Hilfe bei der Unternehmensnachfolge. Vor allem in den Bereichen
888 Berufsausbildung und Unternehmensgründungen und -nachfolge wollen wir mit gezielten Maß-
889 nahmen zur Fachkräftesicherung und zur Zukunftssicherung der Unternehmen beitragen.

890

891 **Regionale Wirtschaftskreisläufe sind wichtiger denn je**

892

893 Die Lieferengpässe bei medizinischer Schutzausrüstung und Medikamenten, aber auch bei Le-
894 bensmitteln und Verbrauchsgütern haben uns die Bedeutung einer leistungsfähigen Regional-
895 wirtschaft unmissverständlich vor Augen geführt. Just-in-time-Produktion und die Verlagerung
896 von Lagerkapazität auf die Straße in Form der Ausweitung des LKW-Verkehrs gehören zum
897 Problem und nicht zur Lösung. Die Diversifizierung der Wirtschafts- und Landwirtschaftsstruk-
898 tur und Stärkung der Eigenversorgung insbesondere in den Bereichen der Daseinsvorsorge und
899 des Bevölkerungsschutzes durch ausreichende Bestände an Schutz- und anderer medizinischer
900 Ausrüstung ist notwendig.

901

902 Solidarische und kooperative Wirtschaftsformen, wie Genossenschaften, Sharing- und Tausch-
903 plattformen, Sozialunternehmen usw. wollen wir systematisch fördern und entwickeln, in den
904 Kommunen und im Land. Genossenschaften sind eine gute Möglichkeit, um kleine Betriebe im
905 ländlichen Raum zu erhalten. Belegschaften können so gemeinsam ihre Betriebe fortführen. In

Antrag-Nr. 2.16.

Antragsteller*innen: Stephan Krull, John Lucas Dittrich, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov (Stadtverband Magdeburg)

Zeilen 906 bis 911:

Die Zeilen sollen gestrichen werden.

Begründung:

Anders als im Leitantrag formuliert, ist „Social Entrepreneurship“ per se nicht Teil der solidarischen Ökonomie und keineswegs ein „Non Profit-Bereich“. Vielmehr zielt dieser „unternehmerische Ansatz“ darauf, aus sozialer und gemeinwohlorientierter Arbeit künftig Profit zu ziehen. Es handelt sich um eine etwas verkleidete Form der Privatisierung von öffentlichen Aufgaben, die wir nicht unterstützen sollten. Das Engagement mag nützlich oder löblich sein, als „unternehmerischen Ansatz“, der zwangsläufig mit Profit verbunden ist und eine Hierarchie der Beteiligten beinhaltet, sollten wir auch diese Form unternehmerischer Tätigkeit nicht befördern oder bevorzugt unterstützen. „Social Entrepreneurship“ zielt auf die Kommerzialisierung zivilgesellschaftlichen Engagements, auf die Konkurrenz zur freien Wohlfahrtspflege, zu Genossenschaften, zu Nachbarschaftsinitiativen und zu gemeinnützigen Gesellschaften. Diese Formen von sozialer Tätigkeit sind heute schon oft prekär und dürfen nicht weiter prekariert werden.

Definition im Portal der Landesregierung: „... Tätigkeiten, die wir als Social Entrepreneurship verstehen, da sie die Lösung einer gesellschaftlichen Herausforderung mit einem unternehmerischen Ansatz verbinden.“

Das ist die Entstaatlichung und Privatisierung von Lösungsversuchen für gesellschaftliche Herausforderungen und insoweit ein neoliberaler Ansatz, den wir nicht befördern sollten.

906 Sachsen-Anhalt hat sich außerdem „Social Entrepreneurship“ als Teil einer solidarischen Öko-
907 nomie im Non-Profit-Bereich entwickelt. Diese Unternehmer*innen wollen zur Lösung gesell-
908 schaftlicher Herausforderungen, insbesondere sozialer und ökologischer, mit unternehmeri-
909 schen Mitteln beitragen. DIE LINKE erkennt ihre wachsende Bedeutung für einen systemischen
910 gesellschaftlichen Wandel und will sie daher stärker bei wirtschaftsfördernden Maßnahmen mit
911 einschließen.
912

Antrag-Nr. 2.17.

Antragsteller*innen: Stephan Krull, Christian Arnd, Iris Gottschalk
(Stadtverband Magdeburg)

Zeilen 913 bis 928:

Diese Zeilen sollen ersetzt werden durch:

Neue Ideen fördern

Gründerinnen und Gründer haben oft kreative und innovative Ideen, mit denen sie auf den Markt wollen. Damit sie wachsen und am Gründungsort bleiben können, brauchen sie solide finanzielle Unterstützung und Vernetzungsmöglichkeiten. Das ist nicht nur eine Aufgabe der Kommunen, sondern auch des Landes. Uns als LINKE sind die oft befristeten und prekären Arbeitsverhältnisse und die Selbstausbeutung in sogenannten Start-ups bewusst, weswegen die Förderung auch dieser Unternehmen an Tarifbindung, Mitarbeiter*innenbeteiligung und/oder Genossenschaftlichkeit sowie einem gesellschaftlichen und ökologischen Nutzen ausgerichtet wird. Es braucht nicht nur neue innovative Unternehmen, sondern auch ein zukunftsorientiertes, gemeinwohlorientiertes Unternehmertum. Wir wollen Netzwerke dieser jungen Unternehmen mit Wissenschaftseinrichtungen fördern sowie ein Netzwerk von Gründerinnen initiieren und unterstützen, damit Frauen als Gründerinnen ihre Erfahrungen austauschen und sich gegenseitig unterstützen können. Dazu sollen gemeinsame Häuser bzw. Räume (Co-Working Spaces, Gründer*innenzentren) unterstützt werden.

Begründung:

Sachsen-Anhalt ist auf zukunftsorientierte Start-Ups angewiesen. Es wäre falsch weiterhin auf die Ansiedlung von Zweigstellen westdeutscher oder ausländischer Unternehmen zu setzen, die die Standorte nach überschaubaren Zeiträumen wieder schließen und verbrannte Erde hinterlassen. Trotzdem sollten wir als DIE LINKE nicht in das Loblied auf die kapitalistische, gewinnorientierte Ökonomie mit einstimmen. In Start-ups wird den oft befristet angestellten Mitarbeiter*innen meist erheblich unter Tariflohn gezahlt, das hohe Maß an Überstunden wird nicht ausbezahlt und Mitbestimmung klein gehalten. Als sozialistische Partei sollte DIE LINKE diese Probleme nicht verschweigen, sondern einen neuen Geist in der Gründerbranche entfachen und so das Entstehen von genossenschaftlichen Unternehmungen begünstigt. Die Förderung von Start-ups ist richtig und wichtig, um im Land Arbeitsplätze zu schaffen und Innovationen voranzutreiben. Aber wenn von „Risikokapital“ die Rede ist, sind damit auch Vorstellungen von hohen Renditen an den Börsen verbunden – da spielt DIE LINKE nicht mit. Ziel ist es die Umwandlung hin zu einer ökologischen, sozialen und sozialistischen Wirtschaft zu schaffen durch die Selektion der zu fördernden Start-ups. Auf diese Weise lässt sich der wirtschaftliche Aufbruch im Land mit dem sozialistischen Umbau der Ökonomie verbinden.

913 **Start-Ups, Gründerinnen und Gründer fördern**

914

915 Ohne neue unternehmerische Ideen kann keine Wirtschaft auskommen. **Start-ups** beleben mit
916 ihren kreativen und innovativen Ideen. Damit sie schnell wachsen und damit auch an ihrem
917 Gründungsort verbleiben, brauchen sie eine breite Unterstützung, u.a. bei der Akquirierung
918 von Risikokapital und bei der Vernetzung. Wir wollen eine Kultur des Ermöglichens schaffen,
919 Formate unterstützen die Vernetzung ermöglichen und Hidden Champions sichtbar machen.
920 Einrichtungen wie der Wissenschaftshafen in Magdeburg, der Weinberg-Campus und das De-
921 signhaus in Halle brauchen dabei nicht nur die Unterstützung der Kommunen, sondern sollen
922 auch vom Land stärker unterstützt werden. Wir wollen Netzwerke der Kreativ- und IT-Branche,
923 der Wissenschaft und Unternehmen aus anderen Wirtschaftszweigen fördern. Die Schaffung
924 von Co-Working-Spaces soll unterstützt werden. Mit einem neuen Förderprogramm „Zweite
925 Chance“ wollen wir zunächst gescheiterten Gründer*innen einen neuen Anlauf ermöglichen.
926 Das bisher ungenutzte Potential in Sachsen-Anhalt wollen wir analysieren und in eine neue
927 Existenzgründungsstrategie einfließen lassen. Die Arbeit und Erfolge von Unternehmerinnen
928 und Gründerinnen sollen sichtbarer werden, um Frauen zur Selbstständigkeit zu ermutigen.

929

930 **Tourismus – Mehr als ein Wirtschaftsfaktor**

931

932 Touristische Angebote sind nicht nur ein Wirtschaftsfaktor, sondern dienen auch der Lebens-
933 qualität vor Ort. Deswegen sprechen wir uns für integrierte Entwicklungskonzepte in den Kom-
934 munen aus, die sich sowohl an Einwohner*innen als auch an Tourist*innen wenden. Die Auf-
935 splittung der Tourismusförderung zwischen verschiedenen Ministerien und dem Landestouris-
936 musverband muss überwunden werden. Wir wollen das integrierte Landesmarketing mit Hilfe
937 der Investitions- und Marketinggesellschaft (IMG) aus einer Hand entwickeln. Daneben brau-
938 chen die regionalen Tourismusverbände eine weitere Stärkung durch das Land sowohl für ein
939 regionales Marketing als auch der touristischen Infrastruktur. Wegen der großen Kinderarmut
940 benötigen wir zum einen den Ausbau von Förderangeboten, die sich direkt an die Betroffenen
941 wenden, als auch die institutionelle Unterstützung von Einrichtungen wie Jugendherbergen,

942 Schullandheimen und Ferienfreizeitanbietern. Ziel sind hier nicht vorrangig hohe Umsätze, son-
943 dern ein breites soziales Angebot. Sachsen-Anhalt ist reich an Geschichte, Kunst und Kultur,
944 Naturschätzen und auch Industriedenkmälern. Es ist auch Musikland. Aus unserer Region kom-
945 men für die Musik- und Geistesstradition bedeutende Persönlichkeiten, wie Georg-Friedrich Hän-
946 del und Kurt Weil. Mit der Straße der Romanik oder den Stätten der Reformation ist Sachsen-
947 Anhalt ein touristischer Anziehungspunkt. Der **Kulturtourismus** mit seinen fünf UNESCO-Welt-
948 kulturerbestätten sowie der naturnahe Tourismus, wie z.B. die Harzregion, der Elbe-Radweg
949 und der Wassertourismus, müssen vor allem über das regionale Marketing weiterentwickelt
950 werden.

951
952 Vorrangige Aufgabe wird in den Jahren 2021 und 2022 die Sicherung und Unterstützung der
953 durch die Corona-Pandemie stark beeinträchtigten touristischen Infrastruktur sein. Das betrifft
954 die Gastronomie, das Beherbergungsgewerbe und die Veranstaltungsbranche in ihrer Gesamt-
955 heit. Dazu dienen eine Grundsicherung der Selbstständigen in diesem Bereich sowie spezielle
956 Programme zur Erleichterung des Neustarts von zwischenzeitlich geschlossenen oder einge-
957 schränkten Angeboten. Eine solche Forderung setzt die Einhaltung der Standards für gute Ar-
958 beit voraus.

959

960

961 **II.2 Energiewende: Sozial, ökologisch und vor Ort**

962

963 **Die Energiewende muss sozial werden, denn sie belastet die Menschen mit geringen**
964 **Einkommen zu stark.** Energiearmut ist die soziale Kehrseite der Energiewende. Bundesweit
965 wurden 2018 gegen etwa 300.000 Haushalte Stromsperrn verhängt. Dass dies viele Hartz-IV-
966 Empfänger*innen betrifft, ist nicht erstaunlich. Zwischen 2008 und 2018 stieg der Strompreis
967 um rund 40 Prozent, während der Anteil für die Stromkosten im Regelsatz der Grundsicherung
968 nur um 27 Prozent erhöht wurde. DIE LINKE fordert eine Erhöhung der Regelsätze und eine
969 jährliche Strompauschale. Wir werden uns weiter für ein gesetzliches Verbot von Stromsperrn
970 einsetzen. Darüber hinaus setzen wir uns für Sozialtarife für Strom ein. Stromsparen muss be-
971 lohnt werden. Wir brauchen ein sozial gerechtes Strompreissystem. Die Verbraucher*innen
972 dürfen nicht weiter für die enormen Rabatte für energieintensive Branchen zu Kasse gebeten
973 werden.

974

975 DIE LINKE fordert, Mittel der EU, des Bundes und des Landes in einem **Strukturfonds zur**
976 **Bewältigung des Klimawandels** für die unterschiedlichen Herausforderungen zu bündeln, sei
977 es die Verkehrswende, die Agrarwende oder jegliche anderen strukturellen Veränderungen. Die
978 bevorstehende Stilllegung, der Rückbau und die Renaturierung der Bergbauanlagen erfordern
979 die intensive Unterstützung von Bundes- und Landesregierung.

980

981 Wir wissen die Lebensleistung von Bergleuten zu schätzen. In den bevorstehenden Umbruchs-
982 prozessen wollen wir ihnen in der nächsten Legislaturperiode Wegbegleiter für neue Arbeits-
983 plätze sein. Die Kumpel wollen keinen mitleidigen oder gar zynischen Nachruf. Sie brauchen

Antrag-Nr. 2.18.

Antragsteller*innen: Lukas Hirtz, John Lucas Dittrich, Rosemarie Hein, Stephan Krull, An-
dreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer
Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole
Anger (Stadtverband Magdeburg)

Zeile 984:

Anfügen:

„Als technische Fachleute sind sie keine Bittsteller*innen, sondern werden etwa im Bereich der erneuerbaren Energien dringend gebraucht. Dafür bedarf es geeigneter Fortbildungen.“

Begründung:

DIE LINKE will konkrete Alternativen anbieten. Ein Elektriker, der Schaltschränke im Bergbau repariert, kann diese auch etwa an einer Photovoltaikanlage reparieren. Die Angst vor Arbeitsplatzverlust behindert die Energiewende. Gleichzeitig können die Kumpel aber auch Helfer der Energiewende werden.

Der Landesvorstand übernimmt.

Antrag-Nr. 5.2.

Antragstellerin: LAG Klima, Umwelt und Natur

Die LAG Klima, Umwelt und Natur schließt sich dem 18. Änderungsantrag des Stadtverbandes Magdeburg an.

Zeile 984 Anfügen:

„Als technische Fachleute sind sie keine Bittsteller*innen, sondern werden etwa im Bereich der erneuerbaren Energien dringend gebraucht. Dafür bedarf es geeigneter Fortbildungen.“

Begründung:

DIE LINKE will konkrete Alternativen anbieten. Ein Elektriker, der Schaltschränke im Bergbau repariert, kann diese auch etwa an einer Photovoltaikanlage reparieren. Die Angst vor Arbeitsplatzverlust behindert die Energiewende. Gleichzeitig können die Kumpel aber auch Helfer der Energiewende werden.

Der Landesvorstand übernimmt.

984 glaubhafte Zukunftsperspektiven.

985

Antrag-Nr. 7.

Antragsteller: Alf Zachäus

Zeilen 986 - 991:

werden ersetzt durch:

„Sachsen-Anhalt exportiert saubere Energie und liegt bei der Erzeugung der Erneuerbaren im Ländervergleich vorn. Nutzbare Energie soll zuerst dort verbraucht werden, wo sie erzeugt wird! Zugleich müssen sachsen-anhaltinische Kommunen, Immobilienbesitzer und mittelständische Betriebe so viel erneuerbare Energie produzieren und verkaufen dürfen, wie sie nur können. Darum bedarf es zuerst des Ausbaus der Erneuerbaren und der notwendigen Speicher in Sachsen-Anhalt. Die Erweiterung der überregionalen Netze soll erst dann erfolgen, wenn die Produzenten sauberer Energie den regionalen Bedarf decken. Bevor die bundes- und europaweite Netzkapazität erweitert wird, muss das volle Potential der Erneuerbaren in anderen Bundesländern ausgeschöpft werden, wie z.B. die Windenergie in Bayern und Baden-Württemberg.“

986 Sachsen-Anhalt ist Energieexportland und liegt bei der Erzeugung erneuerbarer Energien (ohne
987 offshore-Anlagen) im Ländervergleich vorn. Energie soll nach unserer Auffassung dort ver-
988 braucht werden, wo sie erzeugt wird! Deshalb hält DIE LINKE den Bau der Übertragungsleitung
989 SuedOstLink für einen strategischen Fehler, weil die Energieregion einen Standortvorteil ver-
990 liert. Der SuedOstLink ist vor allem auf den Nutzen Bayerns und Baden-Württembergs ausge-
991 legt, die ihren Windenergieausbau vernachlässigt haben.

992

993 Die Zeit des Abschieds von den fossilen Energien ist gekommen. Auch wenn viele Menschen
 994 sich das noch nicht vorstellen können, verstehen sie doch, dass dies unvermeidbar ist. Denn
 995 ohne Klimaschutz werden die Felder verdorren, die Wälder sterben und die Unwetter zuneh-
 996 men. Eine verantwortungsvolle Energiepolitik muss daher den Umbau unseres Energiesystems
 997 mit Ziel des vollständigen Ausstiegs aus fossilen Brennstoffen vorantreiben. Zur Erreichung der
 998 Klimaschutzziele ist der Ausbau der erneuerbaren Energien erforderlich. Sachsen-Anhalt kann
 999 dabei eine Vorreiterrolle einnehmen. Dazu braucht es allerdings weitere Ansiedlungen von For-
 1000 schungs- und Entwicklungseinrichtungen in der Region
 1001

<p>Antrag-Nr. 4.3. Antragsteller: Niklas David Gießler</p>
<p>Zeile 1002: Streichen</p>
<p>Begründung: Inhaltlich falsch, da es kein Atomendlager in LSA gibt und Widerspruch zur sinnvollen Position im Bund. Außerdem steht diese Positionierung im Programm thematisch isoliert.</p>
<p>Antrag-Nr. 5.3. Antragstellerin: LAG Klima, Umwelt und Natur</p>
<p>Zeile 1002: „DIE LINKE lehnt ein weiteres Endlager für Atommüll in Sachsen-Anhalt ab.“ ersetzen durch:</p>
<p>„Über Jahrzehnte haben große Konzerne und damit auch bestimmte Regionen wirtschaftlich von der Nutzung der Kernenergie profitiert. Sachsen-Anhalt gehörte definitiv nicht dazu. DIE LINKE lehnt auch deshalb ein weiteres Endlager für Atommüll in Sachsen-Anhalt ab.“</p>
<p>Begründung: Der einzelne Satz zur Ablehnung eines Endlagers steht bisher ohne konkreten Anknüpfungspunkt im Programmwurf.</p>
<p><i>Der Landesvorstand übernimmt.</i></p>

1002 **DIE LINKE lehnt ein weiteres Endlager für Atommüll in Sachsen-Anhalt ab.**

1003 **Was für den Ausbau der erneuerbaren Energien nötig ist**

1004

1005 Die Potentiale für erneuerbare Energien sind noch längst nicht erschöpft. Bei der Windenergie
 1006 droht durch das Auslaufen der Förderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und
 1007 den Ausbaudeckel ein Rückgang der Energieproduktion. Bürgerenergieprojekte werden be-
 1008 nachteiligt, Großinvestoren gefördert. Daher fordern wir eine Änderung des EEG auf der Bun-
 1009 desebene. Gleichzeitig sind die Chancen des Repowering im Einklang mit den Interessen von

<p>Antrag-Nr. 2.19. Antragsteller*innen: Nico Thate, John Lucas Dittrich, Rosemarie Hein, Stephan Krull, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Vera Baryshnikov, Nicole Anger (Stadtverband Magdeburg)</p>
<p>Zeile 1010: Einfügen am Ende von Zeile 1010:</p>

„Für Privatpersonen soll es in Zukunft leichter gemacht werden, selbst Strom zu erzeugen und einzuspeisen. Wir setzen uns dafür ein, dass das EEG entsprechend angepasst wird. „

Begründung:

Große Firmen dürfen bei der Energieerzeugung nicht bevorteilt werden. Auch Privatpersonen sollen ohne große Probleme ihren eigenen Strom erzeugen und einspeisen dürfen. Diese Probleme sehen aktuell wie folgt aus: Der Stromversorger verweigert die Abnahme. Solaranlagen dürfen (unter gewissen Umständen) nicht auf Dächern, Balkonen oder Fassaden angebracht werden.

Der Landesvorstand übernimmt.

1010 Mensch und Natur zu nutzen.

1011

1012 Die Erzeugung von Strom und Warmwasser durch Sonnenenergie muss stärker ausgebaut werden. Dabei setzen wir vorrangig auf das Potential auf den Dächern und sehen insbesondere
1013 die öffentliche Hand in einer Vorbildrolle, die Dächer ihrer Liegenschaften zur Energieerzeugung
1014

Antrag-Nr. 11.2.

Antragsteller: Stadtvorstand Halle (Saale)

Zeile 1015 nach „...nutzen“ einfügen:

„Orientiert an den Ländern Hamburg und Berlin, wollen wir ein Solargesetz verabschieden, dass ab 2023 Photovoltaikanlagen für Neubauten und im Falle von Dachumbauten verpflichtend, aber mit Ausnahmen, vorsieht.“

Begründung:

Solaranlagen brauchen Platz, im Gegensatz zu Windkraftanlagen muss der aber nicht auf der grünen Wiese gesucht werden und guten Boden versiegeln. Auf den Dächern des Landes gibt es extrem viel ungenutztes Potential, das wir erschließen müssen. Unsere Landesregierung in Berlin gibt hier einen guten Weg vor. Wobei bei so einem Gesetz entsprechend soziale Aspekte berücksichtigt werden müssen, aber das denken wir ja mit.

1015 zu nutzen. Biogasanlagen verstetigen das Angebot an erneuerbaren Energien, denn sie können
1016 Strom und Wärme kontinuierlich produzieren und speichern. Dabei ist uns wichtig, dass vielfäl-
1017 tige Substrate in den Biogasanlagen eingesetzt werden. Unser Hauptaugenmerk liegt vorrangig
1018 in der Verwertung von Abfall- und Reststoffen landwirtschaftlicher Unternehmen. Dagegen soll
1019 die Produktion von Energiepflanzen nur in einem ökologisch vertretbaren Maß erfolgen.

1020

1021 **Wie wir die Energieversorgung organisieren wollen**

1022

1023 Wir stehen für reale Bürgerbeteiligung an der Energiewende und der Demokratisierung der
1024 Energiewirtschaft. Träger einer solchen Entwicklung sind aus unserer Sicht nicht die großen
1025 Energiekonzerne, sondern lokale Unternehmen von Stadtwerken bis hin zu Energiegenossen-
1026 schaften. DIE LINKE will eine dezentrale und digital vernetzte Energieversorgung, die sowohl
1027 wirtschaftlichen und sozialen als auch ökologischen Aspekten gerecht wird. Dezentrale Modelle
1028 zur Energieversorgung in den Städten und Dörfern sind nachhaltiger und daher vorrangig zu
1029 entwickeln. Produktion und Verteilung von Energie gehören als Teil der Daseinsvorsorge in die
1030 öffentliche Hand. Dazu wollen wir kommunale Eigentumsformen und Genossenschaften för-
1031 dern, da sie die Möglichkeit einer demokratischen Mitsprache durch die Verbraucher*innen
1032 sichern. Initiativen, die sich für eine weitgehende Selbstversorgung mit Energie in ihren Regio-
1033 nen und Kommunen engagieren, soll das Land unterstützen.

1034 Neben der Erzeugung von erneuerbarer Energie sind aus unserer Sicht vor allem auch deren
1035 effiziente Nutzung und Einsparung stärker in den Mittelpunkt der Energiepolitik zu stellen, denn
1036 es geht um Ressourcenschonung. Energetische Gebäudesanierung insbesondere landeseige-
1037 ner Gebäude muss weiter vorangetrieben werden. Neubauten sollen Passivhausstandard ha-
1038 ben.

1039
1040 Gleichzeitig gewinnt die Energiespeicherung an Bedeutung. Speichermöglichkeiten und auch
1041 stoffliche Nutzung z.B. mit grünem Wasserstoff sind wegweisend für die Dekarbonisierung der
1042 Industrie, machen erneuerbare Energien kontinuierlich verfügbar und dienen der regionalen
1043 Wertschöpfung. Deshalb wollen wir diese Projekte im Zuge des Strukturwandels weiter fördern.
1044

1045

1046 **II.3 Klimaschutz: CO₂-Austoß reduzieren, Naturschutz verbessern**

1047

1048 Klimawandel und Umweltzerstörung nehmen weltweit ein immer gefährlicheres Ausmaß an.
1049 Die Verschmutzung unserer Gewässer, das Insektensterben und riesige Plastikstrudel im
1050 Ozean zeigen, wie weit die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen voranschreitet.
1051 Die Folgen des Klimawandels sind auch in Sachsen-Anhalt unübersehbar und bedrohlich. Die
1052 andauernden internationalen Proteste gegen die Klima- und Umweltzerstörung sind dagegen
1053 ein Zeichen der Hoffnung. Die Fridays-for-Future-Bewegung unterstützen wir wegen ihres mu-
1054 tigen Kampfes für eine neue Klimapolitik. Die Klimaschutzbewegung erinnert uns immer wieder
1055 daran, dass der Klimawandel die Armen als erstes betrifft und wie die Reichen von der Zerstö-
1056 rung und Verschmutzung unserer Lebensgrundlagen profitieren.

Antrag-Nr. 5.4.

Antragstellerin: LAG Klima, Umwelt und Natur

Zeile 1057 nach dem Absatz, der in der Zeile 1056 endet, wird folgender Absatz eingefügt:

„DIE LINKE will deshalb im Land Sachsen-Anhalt ein Klimagesetz beschließen, in dem klare Ziele und zugehörige Maßnahmen zur CO₂-Reduktion in den Sektoren Energiewirtschaft und Wirtschaft, Gebäude, Landwirtschaft und Verkehr verbindlich festgeschrieben sind. Damit sollen alle Potentiale des Landes gehoben werden, die Klimakrise weitestgehend aufzuhalten und das 1,5^o-Ziel zu erreichen.“

Begründung:

Das Klima- und Energiekonzept des Landes Sachsen-Anhalts war ein Sammelsurium an unkoordinierten und nicht-priorisierten Maßnahmen, die eher in homöopathischen Dosen ihren Beitrag zur CO₂-Reduktion leisten. Wir brauchen ein verbindliches Gesetz, mit dem die Kommunen, Betriebe und Menschen des Landes auch die notwendige Unterstützung erhalten. Im Land Niedersachsen sieht man gerade z.B. eine extreme Bewegung der Kommunen hin zum systematischen Energiemanagement, weil sie seit der Verabschiedung des Klimagesetzes im Dezember letzten Jahres verpflichtet sind, Energieberichte auszustellen.

Der Landesvorstand übernimmt teilweise in folgender Form:

„DIE LINKE will deshalb im Land Sachsen-Anhalt ein Klimagesetz ~~beschließen~~ auf den Weg bringen, in dem klare Ziele und zugehörige Maßnahmen zur CO₂-Reduktion in den Sektoren Energiewirtschaft und Wirtschaft, Gebäude, Landwirtschaft und Verkehr verbindlich festgeschrieben sind. Damit sollen alle Potentiale des Landes gehoben werden, die Klimakrise weitestgehend aufzuhalten und das 1,5^o-Ziel zu erreichen.“

1057
1058
1059
1060
1061
1062
1063
1064
1065

Wir wollen einen Nachhaltigkeitsbeirat berufen, der mit einem Sozial- und Klimacheck politische Entscheidungen und staatliches Handeln auf ihre Auswirkungen prüft.

Energieverbrauch senken

Zur Reduzierung von CO₂ muss der Energieverbrauch drastisch reduziert werden. Moderne Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung sollen nicht nur im Kraftwerksbau berücksichtigt werden, sondern auch dort, wo Wärme entsteht (z.B. große Rechenzentren). Die Ausgaben für die energie-

Antrag-Nr. 11.3.

Antragsteller: Stadtvorstand Halle (Saale)

Zeile 1066 nach „(...) nicht auf die Mieten umgelegt werden“ Einsetzen:

„Das Land versetzt die Kommunen durch Förderprogramme in die Lage, die Straßenbeleuchtung auf energiesparende Techniken wie LED oder innovative Dimmung umzurüsten. Wir stellen uns Pilotprojekte vor, die die Energiegewinnung durch Solar- und Mikrowindenergieanlagen für die Straßenbeleuchtung forciert.“

Begründung:

Energiesparende Techniken und Lichtmanagement können die Folgekosten für Straßenbeleuchtung in den Kommunen senken. Da die Anschaffung durch die Haushalte der Kommunen oft nicht gedeckt werden können, setzen wir uns für Förderprogramme mit sehr geringen oder keinem Eigenanteil an. Eine effektive Straßenbeleuchtung verbessert auch die Sicherheit auf den Straßen.

(mit innovativer Dimmung meinen wir Dimmung per Frequenzvariabilität bei konstanter Spannung 230 VAC; dabei kann nahezu jede Straßenbeleuchtungsanlage eine dauerhafte Energiekostenreduzierung in der Spitze um bis zu 67% erreichen)

Der Landesvorstand übernimmt teilweise in folgender Form:

„Wir fordern ein Förderprogramm zur Unterstützung der Kommunen bei der Umrüstung auf energiesparende Straßenbeleuchtung.“

1066
1067
1068
1069
1070
1071
1072
1073
1074
1075
1076
1077
1078

tische Sanierung von Gebäuden sollen nicht auf die Mieten umgelegt werden. Landesliegenschaften werden nach Möglichkeit mit Solaranlagen ausgestattet und auf den energetisch neusten Stand gebracht.

Was wir zur Verringerung der Kohlendioxidemissionen tun können

Wir wollen Anreize für eine erhebliche Reduzierung des Energieverbrauchs des produzierenden Gewerbes schaffen. Deswegen müssen hier auch gezielt die Fördermittel zur Bewältigung des Kohleausstiegs eingesetzt werden, um von der fossilen Energieerzeugung in der Industrie auf alternative Energie umzustellen. Der Verkehr mit Verbrennungsmotoren ist eine Hauptursache für den Anstieg von CO₂ in der Atmosphäre. Die Verkehrswende muss kommen. Gleichwohl ist Mobilität ein Grundbedürfnis. Die Verkehrswende ist daher ein Hauptpfeiler zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes. Die Verkehrswende muss sozial und für die Menschen akzeptabel gestaltet

Antrag-Nr. 2.20.

Antragsteller*innen: Stephan Krull, John Lucas Dittrich, Rosemarie Hein, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger (Stadtverband Magdeburg)

Zeile 1079:

Streichung des Satzes „Autofahrer dürfen nicht zu Sündenböcken abgestempelt werden“.

Begründung:

Es geht um eine Kritik am Auto als dominantem Verkehrsmittel, um eine Kritik an den Verhältnissen, die die Menschen dazu zwingen, mit dem Auto zu fahren; es geht nicht um oder gegen diejenigen, die auf das Auto angewiesen sind. Niemand stempelt Autofahrer*innen als Sündenböcke ab. Die Formulierung im Leitantrag beinhaltet aber die Unterstellung, dass das so sei. Sie wirkt dagegen wie ein Freifahrtschein für die autozentrierte Gesellschaft, wie der alte Spruch des ADAC „Freie Fahrt für freie Bürger“.

1079 werden, Autofahrer dürfen nicht zu Sündenböcken abgestempelt werden. **Gerade in Sachsen-**
1080 **Anhalt sind viele Menschen auf das Auto angewiesen, um ihrer Arbeit nachzugehen. Um**
1081 **die Verkehrswende und einen reduzierten Straßenverkehr zu erreichen, brauchen wir**
1082 **einen gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr, der für alle bezahlbar ist.** At-
1083 traktiv ist der ÖPNV, wenn auch Dörfer im ländlichen Raum in akzeptabler Zeit erreicht werden
1084 und das Früh, am Mittag, am Abend und auch in der Nacht. Der Verlagerung des Verkehrs auf
1085 die Schiene kommt eine große Bedeutung zu. Dafür muss das Schienennetz massiv ausgebaut
1086 werden, was viele Arbeitsplätze schafft. Gleiches gilt für die Herstellung und den Einsatz schie-
1087 nengebundener Fahrzeuge. Der überregionale LKW-Verkehr soll auf die Schiene verlagert wer-
1088 den und der Transport zu regionalen Umschlagzentren ermöglicht werden. Von dort transpor-
1089 tieren kleinere CO₂-neutrale Transporter die Waren vor Ort.

Antrag-Nr. 11.4.

Antragsteller: Stadtvorstand Halle (Saale)

Zwischen Zeile 1089 und Zeile 1091 wird ein Absatz eingefügt:

„CO²-Bremsen statt Schuldenbremse

Wir setzen uns für die Aufnahme einer sogenannten CO²-Bremsen in die Landesverfassung ein. Dies soll die erwarteten Treibhausgasemissionen der beschlossenen Gesetze, Novellen und Richtlinien deutlicher und transparenter machen. So sollen konkret neben anderen Parametern, wie geschätzten Kosten und dem Personalaufwand auch die geschätzten Treibhausgasemissionen des Gesetzes, der Novelle oder der Richtlinie Teil des Dokuments sein. Die Berechnungsmöglichkeiten sollen in den ersten 6 Monaten nach Regierungsvereidigung durch das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie des Landes Sachsen – Anhalt vorgestellt werden. Um das 1,5°C-Ziel noch zu erreichen ist es unerlässlich den Klimaschutz auch Teil des Gesetzgebungs- und Implementierungsprozesses werden zu lassen.“

Begründung:

Die CO²-Bremsen setzt auf die Idee, ein CO₂ Budget festzulegen und einen Preisaufschlag auf den Ausstoß von CO₂ zu setzen. Damit kann ein Anreiz geschaffen werden, stärker auf erneuerbare Ressourcen und die damit verbundenen Technologien zu setzen. Eine relativ einfache Variante auf die klimatischen Folgen von politischem Handeln aufmerksam zu machen. Natürlich verhindert das nicht automatisch den Ausstoß von Treibhausgasen. Die Bremsen soll aber dabei helfen die klimatischen Aspekte mitzudenken und kann als Argumentationshilfe für oder gegen einzelne Gesetzentwürfe verwendet werden. Die CO²-Bremsen ist eine sinnvolle Erweiterung unseres LTW-Programms, um es nicht nur umweltfreundlicher erscheinen zu lassen, sondern um zu zeigen, dass wir an Umsetzungen interessiert sind.

Der Landesvorstand übernimmt.

Antrag-Nr. 2.21.

Antragsteller*innen: Nico Thate, Stephan Krull, Jennifer Lemke, Rosemarie Hein, Stephan Krull, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger (Stadtverband Magdeburg)

Zeilen 1091 bis 1098:

Ersetzung durch:

„Elektro-Mobilität als notwendige Technologie zur Erreichung der Klimaziele im Verkehr

Neben dem konsequenten Ausbau des ÖPNV und der damit verbundenen Förderung des Kollektivverkehrs setzen wir auf E-Mobilität. Jedoch ist Elektromobilität in der aktuell propagierten Form (Ersatz für Verbrenner-Autos) nicht die Lösung. Ein Antriebswechsel ist keine Mobilitätswende. Nützlich kann der E-Motor sein für Lieferfahrzeuge im Stadtverkehr, den ÖPNV, Taxen, Behinderten- und Rettungsfahrzeuge. Ansonsten geht es darum, die Anzahl der Fahrzeuge vor allem und zunächst in den Städten stark zu reduzieren. Es ist uns wichtig, den Wandel zur E-Mobilität nachhaltig zu gestalten. Dabei stellen wir einen ganzheitlichen Verkehrsansatz klar in den Vordergrund. Auch Wasserstoff als Energiespeicher, mobiler Energieträger und Grundstoff für die Industrie spielt hierbei eine entscheidende Rolle. Die Erforschung und Entwicklung der wasserstoffbasierten Technologien werden wir weiter gezielt fördern.“

Begründung:

Der Absatz wurde im Programmkonvent lange besprochen und als nichtzutreffend erachtet. Die batteriebetriebene E-Mobilität ist keine Brückentechnologie, sondern ein notwendiger Baustein von vielen (insofern grüner Strom genutzt wird) für die Verkehrswende. Wasserstoff wird zu viel Raum gegeben.

Am Ende sollte es uns darum gehen, dass es weniger Individualverkehr geben muss und wenn, mit einem geringen CO₂-Ausstoß. Dafür brauchen wir ganzheitliche Verkehrskonzepte, die uns von der Menge an Autos wegbringen.

1090

1091

1092

E-Mobilität ist eine notwendige Brückentechnologie**Antrag-Nr. 5.5.**

Antragstellerin: LAG Klima, Umwelt und Natur

Zeile 1093:

„Die batteriebetriebene E-Mobilität ist eine notwendige Brückentechnologie.“ ersetzen durch:

„Die batteriebetriebene E-Mobilität ist mehr als eine notwendige Brückentechnologie, auch wenn Elektroautos auf Dauer nicht die alleinige Lösung für eine umfassende, sozial-ökologische Verkehrswende sein können. DIE LINKE setzt auch im ländlichen Raum auf den notwendigen konsequenten Ausbau des ÖPNV. Gleichwohl wird bei einer realistischen Betrachtung, in den nächsten Jahren der motorisierte Individualverkehr eine Säule der Mobilitätsinfrastruktur in ländlichen Räumen bleiben. Deshalb ist die (möglichst) zügige Elektrifizierung ein wichtiger Baustein innerhalb der Verkehrswende, um die Klimaziele zu erreichen.“

Im Osten Deutschlands ist die Versorgung mit der notwendigen Ladeinfrastruktur bisher noch schlechter als anderswo. Hier sehen wir neben dem Bund auch das Land in der Pflicht, deren zügigen Ausbau finanziell zu fördern. Insgesamt müssen wir aber mehr und mehr vom Einsatz privater Autos wegkommen. Das kann nur mit einer umfassenden Verkehrswende erreicht werden. Ziel muss ein intelligent vernetztes System der verschiedenen Fortbewegungsmöglichkeiten sein.“

Begründung:

Die positive Rolle der Elektromobilität wird im vorliegenden Entwurf stark unterschätzt. Die wissenschaftlichen Expert:innen des Umweltbundesamtes und andere maßgebliche Wissenschaftler:innen sehen den zügigen Ausbau der Elektromobilität als einen wichtigen Baustein, um die Klimaziele noch einhalten zu können. Bezüglich der Ökobilanz der Elektroautos wird leider oft mit veralteten Zahlen bezüglich des aktuellen Strommixes und mit Vereinfachungen und Halbwahrheiten gearbeitet.

Elektroautos haben schon heute eine deutlich bessere Ökobilanz als vergleichbare Verbrenner, insbesondere auch bei einer Betrachtung des gesamten Lebenswegs.

Natürlich muss das fernere Ziel eine Welt mit viel weniger Autos sein, aber für eine längere Übergangszeit ist es wichtig, den Individualverkehr zu elektrifizieren.

Durch den Ausbau der Elektromobilität wird auch die dezentrale Stromerzeugung insbesondere durch private Photovoltaikanlagen positiv getriggert und es gibt auch interessante Szenarien, in denen Autos als Zwischenspeicher für den so erzeugten Strom genutzt werden („vehicle to grid“)

Der Umstieg in die Elektromobilität kann auch ein wichtiger Bestandteil eines echten Einstiegs in eine echte Kreislaufwirtschaft werden, da Batterien und die meisten anderen Bestandteile der Fahrzeuge zukünftig nahezu vollständig einem echten Recycling zugeführt werden können, bei den Batterien vermutlich sogar erst nach einem sogenannten „2nd life“ als Stromspeicher in Häusern.

Der Landesvorstand übernimmt.

Antrag-Nr. 5.6.

Antragstellerin: LAG Klima, Umwelt und Natur

Zeilen 1093 bis 1097:

„Als Technologie (...) stellt.“ ersetzen durch:

„Wasserstoff ist wegen seiner Energiebilanz momentan noch zu wertvoll, um in Autos verbrannt zu werden, er hat aber als Energiespeicher, mobiler Energieträger und Grundstoff für die Industrie ein großes Potential. Die grüne Wasserstofftechnologie zu erforschen und zu entwickeln ist eine Zukunftsaufgabe, der sich bereits unsere Forschungs- und Wissenschaftslandschaft stellt.“

Begründung:

Die Wasserstofftechnologie ist unter den heutigen Bedingungen energetisch ineffizient. Das würde sich nur grundlegend ändern, wenn „sauberer“ Strom im Grunde unbegrenzt zur Verfügung stünde. Aber auch dann wird der Nutzen der Wasserstofftechnologie vermutlich eher in anderen Bereichen als beim motorisierten Individualverkehr liegen. Dennoch erachten wir es als sinnvoll, wenn die Forschung in diesem Bereich vorangetrieben wird.

Der Landesvorstand übernimmt.

1093

1094

Die batteriebetriebene E-Mobilität ist eine notwendige Brückentechnologie. Als Technologie der Zukunft hat Wasserstoff sowohl als Energiespeicher, mobiler Energieträger und Grundstoff für

1095 die Industrie aus unserer Sicht ein großes Potential. Die Wasserstofftechnologie zu erforschen
1096 und zu entwickeln ist eine Zukunftsaufgabe, der sich bereits unsere Forschungs- und Wissen-
1097 schaftlandschaft stellt. Wir werden diese Entwicklung gezielt fördern und damit aktive Wirt-
1098 schaftspolitik betreiben.
1099

Antrag-Nr. 5.7.

Antragstellerin: LAG Klima, Umwelt und Natur

Zeile 1100:

Nach dem Absatz, der in der Zeile 1098 endet, wird folgender Absatz eingefügt:

„Um die Verkehrswende im Land mit konkreten Maßnahmen zu unterstützen und dabei auch die Bürger:innen einzubeziehen, will DIE LINKE. ein landesweites Förderprogramm zur Erstellung und Umsetzung von integrierten Mobilitätskonzepten in den Kommunen. Eine aktive Bürger:innenbeteiligung soll dabei Pflicht sein.“

Begründung:

Im Verkehrssektor ist bisher so gut wie gar nichts passiert. Die CO₂-Emissionen in dem Sektor sind im Jahre 2019 in Deutschland nur um 0,2% ggü. 1990 gesunken. Für Kommunen im ländlichen Raum gibt es derzeit keine Möglichkeit, das Thema Mobilität über alle Bereiche hinweg zu planen, weil dafür die Mittel fehlen und existierende Programme z.B. nur Radverkehr einschließen oder für Großstädte gemacht sind. Um auch die Bürger:innen in einen umgreifenden Prozess einzuschließen, brauchen Kommunen die Möglichkeit integrierte Mobilitätskonzepte zu erstellen. Damit werden dann auch Maßnahmen beschlossen, die den Bürger:innen nutzen und unterstützt werden.

1100

1101

1102

CO₂-sparende Lieferketten

Antrag-Nr. 11.5.

Antragsteller: Stadtvorstand Halle (Saale)

Zeilen 1103 bis 1109 ersetzen durch:

„Regionalen Wirtschaftskreisläufen kommt zukünftig noch größere Bedeutung zu. Kurze CO₂ sparende Lieferketten sind nicht nur für das Klima günstig, sie stärken auch die Region und die Innenstädte. Die pure Bepreisung von CO₂ ist zu kurz gesprungen. Vielmehr muss der gesamte soziale und ökologische Abdruck, den ein Produkt hinterlässt, berechnet und eingepreist werden. Es ist bequem und viel zu einseitig darauf zu verweisen, dass die Verbraucher:innen durch ihr Konsumverhalten steuernd eingreifen können. Handel und Produzenten müssen viel mehr in Verantwortung genommen werden und ihren Beitrag dafür leisten. Das gilt auch bei der Müllvermeidung. Die Entsorgung von Einwegverpackungen aus der Umwelt ist für Land und Kommunen teuer. An diesen Kosten muss sich der Handel beteiligen.

Begründung:

Eine Ersetzung des Absatzes halten wir für dringend notwendig, da im Ursprungstext das Warum wir uns für CO₂ sparende Lieferketten einsetzen nicht zu erschließen war. Auch die Stärkung der Region und Innenstädte halten wir für erwähnenswert. Außerdem sollte der Fokus deutlicher auf der Verantwortung des Handels und Produzenten liegen.

1103 Regionale Wirtschaftskreisläufe und kurze, CO₂-sparende Lieferketten sind für das Klima gut.
1104 Die pure Bepreisung von CO₂ greift zu kurz. Vielmehr muss der gesamte soziale und ökologi-
1105 sche Abdruck, den ein Produkt hinterlässt, berechnet und eingepreist werden. Es ist bequem
1106 darauf zu verweisen, dass die Verbraucher durch ihr Konsumverhalten steuernd eingreifen kön-
1107 nen. Jedoch müssen Handel und Produzenten viel mehr in Verantwortung genommen werden.
1108 Die Entsorgung von Einwegverpackungen aus der Umwelt ist für Land und Kommunen teuer.
1109 An diesen Kosten muss sich der Handel beteiligen.

1110

1111 Müllimporte stoppen, Recycling und Müllvermeidung fördern

1112

1113 Die Menschen vor Ort sind es leid, dass ihnen eine Deponie nach der anderen vor die Nase
1114 gesetzt wird. Verantwortungsloses Handeln wie in der Grube Teutschenthal hat zu Recht große
1115 Proteste hervorgerufen. Deponien auf geologisch ungeeigneten Flächen wie in Roitzsch oder
1116 Deponien, die Orte mit Staub bedrohen, wie in Grossörner, haben Bürgerinitiativen gegen Müll-
1117 deponien entstehen lassen. Die Menschen nehmen es nicht mehr hin, dass ihnen der Müll aus
1118 ganz Europa vor die Füße gekippt wird. Daher kämpft DIE LINKE gegen Müllimporte, wo sie
1119 kann. Müllentsorgung muss öffentlicher Auftrag sein und gehört nicht in die Hand privater Ge-
1120 schäftemacher. Daher muss im Abfallentsorgungsplan klar festgelegt werden, wo welcher Müll
1121 zu entsorgen ist und dem Wildwuchs privater Mülldeponien muss Einhalt geboten werden. Beim
1122 Verbrennen von Müll in Betonwerken müssen die gleichen Anforderungen zum Immissionsrecht
1123 gelten, wie in Müllverbrennungsanlagen.

1124

1125 Der beste Müll ist der, der nicht entsteht. Schon bei der Herstellung neuer Materialien muss
1126 deren Entsorgung bzw. Wiederverwertbarkeit mitgeplant werden. Eine Kreislaufwirtschaft, die
1127 ihren Namen verdient, darf daher nicht die Deponierung von Müll als „Baustoff“ tarnen oder die
1128 Verbrennung in Verbrennungsanlagen und Betonwerken als „Brennstoff“ deklarieren, sondern
1129 muss die Stoffe wieder in den wirtschaftlichen Umlauf bringen. Insbesondere Forschungspro-
1130 jekte zum Kohlenstoffkreislauf wie „CarbonTrans“ möchten wir fördern, damit zukünftig aus
1131 Kohlenstoff im Müll wieder hochwertige Produkte oder Synthesestoffe für die chemische In-
1132 dustrie werden. Bauten der öffentlichen Hand sollen zukünftig einen Mindestanteil an Recyc-
1133 ling-Baustoffen haben.

1134

1135 Gewässerschutz

1136

1137 Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie(WRRL) tritt weitgehend auf der Stelle. Das Land
1138 muss endlich auch mit eigenem Geld die Umsetzung der WRRL vorantreiben. Die Durchgängig-
1139 keit der Fließgewässer ist Voraussetzung für eine naturnahe Entwicklung und die Wanderung
1140 von Fischarten. Dabei ist auch eine Kombination mit dem Tourismus reizvoll. Der Stoffeintrag
1141 in die Gewässer, z.B. Nitrate und Phosphate muss weiter reduziert werden. Nitrateintrag ist
1142 durch strenge Anwendung der Düngeverordnung, durch Blühstreifen an Gewässerrändern und
1143 durch staatliche Kontrollen weiter zu verringern. Nutzungskonflikte um Wasser müssen vor Ort
1144 moderiert werden. Dabei haben die Trinkwasserversorgung und die Versorgung der Natur Vor-
1145 rang.

1146

1147

1148

1149

1150 Natur- und Artenschutz

1151

1152 Der Rückgang der Tier- und Pflanzenarten hat weltweit ein bedrohliches Ausmaß angenommen,
1153 so dass Wissenschaftler bereits von einem Auslöschungsereignis sprechen. Als Land können
1154 wir direkt auf den Schutz von Ökosystemen und von einzelnen Arten Einfluss nehmen. Dabei
1155 unterstützen die Umweltverbände, Vereine vor Ort sowie die Landschaftspflegeverbände den
1156 Staat. Sie sollten deswegen vertrauensvoll als Partner auf Augenhöhe behandelt werden. Die
1157 Naturparks sollen stärker unterstützt werden. Die umweltpädagogischen Angebote wollen wir
1158 ausweiten. Gebietsfremde Tier- und Pflanzenarten müssen mit mehr staatlichem Geld be-

Antrag-Nr. 13.

Antragsteller:innen: Stadtvorstand Halle (Saale), Kerstin Eisenreich, Hendrik Lange

Zeile 1159 hinter „(...) bedrohen.“ wird eingefügt:

„Insbesondere die „Krefeldstudie“ zeigt einen nicht hinnehmbaren Rückgang der Insektenpopulation. Insekten sind nicht nur als Bestäuber unersetzlich, sie sind auch ein bedeutender Teil der Nahrungskette für Vögel und andere Tiere. DIE LINKE wird konsequent die Ursachen des Insektensterbens bekämpfen. Dazu gehören die deutliche Reduktion des Pestizid-Einsatzes, die Wiedergewinnung von Lebensräumen und Konzepte gegen die Lichtverschmutzung.“

Begründung:

Als spezieller Teil des großen Artensterbens kommt dem Insektensterben eine prominente Rolle zu. Der Bayrische Volksentscheid hat gezeigt, dass dieses Thema viele Menschen bewegt. Der Vorschlag zielt auf konkrete Maßnahmen ab, mit denen Insektenschutz betrieben werden kann.

Der Landesvorstand übernimmt.

1159 kämpft werden, wenn sie einheimische Arten bedrohen. Die Naturschutzbehörden sollen finan-
1160 ziell und personell in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben umfassend zu erfüllen. Moore
1161 speichern große Mengen an CO₂ durch den Aufbau und die Speicherung von Torf. Daher sind
1162 bestehende Moore zu schützen. Moore sind zu wertvoll, um als Blumenerde zu enden.

1163
1164 **Biotopverbände und Alleen**
1165

1166 Biotopverbände haben eine wichtige ökologische Funktion, da Arten darin wandern können.
1167 Mit dem Grünen Band haben wir einen großen Biotopverbund, der weiter ausgebaut werden
1168 muss. Aber auch Alleen und Baumreihen sind für unsere Kulturlandschaft unerlässlich. Daher
1169 möchte DIE LINKE einen **Alleenfonds** nach dem Vorbild von Mecklenburg-Vorpommern ein-
1170 richten, um den Erhalt aber insbesondere die Neuerschaffung von Alleen und Baumreihen zu
1171 finanzieren. Ein Baumkataster muss zukünftig baumgenau den Zustand unserer Alleen darstel-

Antrag-Nr. 5.8.

Antragstellerin: LAG Klima, Umwelt und Natur

In Zeile 1172 am Ende des Satzes „Ein Baumkataster muss zukünftig baumgenau den Zustand unserer Alleen darstellen“ ergänzen:

„und eine Grundlage für Entscheidungen bezüglich notwendiger Nachpflanzungen und der Neuanlage von Alleen werden.“

Begründung:

Es sollte darauf hingewiesen werden, dass ein landesweites Kataster gemeint ist, da es kommunale Baumkataster bereits gibt. Auch sollte verdeutlicht werden, was der praktische Nutzen eines solchen Katasters wäre.

Der Landesvorstand übernimmt.

1172 len.

1173

1174

1175 **II.4 Land- und Fortwirtschaft: Ausverkauf stoppen, Wälder retten**

1176

1177 Die Landwirtschaft hat für Sachsen-Anhalt als Arbeitgeberin, Investorin, soziale Akteurin und
1178 Gestalterin der Kulturlandschaft eine herausragende Bedeutung. Der beste Garant für eine ver-
1179 antwortungsvolle und nachhaltige Bewirtschaftung der Agrarflächen in Sachsen-Anhalt ist eine
1180 vielfältige Agrarstruktur mit einer breiten Eigentumsstreuung, vielfältigen Betriebsgrößen und
1181 regionaler Verankerung. Wir wollen die Stellung der Landwirt*innen in der Gesellschaft und die
1182 Wertschöpfungskette durch die Orientierung auf den Ausbau regionaler Kreisläufe für Verar-
1183 beitung und Vermarktung stärken. Eine tiergerechte, flächenangepasste Nutztierhaltung ist
1184 wichtiger Teil der Landwirtschaft. Wir setzen uns schon lange und auch weiterhin für Chancen-
1185 gleichheit ostdeutscher Agrarunternehmen ein. Sie dürfen nicht wegen ihrer Größe und Lei-
1186 stungsfähigkeit benachteiligt werden.

1187

1188 **Eine Bodenpreisbremse für Sachsen-Anhalt**

1189

1190 Die Privatisierung ehemals volkseigenen Bodens durch die bundeseigene BVVG wurde zum
1191 maßgeblichen Türöffner für landwirtschaftsfremdes Kapital zum Bodenmarkt. Diese landwirt-
1192 schaftsfremden Investoren sind eine existenzbedrohende Gefahr für die ortsansässigen Agrar-
1193 betriebe geworden, sei es direkt durch den Aufkauf ganzer oder den Erwerb von Anteilen an
1194 Agrarbetrieben und indirekt durch explodierende Bodenkauf- und Pachtpreise. Denn ihnen geht
1195 es nur um Maximalprofit – ohne Rücksicht auf örtliche Strukturen, Umwelt oder Arbeitsplätze.
1196 Wir müssen alles tun, um dem einen Riegel vorzuschieben. Dazu gehört auch, den Druck auf
1197 den Bund zu erhöhen, die Privatisierung ehemals volkseigener Flächen zu beenden und diese
1198 in einem öffentlichen Bodenfonds auf Bundes- oder Landesebene für langfristige Verpachtung
1199 an ortsansässige Agrarbetriebe im Interesse nachhaltiger Landnutzungskonzepte zu sichern.
1200 Wir wollen den Zugang zu Grund und Boden denen ermöglichen, die ihn auch bearbeiten. Wir
1201 wollen deshalb das landwirtschaftliche Vorkaufsrecht stärken und Bodenverkäufe zur Siche-
1202 rung der Agrarstruktur im Land regeln. Eine bundeseinheitliche Regulierung von Anteilsverkäu-
1203 fen und bei der Besteuerung von Verkäufen landwirtschaftlicher Flächen ist unabdingbar. Bei
1204 der Verpachtung landeseigener Flächen sollen ortsansässige Betriebe vorrangig berücksichtigt
1205 sowie eine besonders umweltgerechte Bewirtschaftung angestrebt werden.

1206

1207 **Unser Agrarleitbild**

1208

1209 Für die Zukunft der Landwirtschaft ist die Fortsetzung der Agrar-Leitbilddiskussion unter Betei-
1210 ligung des Berufsstandes und der Zivilgesellschaft unerlässlich. DIE LINKE will eine am Gemein-
1211 wohl orientierte, sozial gerechte und ökologische Landwirtschaft mit dem Schwerpunkt auf re-
1212 gionaler Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung. Die Landwirtschaft braucht verlässliche
1213 Rahmenbedingungen. Wir wollen einen Dreiklang von Ökonomie, Ökologie und sozialer Verant-
1214 wortung. Wir wollen einen leichteren Zugang zu gesunden, regional produzierten Lebensmitteln
1215 für öffentliche Einrichtungen und ihre Küchen und Kantinen ermöglichen.

Antrag-Nr. 2.22.

Antragsteller*innen: Bernd Krause, John Lucas Dittrich, Rosemarie Hein, Stephan Krull, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Vera Baryshnikov, Nicole Anger (Stadtverband Magdeburg)

Zeilen 1217 und 1218:

In den Satz in den Zeilen 1217 und 1218 wird nach dem Wort 'Standards' folgender Satzteil eingefügt:

„... und insbesondere auch an das Vorhalten von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum ...“

Begründung:

Zur Entwicklung des ländlichen Raumes sollte die Agrarförderung unbedingt auch an das Vorhalten von Arbeitsplätzen gebunden sein.

1217 DIE LINKE will die Agrarförderung an Tier-, Umwelt- und Klimaschutz sowie hohe soziale Stan-
1218 dards binden. Dieser Einsatz soll sich für die Betriebe auch wirtschaftlich lohnen – sowohl bei
1219 der Flächenförderung als auch bei freiwilligen Programmen. Innovative Klimaanpassung, CO₂-

Antrag-Nr. 5.9.

Antragstellerin: LAG Klima, Umwelt und Natur

Zeile 1220 „z.B.“ ersetzen durch „und“

„Innovative Klimaanpassung, CO₂-Reduzierung, Wassermanagement, Humusaufbau, extensive Bewirtschaftungsformen *und* Agroforstsysteme sollen unsere Landwirtschaft zukunftsfest machen.“

Begründung:

Redaktionelle Änderung zur Klarstellung. Agroforstsysteme sind zusätzlich zu extensiven Bewirtschaftungsformen zu nennen und nicht als Beispiel dafür.

Der Landesvorstand übernimmt.

1220 Reduzierung, Wassermanagement, Humusaufbau, extensive Bewirtschaftungsformen, z.B. Ag-
1221 roforstsysteme sollen unsere Landwirtschaft zukunftsfest machen. Dabei geht es uns um ein
1222 Dünge- und Bodenmanagement, das den Erfordernissen des Natur- und Klimaschutzes sowie
1223 dem Erhalt der Biodiversität, dem Gewässer-, Boden- (Wasser- und Winderosion) und Immissi-
1224 onsschutz gerecht wird. Wir setzen uns für ein EU-weites Verbot von Totalherbiziden wie Gly-
1225 phosat ein und wollen den Einsatz von Pestiziden und schädlichen Düngeverfahren zurückdrän-
1226 gen.

1227
1228 Der Landtag soll bei der Ausrichtung und Schwerpunktsetzung der Agrarförderung in der nächs-
1229 ten EU-Förderperiode mitwirken, um den bürokratischen Aufwand im Antragsverfahren zu re-
1230 duzieren. Die EU-Förderung muss schlechter gestellte Betriebe, insbesondere in weniger er-
1231 tragreichen Gebieten, im Sinne einer flächendeckenden Landwirtschaft angemessen berück-
1232 sichtigen. Wir werden eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringen, die – abhängig von der
1233 regionalen Futtermittelproduktion, den verfügbaren Flächen und den Möglichkeiten der Ver-
1234 wertung der Abfallprodukte – regionale Obergrenzen für Tierhaltungsanlagen festschreibt. Mit
1235 dem Tierschutzplan sollen die nötigen Ressourcen für die Umsetzung des Verbots der betäu-
1236 bungslosen Ferkelkastration, die Abkehr von engen Kastenständen für Sauen und den Verzicht
1237 auf das Kupieren von Schwänzen bereitgestellt werden. Der Einsatz von Antibiotika zu Mast-
1238 zwecken muss verboten werden. Insbesondere dürfen Reserveantibiotika nicht in der Tierzucht

1239 eingesetzt werden. Tierhalter*innen sowie Kontrollbehörden zur Prävention und Bewältigung
1240 von Seuchensituationen sind langfristig bei der Umsetzung von Biosicherheitsmaßnahmen zu
1241 unterstützen. Wir brauchen eine Eiweißpflanzenstrategie für Sachsen-Anhalt im Sinne von
1242 Nachhaltigkeit, CO₂-Reduzierung durch Futterimporte, Reduzierung von mineralischem Dünger,
1243 Artenvielfalt auf Äckern zu entwickeln. Der Energiepflanzenanbau ist auf ein ökologisch ver-
1244 trägliches Maß zu beschränken. DIE LINKE setzt bei Biogasanlagen in erster Linie auf den Ein-
1245 satz von Abfall- und Reststoffen.

1246

1247

1248 **Wie der Ökolandbau gefördert werden soll**

1249

1250 Bestehende Betriebe und neueinsteigende im Ökolandbau sind zu unterstützen, insbesondere
1251 bei der Verarbeitung und Vermarktung ihrer Produkte. Damit wollen wir einerseits den Aufbau
1252 regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen fördern, um den Bedarf an regional und
1253 ökologisch erzeugten Produkten in den Regionen zu decken und die Erzeuger*innen vor dem
1254 Druck der Handelsketten zu schützen. Andererseits geht es dabei auch um mehr regionale
1255 Wertschöpfung und die Sicherung landwirtschaftlicher Einkommen sowie eine bessere Umwelt-
1256 und Klimabilanz der Produktion. Bewirtschaftungs- und Umstellungsprämien sind so auszurich-
1257 ten, dass das Mindestziel eines 20-prozentigen Anteils an der Gesamtanbaufläche erreicht
1258 wird. Den Anbau von transgenen Organismen lehnen wir ab. Modernen Methoden, bei denen
1259 Pflanzen mittels einer Genschere (Crispr/Cas9) innerhalb des eigenen Genoms in einer Weise
1260 verändert werden, wie es auch durch Züchtung oder natürliche Mutation geschehen kann, ste-
1261 hen wir offen gegenüber.

1262

1263 **Wie wir die Weidetierhaltung voranbringen**

1264

1265 Die Haltung von Weidetieren, wie Schafen, Mutterkühen und Ziegen, erhält unsere Kulturland-
1266 schaft und trägt zur biologischen Vielfalt bei. Sie hilft auch beim Hochwasserschutz. Wir wollen
1267 deswegen eine tierbezogene Weidetierprämie einführen. Konflikte im Zusammenleben mit ge-
1268 schützten tierischen Rückkehrern wie dem Wolf müssen wir aushalten lernen durch Aufklärung
1269 der Bevölkerung, durch die Wiederentdeckung längst vergessener Kulturtechniken zum wirk-
1270 samen Schutz von Weidetieren, aber auch durch einen finanziellen Ausgleich von Mehraufwand
1271 und Schaden für Nutztierhalter*innen. Auf Bundesebene setzen wir uns weiter für einen ein-
1272 heitlichen Rechtsanspruch der Weidetierhalter*innen auf finanzielle und rechtliche Unterstüt-
1273 zung und Beratung beim Herdenschutz ein. Das wissenschaftliche Monitoring der Wolfspopu-
1274 lation im Land soll mittelfristig ausgebaut und langfristig gesichert werden.

1275

1276 **Gut für Sachsen-Anhalt: Der Weinbau**

1277

1278 Der Weinbau an Saale und Unstrut, der in den vergangenen 30 Jahren regelrecht aufgeblüht ist,
1279 gehört zu den erfolgreichsten Zweigen unsere Landwirtschaft. Seit der deutschen Einheit hat
1280 sich die Zahl der Betriebe vervielfacht. Wir wollen dieses prägende Merkmal für die Kulturland-
1281 schaft erhalten, indem wir z.B. die Instandhaltung von Trockenmauern in den Weinbergen un-
1282 terstützen. Die Förderung des Weinbaus ist für uns auch ein Beitrag zur Pflege dieser histori-
1283 schen Kulturlandschaft im Saale-Unstrut-Gebiet. Das Landesweingut wollen wir erhalten.

1284

1285 **Für ein Bienenfreundliches Sachsen-Anhalt**

1286

1287 Wir freuen uns über gute Standortbedingungen für die Bienenzucht, die Zunahme der Bienen-
1288 völker um 30 Prozent und einen Zuwachs bei den Imker*innen. Im Moment haben wir eine
1289 Bienendichte von etwa 1,14 Völkern je Quadratkilometer. Für optimale Bestäubungsleistungen
1290 benötigen wir zwei bis vier Bienenvölker je Quadratkilometer. Die Förderung der fachlichen
1291 Ausbildung von Imker*innen sowie der Zuschüsse für Geräte und Ausstattungsgegenstände zur
1292 Nutzung für die Imkerei soll fortgesetzt werden. Das Schulimkerprojekt im Land Sachsen-An-
1293 halt wollen wir als gelungenes Beispiel für Nachwuchsarbeit verstetigen, hier werden Schulbil-

Antrag-Nr. 5.10.

Antragstellerin: LAG Klima, Umwelt und Natur

Nach Zeile 1294 ergänzen:

„Die Förderung der Bienenzucht und Imkerei darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass natürlich vorkommende Bestäuber zunehmend ein Problem in unserer ausgeräumten und durchstrukturierten Landschaft haben. Neben dem Ausbau der Imkerei ist es mindestens genauso wichtig, geeignete Biotope für Wildbienen und andere Insekten zu schützen und zu schaffen.“

Begründung:

Eine einseitig wirkende Bevorzugung der Honigbiene, im schlimmsten Fall zu Lasten der Wildbienen und anderer Bestäuber soll im Programm vermieden werden.

Der Landesvorstand übernimmt.

1294 dung und Praxis gut miteinander verbunden.

1295

1296

1297 **Wertschätzung für Angler**

1298

Antrag-Nr. 5.11.

Antragstellerin: LAG Klima, Umwelt und Natur

Zeile 1299 bis 1305 ersetzen durch:

„Angler:*innen-sehen sich als* das gute Gewissen der Gewässer. Sie hegen und pflegen ehrenamtlich die Fischbestände Sachsen-Anhalts. Denn mit dem Fischereiausübungsrecht ist auch untrennbar die Verpflichtung zum Aufbau und Erhalt naturnaher Fischbestände verbunden. In den letzten Jahren mussten auch die Anglervereine schmerzlich erleben, welche Auswirkungen Hitze und Trockenheit *in Folge des Klimawandels* auf die Fischbestände im Land haben. Damit sie auch zukünftig arbeitsfähig sind, ist es im gesamtgesellschaftlichen Interesse, sie für Besatzmaßnahmen von standorttypischen Fischarten finanziell zu unterstützen und ihre wertvolle Arbeit im Ehrenamt anzuerkennen. *Wenn Fischereiwirtschaft und Ökologie Hand in Hand gehen, können Angler:innen ihren eigenen Anspruch auch erfüllen.*“

Begründung:

Der Text sollte die gesellschaftliche und ökologische Verantwortung der Angler:innen etwas stärker aufgreifen, ohne ihre Tätigkeit grundsätzlich zu kritisieren.

Der Landesvorstand übernimmt teilweise in folgender Form:

„Sie hegen und pflegen ehrenamtlich die Fischbestände Sachsen-Anhalts. Denn mit dem Fischereiausübungsrecht ist auch untrennbar die Verpflichtung zum Aufbau und Erhalt naturnaher Fischbestände verbunden. In den letzten Jahren mussten auch die Anglervereine schmerzlich erleben, welche Auswirkungen Hitze und Trockenheit *in Folge des Klimawandels*

auf die Fischbestände im Land haben. Damit sie auch zukünftig arbeitsfähig sind, ist es im gesamtgesellschaftlichen Interesse, sie für Besatzmaßnahmen von standorttypischen Fischarten finanziell zu unterstützen und ihre wertvolle Arbeit im Ehrenamt anzuerkennen. *Wenn Fischereiwirtschaft und Ökologie Hand in Hand gehen, können Angler:innen ihren eigenen Anspruch auch erfüllen.*“

1299 Angler sind das gute Gewissen der Gewässer. Sie hegen und pflegen ehrenamtlich die Fisch-
1300 bestände Sachsen-Anhalts. Denn mit dem Fischereiausübungsrecht ist auch untrennbar die
1301 Verpflichtung zum Aufbau und Erhalt naturnaher Fischbestände verbunden. In den letzten Jah-
1302 ren mussten auch die Anglervereine schmerzlich erleben, welche Auswirkungen Hitze und Tro-
1303 ckenheit auf die Fischbestände im Land haben. Damit sie auch zukünftig arbeitsfähig sind, ist
1304 es im gesamtgesellschaftlichen Interesse, sie für Besatzmaßnahmen von standorttypischen
1305 Fischarten finanziell zu unterstützen und ihre wertvolle Arbeit im Ehrenamt anzuerkennen.

1306

1307 **Sachsen-Anhalts Wälder brauchen dringend Hilfe**

1308

1309 Unsere Wälder sind natürliche CO₂-Senken. Die Bäume speichern den Kohlenstoff im Holz und
1310 setzen wertvollen Sauerstoff frei. Unsere wunderschönen Waldlandschaften sind so bedroht
1311 wie nie. Naturschützer und Verbände warnen: Unser Land wird zum Epizentrum des Waldster-
1312 bens. Seit Sommer 2017 haben die Folgen des Klimawandels, wie Stürme und Dürren, aber
1313 auch Brände und Schädlinge die größten Verwüstungen seit 200 Jahren hervorgerufen. Ohne
1314 das Zusammenwirken des Landes, des Bundes, der EU und der körperschaftlichen Waldeigen-
1315 tümer mit den 50.000 privaten Waldbesitzern, meistens Klein- und Kleinstwaldbesitzer, wird
1316 es keine wirksame Strategie gegen dieses neue Waldsterben geben.

1317

1318 **Was wir zum Schutz unserer bedrohten Wälder tun müssen**

1319

Antrag-Nr. 5.12.

Antragstellerin: LAG Klima, Umwelt und Natur

Zeile 1320 „Die in den Dürrejahre ...werden.“ ersetzen durch:

Die *durch ökologische Überforderung und die Dürrejahre zerstörten* Wälder müssen schnellstens und standortgerecht wiederaufgeforstet werden.

Begründung:

Die menschlichen Einflüsse hatten die jetzt zerstörten bzw. geschwächten Wälder schon vorher destabilisiert. Die Dürre war der Auslöser für das Baumsterben, aber nicht die alleinige Ursache. In den Wäldern muss man kontinuierlich und kompetent handeln. Das ist vielfach in den letzten über 20 Jahren unterblieben. Die jetzigen Schadholzmengen sind auch eine Strafe dafür. Jetzt muss hier standortgerecht (damit es nicht für die Katz ist) und schnell (zur Mäßigung externer Klimaextreme u. a. durch ein Baumkronendach und schützende Waldränder) in den Wald investiert werden. Die ökologischen Bedürfnisse der Wälder dürfen nicht Vermarktungsregularien untergeordnet werden, denn es geht im Endeffekt um die menschliche Existenzgrundlage.

1320 Die in den Dürrejahre zerstörten Wälder müssen schnellstens wieder aufgeforstet werden.
1321 Monokulturen haben dabei ausgedient. Vielmehr muss bei Aufforstung und Waldumbau darauf
1322 geachtet werden, dass naturnahe Mischwälder entstehen, die sich den veränderten Klimabe-
1323 dingungen anpassen. Damit im Landesforstbetrieb und im Landeszentrum Wald genügend Stel-
1324 len neu besetzt werden können, braucht es auch eine bessere Bezahlung des Personals sowie

Antrag-Nr. 5.13.

Antragstellerin: LAG Klima, Umwelt und Natur

Zeile 1325 nach „...Magdeburgerforth.“ einfügen:

„Die Landesforstverwaltung muss in die Lage versetzt werden, die Bestimmungen des Landeswaldgesetzes durch- und umzusetzen.“

Begründung:

Es mangelt in Sachsen-Anhalt an der Einhaltung des im Waldgesetz vorgeschriebenen Prinzips der Nachhaltigkeit. Das Waldgesetz ist ein zahnloser Tiger, denn es fehlen Restriktionsmöglichkeiten bei Nichteinhaltung. Die periodische Waldplanung in Form der Forsteinrichtung (mit dem Ziel der Sicherung der Funktionen des Waldes und der Gewährleistung der Ansprüche an ihn) die Folge seiner Bestimmungen in der Realität sein. Wenn aber Waldeigentümer wie z. B. die Stadt Halle nicht mal 20 Prozent der vorgeschriebenen Maßnahmen im Umsetzungszeitraum ausführen und damit offensichtlich Rechtsbruch begehen, wird keine Rechenschaft etc. verlangt. Die Zuständigkeitsbereiche für die Försterinnen und Förster müssen angemessen zugeschnitten sein, so dass die gesetzlichen Anforderungen auch tatsächlich erfüllbar sind.

Der Landesvorstand übernimmt.

1325 einer Stärkung der Forstausbildung in Magdeburgerforth. Waldbrandschutzkonzepte müssen
1326 entwickelt und die notwendige Infrastruktur (Wege, Löschwasser) ausgebaut werden. Waldbe-
1327 sitzer*innen und Forstbetriebe sollen dabei unterstützt werden, die großen Mengen an Schad-
1328 holz nach den Dürresommern und nach dem Befall mit Borkenkäfern, aber auch anderen
1329 Schädlingen, zu beseitigen. Dazu sind viele Unternehmen wegen der niedrigen Holzpreise der-
1330 zeit nicht in der Lage. Zur Wiederaufforstung wollen wir die bestehende Förderpraxis vereinfachen
1331 und entbürokratisieren. Besitzer*innen von kleinen Privatwäldern und forstliche Zusam-
1332 menschlüsse, wie Forstbetriebsgemeinschaften, müssen künftig besser unterstützt werden,
1333 z.B. durch eine Erleichterung der Fördermittelbeantragung.

1334

Gut fürs Klima: nachhaltige Holznutzung

1335

1336

1337 Durch die nachhaltige Holznutzung kann der im Holz gespeicherte Kohlenstoff dauerhaft kon-
1338 serviert werden und somit das verbrauchte CO₂ dauerhaft aus der Atmosphäre entfernt werden.
1339 Sein Einsatz als Baumaterial sowie als Rohstoff für innovative Technologien, wie die Kunststoff-
1340 gewinnung, birgt ein großes Potential. Den Vorschlag des Waldbesitzerverbandes für eine Holz-
1341 bauquote für die öffentliche Hand halten wir für ökologisch und wirtschaftlich sinnvoll.

1342

1343

1344

1345

Waldbesitz bedeutet, dem Gemeinwohl zu dienen – Eigentum verpflichtet

1346

1347

1348 Wir wollen den Verkauf von Waldflächen aus öffentlichem Besitz stoppen. Öffentliche Waldflä-
1349 chen sind für das Gemeinwohl unverzichtbar. Wir plädieren für ein Vorkaufsrecht für regional
1350 ansässige Betriebe der Land- und Forstwirtschaft. Wald darf nicht als reine Kapitalanlage miss-
1351 braucht werden. Ein Vorkaufsrecht würde zudem langfristig die Betriebsstrukturen der Forst-
1352 betriebe verbessern. Wir plädieren für eine schrittweise Ausdehnung der Flächen, die nach den

1353 Maßstäben der Zertifizierungsorganisationen³ bewirtschaftet werden. Wir wollen den Anteil der
1354 Waldflächen weiter ausbauen sowie zur natürlichen Entwicklung Flächen aus der kommerziel-
1355 len Waldbewirtschaftung herausnehmen. Hierbei kommt der Stiftung Natur-, Umwelt- und Kli-
1356 maschutz (SUNK) eine besondere Bedeutung zu.

1357
1358 Der Wald ist ein wichtiger Ort für Umweltbildung. Wir stehen deshalb zu den Jugendwaldheimen
1359 des Landesentrums Wald und wollen diese finanziell und personell für die Bildungsarbeit bes-
1360 ser ausstatten.

1361
1362 Die Nutzung der Waldwege muss neu geregelt werden. Die Interessen der Waldbesitzer*innen
1363 sind ebenso zu berücksichtigen, wie unvermeidbare Nutzungen mit Kraftfahrzeugen durch
1364 Landwirtschaft und Fischerei. Auch touristische Ansprüche und die Bedürfnisse von Anlie-
1365 ger*innen müssen einbezogen werden.

1366
1367 **Tierschutz geht mit links**

1368
1369 Seit 2019 ist der Tierschutz als ein Staatsziel der Landesverfassung. Für dessen Umsetzung
1370 kommt es auf die Arbeit einer Vielzahl von im Ehrenamt Tätigen an. Die Arbeit von Tierheimen
1371 und Tierschutzvereinen muss gewährleistet werden, wobei die kommunale Pflichtaufgabe der
1372 Unterbringung von Fundtieren nicht zulasten ehrenamtlicher Tierschutzarbeit gehen darf. Wir
1373 wollen das Amt des Tierschutzbeauftragten weiterführen und ein Verbandsklagerecht für Tier-
1374 schutzverbände einführen. DIE LINKE will weg vom Prinzip Rasselste bei Hunden. Die Nachteile
1375 für die Tierhalter*innen und der Nutzen für die Sicherheit müssen neu abgewogen werden. Die
1376 Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für Hunde muss konsequent umgesetzt werden, um
1377 die Arbeit der Tierheime zu erleichtern. Wir befürworten eine Regelung für Katzen, um aufge-
1378 fundene Tiere ihren Halter*innen schnellstmöglich zurückgeben zu können.

Antrag-Nr. 2.23.

Antragsteller*innen: Nico Thate (Stadtverband Magdeburg)

Zeile 1379:

Einfügen eines Absatzes bei Zeile 1379

„Sowohl bei der Tierhaltung als auch bei Schlachtbetrieben muss der Tierschutz endlich konsequent eingehalten werden. Ein Wegsehen oder Zögern durch das Veterinäramt darf es nicht mehr geben. Hierfür muss zusätzliches Personal eingestellt werden, damit Kontrollen in Zukunft regelmäßig, flächendeckend und unangekündigt erfolgen können.“

Begründung: keine

1379
1380
1381 **II.5 Digitalisierung: Teilhabe statt digitaler Spaltung**
1382

1383 Die Digitalisierung ist allgegenwärtig im Alltag, im Haushalt, in der Freizeit und auf Arbeit. In
1384 der Pandemie zeigte sich aber andererseits besonders deutlich, wer keinen digitalen Zugang
1385 hat, ist von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen, ob in Bildung, Arbeit, Kultur oder Frei-
1386 zeit. Die Corona-Krise hat die digitale Spaltung der Gesellschaft und die damit einhergehende
1387 soziale Spaltung dramatisch offengelegt: Wer keinen oder nur schlechten Zugang zu digitalen

³ Insbesondere des Siegels des *Forest Stewardship Council (FSC)* und des *Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes (PEFC)*

1388 Kommunikationsmedien hat, wer zudem arm ist, der ist zweifach abgemeldet – digital und so-
1389 zial. Die digitale Spaltung unserer Gesellschaft muss überwunden werden, denn sie ist ein Ana-
1390 chronismus in einer Zeit, in der wir über künftige Formen der Arbeit, des Arbeitsortes und der
1391 Kommunikation neu verhandeln. **Datensouveränität und digitaler Zugang müssen heutzutage soziale Grundrechte sein.** Denn: Sie sind Bedingungen für demokratische Teilhabe. Völlig unabhängig, ob in der Stadt oder im ländlichen Raum. Digitaler Zugang ist zugleich auch eine
1392 **Grundbedingung moderner Produktion und von erfolgreichen Wirtschaftsstandorten.**
1393 Auch hier gilt: Digitale Gleichberechtigung in Ost und West, zwischen Stadt und Land, weltweit
1394 – für ein echtes World Wide Web. Anspruch linker Politik muss es sein, Digitalisierungs- und
1395 Arbeitszeitgewinne gerecht zu verteilen. Risiken müssen durch klare gesetzliche Leitplanken
1396 eingedämmt werden.

1399 Das Recht auf Datenschutz ist im 21. Jahrhundert ein Grundrecht und hat zahlreiche Facetten
1400 – von behördlichem Handeln bis in den privaten Alltag. **Datensouveränität, d.h. Schutz der**
1401 **Daten und Persönlichkeitsrechte, hat für uns Priorität, nicht die Aus- und Verwertung**
1402 **ihrer Daten als Geschäftsmodell.** Unternehmen, die gegen Datenschutzauflagen verstoßen,
1403 müssen konsequent sanktioniert werden. Dazu gehört eine Stärkung der Amtsausstattung des
1404 Datenschutzbeauftragten. Wir wenden uns gegen jede Sperr- und Überwachungsinfrastruktur,
1405 denn das Netz soll ein freier gesellschaftlicher Diskursraum sein. Netzsperrungen und Haftungs-
1406 verschärfungen bei Verweisen/Links für Provider und Verbote auf andere Webseiten zu verlin-
1407 ken lehnen wir ab. Das Recht auf Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung gilt auch
1408 für Beschäftigte. Eine Überwachung von Beschäftigten durch Video, Detektive oder des E-Mail-
1409 Verkehrs ist zu bekämpfen.

1410

1411 **Die Chancen der Digitalisierung**

1412

1413 Die Digitalisierung bietet vor allem durch intelligente Mess-, Auswertungs- und Berechnungs-
1414 systeme enorme **Chancen im Bereich der Energie- und Ressourceneinsparung.** Sie besitzt
1415 einen wichtigen Stellenwert bei der **Bewältigung des Klimawandels,** sowohl bei der Modell-
1416 berechnung als auch bei der Möglichkeit Treibhausgase und Energie einzusparen. Der **ökolo-**
1417 **gische Fußabdruck der Digitalisierung** durch die Verwendung von seltenen Erden für die
1418 Hardware oder auch Serverfarmen droht diese Chancen zunichte zu machen. Auch bei den
1419 digitalen Endgeräten selber muss deshalb auf **Nachhaltigkeit und Energiesparsamkeit** ge-
1420 achtet werden. Hier ist politische Regulierung notwendig, z.B. für eine Mindesthaltbarkeits-
1421 dauer für Geräte.

1422

1423 **Digitale Mitbestimmung am Arbeitsplatz**

1424

1425 Intelligente Systeme/Assistenzsysteme bieten viel Potential, um Arbeit sicherer, effizienter und
1426 gesundheitsschonender zu machen. Die Befreiung von körperlich schwerer oder monotoner
1427 Arbeit durch zum Beispiel Pflegeroboter oder unterstützende Roboter (die helfen schwere und
1428 gesundheitlich bedenkliche Tätigkeiten zu minimieren oder gar zu verhindern), wollen wir vo-
1429 rantreiben. Die durch Digitalisierung und künstliche Intelligenz entstehenden **Produktivitäts-**
1430 **potentiale** wollen wir zum Nutzen aller freisetzen. DIE LINKE hält eine generelle Arbeitszeitver-
1431 kürzung auf 30 Stunden für möglich. Gleichzeitig treten wir Bestrebungen entgegen, die diese
1432 Technologien zur Arbeitsverdichtung, Stresserhöhung und verstärkter Kontrolle nutzen. Mit der
1433 Digitalisierung gehen auch Veränderung von Geschäftsmodellen und damit auch der Beschäf-
1434 tigtenstruktur und Veränderungen im Arbeitsprozess einher. Plattformarbeit oder auch Crow-
1435 dworking bewegen sich in rechtlichen Grauzonen. Sie schaffen durch Deregulierung neue pre-
1436 käre Arbeitsformen und soziale Entsicherung. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt will ein **Verbot oder**

1437 **enge Begrenzung** der Verlagerung von Tätigkeiten auf Subunternehmen oder neue Formen
1438 der Scheinselbstständigkeit (Plattformökonomie). Die Mitbestimmungsrechte der Belegschaften
1439 und Betriebsräte müssen dagegen erweitert werden. Gemeinsam mit Gewerkschaften, Experten
1440 im Bereich Arbeitsrecht und Arbeitsmedizin müssen sie für den Bereich der Plattformökonomie
1441 neu formuliert werden.

1442

1443 **Digitale Infrastruktur für Unternehmen, Verwaltung und Bildung ausbauen**

1444

1445 Der freie Markt hat beim Ausbau des schnellen Internets versagt. Die Landesregierung wird ihr
1446 Ziel, alle Schulen bis Ende 2020 ans Glasfasernetz anzuschließen, verfehlen. Viele Länder sind
1447 beim Anschluss an schnelles Internet, vor allem an Glasfaser deutlich weiter als Sachsen-Anhalt.
1448 Was wir vor allem im ländlichen Raum brauchen, sind Lösungen wie der Zweckverband
1449 Altmark und/oder staatlich geförderte Glasfasernetze im öffentlichen oder genossenschaftlichen
1450 Eigentum. Jeder Haushalt muss ein Anrecht auf einen bezahlbaren, schnellen Internetanschluss
1451 haben. Schnelles Internet ist für DIE LINKE Bestandteil der Daseinsvorsorge, d.h. digitaler
1452 Zugang muss soziales Grundrecht sein und darf nicht nach wirtschaftlichen Renditeerwägungen
1453 punktuell erfolgen. Der Einsatz einer durchgehenden Glasfasertechnologie muss Ziel
1454 des Landes sein, da nur diese in der Lage ist, die permanent steigenden Bedarfe an symmetrischen
1455 Down- und Upstreambandbreiten zu bewältigen.

1456

1457 Für die Digitalisierung in den Kommunen fordern wir eine Kommission aus Vertreter*innen von
1458 Land und Kommunen, welche die Standards und Ziele verbindlich formuliert und die Verteilung
1459 der notwendigen Mittel vornimmt.

1460

1461 **Mobilfunk – 5G-Ausbau**

1462

1463 Wir wollen in Sachsen-Anhalt bei der Einführung der Mobilfunktechnologie der 5. Generation
1464 (5G) vorangehen. Schnelles Internet wollen wir an jeder Milchkanne. Denn davon sollen nicht
1465 nur städtische, sondern auch ländliche Räume rasch profitieren. Wir werden weiterhin für eine
1466 umfassende Netzneutralität streiten, damit der Zugang zu schnellen Datenwegen nicht vom
1467 Geldbeutel abhängt. Wir unterstützen Initiativen, die Breitbandversorgung aus der Hand weniger
1468 Telekommunikationskonzerne in öffentliches Eigentum zu überführen oder genossenschaftlich
1469 zu organisieren.

1470

1471 **Unterstützung von Freifunkinitiativen**

1472

1473 Die Schaffung von freien Internetzugängen ist in der durch Digitalisierung geprägten Welt ein
1474 wichtiges gesellschaftliches Anliegen. Die zumeist ehrenamtlichen Freifunkinitiativen leisten
1475 dazu einen anerkanntswerten Beitrag. DIE LINKE will das gemeinnützige Engagement für die
1476 digitale Gesellschaft anerkennen und sich auf Bundesebene aktiv dafür einsetzen, dass Freifunkinitiativen
1477 in der Abgabenordnung als gemeinnützig anerkannt werden. Die Landesförderung für Freifunknetze
1478 und WLAN wollen wir fortführen und weiter ausbauen. Für den weiteren Ausbau von Freifunkinfrastruktur
1479 wollen wir, dass auch die landeseigenen Behörden ihre Gebäude zur Verfügung stellen.

1480

1481

1482

1483 **II.6 Entwicklungspolitik: Globale Gerechtigkeit, die wir meinen**

1484

1485 Entwicklungspolitik lebt auch von Veränderung. Deshalb war es wichtig, dass DIE LINKE auf
1486 eine Überarbeitung und Aktualisierung der Entwicklungspolitischen Leitlinien (EPL) unter Mit-
1487 wirkung der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen hingewirkt hat. Aspekte wie lebenslanges Ler-
1488 nen, weltweite soziale Gerechtigkeit, Demokratiebildung und Friedenspolitik sind dabei für uns
1489 von zentraler Bedeutung. Die Stellen für das Eine-Welt-Promotor*innen-Programm sind weiter
1490 zu finanzieren. Die Unterstützung des fairen Handels, der nachhaltigen Beschaffung und von
1491 nachhaltigem Konsum können zur Armutsbekämpfung im globalen Süden beitragen. Ein erster
1492 richtiger Schritt wäre das Vergabegesetz in Sachsen-Anhalt zu ändern, denn die Einhaltung von
1493 Menschenrechten und verbindlichen Umwelt- und Sozialstandards (ILO-Kernarbeitsnormen) in
1494 den Lieferketten sowie entsprechende Offenlegungspflichten dürfen nicht freiwillig sein, son-
1495 dern ein Muss. Grundsätzlich wollen wir die Bildungsarbeit für nachhaltige Entwicklung mehr

Antrag-Nr. 2.24.

Antragsteller*innen: Stephan Krull, John Lucas Dittrich, Rosemarie Hein, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger (Stadtverband Magdeburg)

Zeilen 1496 bis 1498:

Ersetzen des Satzes von „Die Länder des globalen Südens“ bis „profitieren“ durch:

"Eine intensive Kooperation von Hochschulen und Universitäten des globalen Südens mit dem globalen Norden wird für alle Beteiligten vorteilhaft sein. Wir können und müssen Wissen austauschen und voneinander lernen."

Begründung:

Es geht um gegenseitige Beziehungen, um gegenseitiges Lernen voneinander und um Partnerschaft auf Augenhöhe – nicht nur um Wissenstransfer vom Norden in den Süden.

Der Landesvorstand übernimmt.

1496 fördern, das heißt globalem Lernen mehr Raum geben. Die Länder des globalen Südens können
1497 durch Wissenstransfer über unsere Hochschulen mehr Unterstützung erfahren und davon pro-
1498 fitieren. Um auf Landesebene erfolgreiche entwicklungspolitische Arbeit zu leisten, wollen wir
1499 den Runden Tisch Entwicklungspolitik weiter institutionalisieren.

1500

1501

1502 **Teil III: Bildungsgerechtigkeit, die wir meinen**

1503

1504 **III.1. Schule: Wir werden den Mangel beenden!**

1505

1506 Der massive Lehrkräftemangel, der Rückstand in der digitalen Ausstattung, der Stillstand auf
1507 dem Weg zu einer inklusiven Schule, und die mangelnde Integration von Schüler*innen mit

Antrag-Nr. 1.1.

Antragstellerin: LAG Bildung

Die Zeilen 1508 bis 1516 werden ab dem Satzbeginn „Unter den Bedingungen ...“ durch folgende Formulierung ersetzt:

„Die soziale Schere beim Bildungszugang wird nicht geschlossen und die große Zahl von Schüler*innen, die die Schulen ohne Abschluss verlassen, steigt weiter. Das ist die Bilanz von fast zwei Jahrzehnten CDU-Regierungen in Sachsen-Anhalt. Diesem Absinken der Qualität von schulischer Bildung stellt sich DIE LINKE entgegen. Durch Schulschließungen und

Quarantäneanordnungen während der Pandemie wurden und werden viele Schüler*innen in ihrer Entwicklung zusätzlich benachteiligt. DIE LINKE tritt dafür ein, die erforderlichen Ressourcen zu mobilisieren, um diese Nachteile auszugleichen und Bildungsgerechtigkeit herzustellen.“

Der Landesvorstand übernimmt.

1508 Migrationserfahrungen sind die schlimmsten Defizite in unserem Schulsystem. Unter den Be-
1509 dingungen der Pandemie wurden dadurch viele Schüler*innen in ihrer Entwicklung zusätzlich
1510 benachteiligt. Dies wird dazu führen, dass die Qualität der Schulabschlüsse sinkt und die Zahl
1511 von Schüler*innen ohne regulären Schulabschluss weiter steigt. Durch das Engagement und
1512 die Kreativität der Pädagog*innen und der Schüler*innen aber auch vieler Eltern wurden an
1513 vielen Schulen in kurzer Zeit neue, mediengestützte Kommunikationsformen erprobt. Dies darf
1514 aber nicht den Blick darauf verstellen, dass die Pandemie die soziale Schere in unserem Bil-

Antrag-Nr. 2.25.

Antragsteller*innen: John Lucas Dittrich, Stephan Krull, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger (Stadtverband Magdeburg)

Zeilen 1515 bis 1516:

werden ersetzt ab „DIE LINKE tritt dafür ein...“ durch:

„DIE LINKE tritt dafür ein, alle erforderlichen Ressourcen zu mobilisieren, um diese Nachteile auszugleichen und echte Bildungsgerechtigkeit herzustellen, damit alle Schüler*innen unabhängig ihres Geschlechtes, ihres familiären Hintergrunds oder ihres sozialökonomischen Status, die gleichen Bildungschancen und -möglichkeiten haben. Ohne aktives Gegensteuern geht die soziale Schere in und mit unserem Bildungssystem weiter auseinander.“

Begründung:

Genauere Erläuterung Bildungsgerechtigkeit

Der Landesvorstand übernimmt teilweise in folgender Form: (Anfügung an den jetzt übernommenen Antrag 1.1.)

„... und Bildungsgerechtigkeit herzustellen, *damit alle Schüler*innen unabhängig ihres Geschlechtes, ihres familiären Hintergrunds oder ihres sozialökonomischen Status, die gleichen Bildungschancen und -möglichkeiten haben.*“

1515 dungssystem vergrößert hat. DIE LINKE tritt dafür ein, die erforderlichen Ressourcen zu mobi-
1516 lisieren, um diese Nachteile auszugleichen.

1517

1518 **Digitales Lernen voranbringen – Netzzugang für alle Kinder!**

1519

Antrag-Nr. 1.2.

Antragstellerin: LAG Bildung

In Zeile 1520 wird der erste Satz durch folgende Formulierung ersetzt:

„In der Pandemie wurden durch das Engagement und die Kreativität der Pädagog*innen und der Schüler*innen aber auch vieler Eltern an vielen Schulen in kurzer Zeit neue, mediengestützte Kommunikationsformen erprobt. Dennoch ist Deutschland ein Entwicklungsland in Sachen digitalen Lernens.“

Der Landesvorstand übernimmt.

1520 Deutschland ist ein Entwicklungsland in Sachen digitalen Lernens. Um digitale Lernformen
1521 künftig für alle nutzbar zu machen, müssen die Schulen schneller Glasfaseranschlüsse für leistungsfähiges Internet erhalten. DIE LINKE will außerdem sicherstellen, dass jede/r Schüler*in
1522 über ein internetfähiges Gerät und einen Internetzugang verfügt. Für die Verbesserung des Bildungserfolgs gilt es neben der technischen Ausstattung aber auch, sich mit gesellschaftlichen
1523 Grundfragen der Digitalisierung auseinanderzusetzen, die kompetente Nutzung moderner Medien für die Gestaltung von Lernprozessen durch Lehrer*innen und die digitale Mündigkeit der
1524 Schüler*innen zu entwickeln sowie einen effektiven Datenschutz zu

Antrag-Nr. 1.3.

Antragstellerin: LAG Bildung

In Zeile 1528 wird das Wort „offenen“ durch die Worte „frei zugänglichen“ ersetzt.

Der Landesvorstand übernimmt.

1528 gewährleisten. Die Schulen brauchen IT-Systeme, die die Arbeit mit offenen Bildungsmaterialien
1529 uneingeschränkt ermöglichen.

1530

Volksbegehren umsetzen – unser Programm gegen den Personalmangel

1531

1532

Antrag-Nr. 1.4.

Antragstellerin: LAG Bildung

In den Zeilen 1533 bis 1536 werden die Sätze 2 und 3 in der Reihenfolge getauscht.

Der Landesvorstand übernimmt.

1533 Fast zwanzig Jahre lang haben es Landesregierungen zugelassen, dass viel zu wenige Lehrkräfte
1534 ausgebildet wurden, die jetzt an allen Schulen fehlen. Um erfolgreich zu lernen, sind mehr Zeit
1535 und kleinere Lerngruppen erforderlich. Es wird deutlich mehr pädagogisches Personal benötigt,
1536 um die Bedingungen für Lehrer*innen und Schüler*innen zu verbessern.

1537

1538 Als Ziel für eine ausreichende Personalausstattung macht sich Die LINKE die Forderungen des
1539 Volksbegehrens „Den Mangel beenden! Unseren Kindern Zukunft geben!“ zu eigen und wird
1540 dafür streiten, die dort geforderten Personalschlüssel im Schulgesetz zu verankern. Unser Ziel
1541 ist es, den aktuellen Personalbestand um mindestens 2.000 Lehrkräfte, 400 pädagogische Mitarbeiter*innen und 600 Schulsozialarbeiter*innen zu erweitern.

1542

1543

1544 Da in den kommenden Jahren sehr viele Lehrkräfte altersbedingt ausscheiden, müssen jährlich
1545 bis zu 1.500 neue Lehrkräfte für den Schuldienst des Landes gewonnen werden. DIE LINKE
1546 strebt deshalb mit beiden Universitäten des Landes Ergänzungszielvereinbarungen an, um die
1547 Lehrerausbildung von derzeit 1.000 auf 1.500 Erstsemesterplätze auszubauen, die tatsächlichen
1548 Studiendauern zu verkürzen und mehr erfolgreiche Abschlüsse zu ermöglichen. Außerdem
1549 muss gemeinsam mit den Universitäten eine stärkere Ausrichtung der Fächerwahl der Lehramtsstudierenden am Bedarf des Landes erreicht werden. Um die Ausbildung und den Einsatz
1550 der neuen Lehrkräfte effizienter zu gestalten, soll die universitäre Ausbildung für die allgemeinbildenden Schulen nur noch in zwei Lehramtslaufbahnen stattfinden – eine Laufbahn für die
1551 Primarstufe einschließlich der sonderpädagogischen Fachrichtungen und eine Laufbahn
1552 gemeinsam für die Sekundarstufen I und II. Inklusions- und Medienpädagogik müssen Bestandteil
1553 aller Lehramtsstudiengänge sein.

1554

1555 Für den Vorbereitungsdienst sollen weitere Seminare für Lehrämter in der Fläche des Landes
1556 (Dessau, Gardelegen oder Stendal, Halberstadt) eingerichtet werden. Schulträger sollen mehr

1557

Antrag-Nr. 1.5.

1558

Antragstellerin: LAG Bildung

Die Zeilen 1559 bis 1561 werden ab dem Satzbeginn „Außerdem sollen ...“ durch folgende Formulierung ersetzt:

„Außerdem sollen im Vorbereitungsdienst bei besonderen regionalen Bedarfssituationen zusätzliche Bewerber*innen durch die Zahlung von Anwärtersonderbezügen gewonnen werden.“

Der Landesvorstand übernimmt.

1559 Zuständigkeit bei der Gewinnung von Lehrkräften bekommen. Außerdem sollen im Vorbereitungs-
1560 dienst in Abhängigkeit von der regionalen Bedarfssituation Anwärtersonderbezüge ge-
1561 zahlt werden, um im Wettbewerb mit den Nachbarbundesländern konkurrenzfähig zu sein.

1562
1563 Die gerechte Eingruppierung aller Lehrkräfte und gute Arbeitsbedingungen sind wichtige Vo-
1564 raussetzungen, damit Sachsen-Anhalt konkurrenzfähig bleibt und erfolgreich Lehrkräfte ausbil-
1565 den und einstellen kann. Wir werden die Vergütung der Grundschullehrkräfte auf das Niveau
1566 der anderen Lehrkräfte in die A13/E13 anheben und die Altersermäßigungen für alle Lehrkräfte
1567 wieder ab dem 60. Lebensjahr gewähren.

1568
1569 Wir wollen zu jeder Zeit Einstellungen ermöglichen und auch die Rückkehr aus anderen Bun-
1570 desländern fördern. Durch schnelle Entscheidungen vor Ort wollen wir die Einstellungsverfah-
1571 ren verkürzen und den Schulen mehr Verantwortung und Einfluss einräumen. Durch frühzeitige
1572 Einstellungszusagen sollen Gemeinden und Landkreise motiviert werden, für Studierende und
1573 Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst gute Bedingungen für sie und ihre Familien zu schaffen und
1574 sie so an die Region zu binden. Die Universitäten und die Seminare für Lehrämter sollen die
1575 Kommunen dabei durch Kooperationen unterstützen.

1576
1577 Der Schuldienst des Landes wird noch über lange Zeit auf viele Seiteneinsteiger*innen ange-
1578 wiesen sein. DIE LINKE wird dafür Sorge tragen, dass diese Lehrkräfte berufsbegleitend eine
1579 vollwertige pädagogische Ausbildung erhalten, unabhängig von der Zahl der Unterrichtsfächer.
1580 Auch wer sich ohne zusätzliche Ausbildung im Unterrichtseinsatz über längere Zeit bewährt,
1581 soll eine Laufbahnbefähigung erhalten und somit auf Dauer nicht schlechter bezahlt werden als
1582 Kolleg*innen mit grundständiger Lehrerausbildung.

1583
1584 Lehrkräfte sind Fachleute für das Lernen im Unterricht und benötigen für die Bewältigung der

Antrag-Nr. 2.26.

Antragsteller*innen: John Lucas Dittrich, Stephan Krull, Andreas Horn, Chris Scheunchen,
Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz,
Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger (Stadtverband Magdeburg)

Zeilen 1585-1588:

werden ersetzt ab „Wir werden die Voraussetzungen...“ durch:

„Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass pädagogische Mitarbeiter*innen
und Schulsozialarbeiter*innen in allen Schulen dauerhaft und unabhängig von EU-Förder-
programmen zum Einsatz kommen. Langfristig orientieren wir uns an den Empfehlungen
des Bundesverbandes für Schulsozialarbeit, der pro 150 Schüler*innen eine Schulsozialar-
beitsstelle (1 VbE) für nötig erachtet.“

Schulsozialarbeit und die dazugehörigen regionalen und landesweiten Netzwerke sind seit mehr als zehn Jahren Bestandteil der Bildungslandschaft in Sachsen-Anhalt. Da das Bildungsministerium seinem Auftrag von Dezember 2018 nicht nachkommt, sind diese seit 2009 immer wieder von EU-Fördergeldern abhängig. Wir stehen für eine vollständige Finanzierung der Schulsozialarbeit sowie den dazugehörigen Netzwerkstellen aus Landesmitteln, wobei die erfolgreiche Kooperation mit Trägern der freien Kinder- und Jugendhilfe in der Anbindung der Schulsozialarbeit beibehalten wird.

Außerdem werden wir den schulpsychologischen Dienst und die schulfachliche Evaluation und Beratung der Schulen im Landesschulamt personell verstärken.“

Begründung:

Schulsozialarbeit darf nicht länger von EU-Mitteln abhängig sein. Das muss deutlicher im Wahlprogramm werden.

Der Landesvorstand übernimmt teilweise in folgender Form:

Es wird folgender Satz übernommen: „Langfristig orientieren wir uns an den Empfehlungen des Bundesverbandes für Schulsozialarbeit, der pro 150 Schüler*innen eine Schulsozialarbeitsstelle für nötig erachtet.“ (Er wird in der Zeile 1588 angefügt. Nach diesem Satz wird dann der Text aus dem Antrag 1.6. angefügt.)

1585 vielfältigen Aufgaben im Schulalltag Unterstützung anderer pädagogischer Professionen. Wir
1586 werden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass pädagogische Mitarbeiter*innen und
1587 Schulsozialarbeiter*innen in allen Schulen und entsprechend des jeweiligen Bedarfs dauerhaft
1588 und unabhängig von EU-Förderprogrammen zum Einsatz kommen.

Antrag-Nr. 1.6.

Antragstellerin: LAG Bildung

In der Zeile 1588 werden die folgenden beiden Sätze angefügt:

„Die Schulsozialarbeit soll weiterhin in Kooperation mit Trägern der freien Kinder- und Jugendhilfe durchgeführt und durch die etablierten Netzwerkstellen koordiniert und unterstützt werden. Außerdem werden wir den schulpsychologischen Dienst und die schulfachliche Evaluation und Beratung der Schulen im Landessschulamt personell verstärken.“

Der Landesvorstand übernimmt.

1589 Um die regionalen Kenntnisse für einen effizienten Einsatz der Lehrkräfte zu nutzen und die
1590 Verantwortung der Kommunen als Schulträger zu stärken, werden wir für Gemeinden und Land-
1591 kreise durch Modellversuche die Möglichkeit eröffnen, im Rahmen vorgegebener Stellenkon-
1592 tingente den Lehrkräftebedarf für ihre Schulen selbst zu planen.

1594
1595 **Schule als ganztägigen Lern- und Lebensort gestalten – Horte ins Schulgesetz!**

1596
1597 Gute Bildung für alle ist eine wichtige Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, wirtschaft-
1598 lichen Erfolg und einen verantwortungsbewussten Umgang mit unserer Umwelt. Darum kom-
1599 men der Ausweitung der Lernzeit, dem längeren gemeinsamen Lernen in Gemeinschaftsschu-
1600 len, der Entwicklung von inklusiv arbeitenden Regelschulen, der Erweiterung von Ganztagsan-
1601 geboten und der flächendeckenden Etablierung von Schulsozialarbeit und praxisorientiertem
1602 Lernen entscheidende Bedeutung zu. Gute Bildung braucht ausreichend Zeit. Deshalb will DIE
1603 LINKE eine 10-jährige Vollzeitschulpflicht für alle Schüler*innen. Ziel ist es, dass alle mindes-
1604 tens den mittleren Schulabschluss (Realschulabschluss) nach 10 Schuljahren erreichen kön-
1605 nen. Dabei kann das 10. Schuljahr auch an einer Berufsbildenden Schule in der dualen Ausbil-

Antrag-Nr. 11.6.

Antragsteller: Stadtvorstand Halle (Saale)

Zeile 1606 nach „(...) absolviert werden.“ Einsetzen:

„Das erzwungene „Sitzenbleiben“ von Schüler:innen muss abgeschafft werden, die freiwillige Wiederholung der Klassenstufe obliegt den Schüler:nen und/oder Eltern.“

Begründung:

Das „Sitzenbleiben“ soll verhindern, dass Schüler*innen trotz schlechter Noten automatisch weiterkommen und am Ende ihren angestrebten Abschluss nicht schaffen. Damit soll es vor der Entscheidung im Abschlussjahr möglich sein, Schüler*innen zu besseren Leistungen zu motivieren – oder ihnen eben eine zweite Chance mit einer Wiederholung zu geben. Diese Wiederholung erfüllt den Zweck aber nicht, gerade wenn sie der Schule einseitig aufgrund entsprechender Noten verordnet wird. Schüler*innen werden so aus ihrem gewohnten sozialen Schulumfeld gerissen und langweilen sich aufgrund der Wiederholung bereits bekannten Stoffes. Auch einige Studien legen nahe, dass das Sitzenbleiben einen negativen Effekt auf den Lernerfolg hat – so lässt es sich z.B. aus der großen Metaanalyse des neuseeländischen Pädagogen John Hattie („Hattie-Studie“) von 2009 schließen. Es geht aber nicht nur um den Effekt, sondern auch um ein linkes Ideal: Lernen ist uns wichtiger als Prüfen. Das bedeutet auch, dass das Bildungsministerium nicht aufgrund von Prüfungsergebnissen so einschneidende Veränderungen im Lernumfeld der Schüler*innen vornehmen darf. Das freiwillige Sitzenbleiben, für das es ja durchaus gute Argumente geben kann, soll davon unberührt bleiben.

Der Landesvorstand übernimmt teilweise in folgender Form:

*„Statt Schüler*innen bei Leistungsschwächen die Versetzung zur verweigern, wollen wir die Förderung verstärken, damit der Anschluss wieder geschafft wird. Das „Sitzenbleiben“ als untaugliche Maßnahme muss beendet werden, die freiwillige Wiederholung der Klassenstufe soll aber möglich bleiben.“*

1606 dung absolviert werden.

1607

1608 Für die ganztägige Bildung und Erziehung im Primarbereich sollen die Horte mit ihren spezifi-
1609 schen Angeboten einen größeren Beitrag leisten, Freiräume für Kreativität und Gemeinschafts-
1610 arbeit schaffen sowie Raum für Sport, Erholung und Besinnung bieten. Die notwendige enge
1611 Kooperation von Grundschulen und Horten soll durch die Verankerung der Horte im Schulge-
1612 setz gewährleistet werden, wobei die bisherige Trägervielfalt erhalten bleiben soll. Außerdem
1613 wollen wir die personellen und finanziellen Voraussetzungen schaffen, um Ganztagsangebote
1614 an allen weiterführenden allgemeinbildenden Schulen bedarfsgerecht auszubauen.

1615

Inklusion an den Schulen voranbringen – kein Kind zurücklassen

1616

1617
1618 Für uns ist der Anspruch auf eine erfolgreiche Bildung im Regelschulsystem für alle Schüler*in-
1619 nen verbindlich und eine gesellschaftliche Notwendigkeit zur Gewährleistung des sozialen Zu-
1620 sammenhalts. Inklusion kann und muss besser gelingen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden
1621 wir die Rahmenbedingungen für die Förderung von Kindern mit festgestelltem Förderbedarf in
1622 Regelschulen strukturell verbessern und vor allem deutlich mehr qualifizierte Pädagog*innen
1623 einsetzen. In den Landkreisen und kreisfreien Städten werden wir Regionale Förderzentren er-
1624 möglichen, um so einen Übergang vom bisherigen Förderschulsystem zu einem inklusiven
1625 Schulsystem zu erreichen.

1626

1627 Die vielen Schüler*innen, die ohne regulären Schulabschluss die allgemeinbildenden Schulen
1628 verlassen, sind eine große Herausforderung für das Schulsystem. Wir werden die Möglichkeiten

Antrag-Nr. 1.7.

Antragstellerin: LAG Bildung

In den Zeilen 1629 bis 1632 wird der Satz „Dazu zählen ...“ durch folgende Formulierung ersetzt:

„Dazu zählt u.a. die bedarfsgerechte Fortführung des „Produktiven Lernens“.“

Der Landesvorstand übernimmt.

1629 der Förderung zur Erlangung eines Schulabschlusses verbessern und erweitern. Dazu zählen
1630 die bedarfsgerechte Fortführung des „Produktiven Lernens“ und die Einrichtung von Förderkur-
1631 sen bzw. Förderklassen ab der 7. Klasse an den Regelschulen der Sekundarstufe I sowie die
1632 Ausweitung von Werkstattprojekten in außerschulischen Lernorten.

Antrag-Nr. 1.8.

Antragstellerin: LAG Bildung

Nach der Zeile 1632 wird folgender neuer Unterabsatz eingefügt:

„Kindern und Jugendlichen, die kurz oder langfristig der Schule fernbleiben, muss durch mehr sozialpädagogische Unterstützung, ggf. auch durch Angebote an außerschulischen Lernorten, der Weg zurück zur Fortführung der schulischen Bildung geebnet werden. Bestrafen ist keine Hilfe. Deshalb werden wir die Schulverweigerung als Ordnungswidrigkeit aus dem Schulgesetz streichen und dafür keinen Jugendarrest mehr zulassen.“

Der Landesvorstand übernimmt.

1633 **Länger gemeinsam Lernen – eine Erfolgsgeschichte**

1634
1635 Die Gemeinschaftsschulen haben sich in der letzten Wahlperiode gegen Widerstände aus der
1636 CDU als erfolgreiche Schulform für längeres gemeinsames Lernen etabliert. Sie sind bei immer
1637 mehr Schüler*innen und ihren Eltern beliebt, weil die Entscheidung über den Bildungsweg län-
1638 ger offengehalten wird. Diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen.
1639

Antrag-Nr. 1.9.

Antragstellerin: LAG Bildung

In den Zeilen 1640/1641 werden die Worte „eine Hochschulzugangsberechtigung vergeben können“ durch die Worte „einen gleichwertigen Weg zum Abitur anbieten“ ersetzt.

Der Landesvorstand übernimmt.

1640 Gemeinschaftsschulen sollen künftig neben dem mittleren Schulabschluss auch eine Hoch-
1641 schulzugangsberechtigung vergeben können. Dafür wollen wir die Einrichtung kleiner gymna-

Antrag-Nr. 1.10.

Antragstellerin: LAG Bildung

In der Zeile 1642 werden nach dem Wort „Oberstufen“ die Worte „und die Bildung von Oberstufenzentren als Kooperation mehrerer Gemeinschafts- und Gesamtschulen“ ergänzt.

Der Landesvorstand übernimmt.

1642 sialer Oberstufen ermöglichen. Darüber hinaus sollen alle Gemeinschaftsschulen eine Fach-
1643 oberstufe einrichten können, um in Kooperation mit Berufsbildenden Schulen die Fachhoch-
1644 schulreife anzubieten. Sie sollen dafür ein attraktives polytechnisches Profil entwickeln, bei
1645 dem praxisorientiertes Lernen von Anfang an und verstärkt ab dem 7. Schuljahrgang einen
1646 festen Platz hat.
1647

1648 Für Sekundarschulen soll es attraktiv werden, sich in Gemeinschaftsschulen umzuwandeln. Wir
1649 streben auf der Basis freiwilliger Entscheidungen von Schulen und Schulträgern einen vollständigen
1650 Übergang zu einem Schulsystem aus zwei Säulen im Bereich der Sekundarstufe I an,
1651 bestehend aus Gemeinschaftsschulen und Gymnasien.

1652

Berufsbildende Schulen

1653

1654

1655

DIE LINKE will sich dafür einsetzen, die berufsbildenden Schulen zu stärken und die Rahmen-

Antrag-Nr. 1.11.

Antragstellerin: LAG Bildung

In Zeile 1656 wird nach dem ersten Satz folgender neuer Satz 2 eingefügt:

„Dazu muss u.a. die Konzentration der Ausbildung in Landesfach- und Regionalklassen an zu wenigen Standorten eingedämmt werden.“

Der Landesvorstand übernimmt.

1656

bedingungen für die berufliche Ausbildung zu verbessern. Wir wollen den berufsbildenden

Antrag-Nr. 1.12.

Antragstellerin: LAG Bildung

In den Zeilen 1656/1657 erhält der Satz „Wir wollen ...“ die folgende Fassung:

„Für eine moderne technische Ausstattung der berufsbildenden Schulen sollen den Schulträgern über ein Landesprogramm finanzielle Mittel bereitgestellt werden.“

Der Landesvorstand übernimmt.

1657

Schulen finanzielle Mittel für eine moderne technische Ausstattung bereitstellen. Die Entschei-

Antrag-Nr. 1.13.

Antragstellerin: LAG Bildung

In der Zeile 1658 werden die Worte „zum Erzieher“ durch die Worte „zur Erzieher*in“ und in den Zeilen 1660/1661 werden die Worte „ein/e Ausbilder*in darf“ durch die Worte „Ausbilder*innen dürfen“ ersetzt.

Der Landesvorstand übernimmt.

1658

dung für eine vollzeitschulische Ausbildung z.B. zum Erzieher darf nicht vom Geldbeutel der
1659 Familie abhängen. Deshalb fordern wir die Übernahme des Schulgeldes durch das Land. Alle
1660 Auszubildenden müssen wissen, wie sie ihre Rechte geltend machen können und was ein/e
1661 Ausbilder*in darf und was nicht. Darum wollen wir, dass Gewerkschaften in den Berufsschulen
1662 über Arbeitnehmer*innenrechte aufklären. Alle Auszubildenden sollen zwei Wochen vor ihren
1663 Abschlussprüfungen zur Vorbereitung vollständig freigestellt werden.

1664

Eigenverantwortung und Schuldemokratie

1665

1666

1667

Schulen müssen vor allem für die Schüler*innen Orte gelebter Demokratie werden. DIE LINKE
1668 setzt sich ein für die Erweiterung der Schülermitbestimmungsrechte. Dabei soll es auch mög-
1669 lich sein, für die Gesamtkonferenz einer weiterführenden Schule die Drittel-Parität einzuführen.
1670 Damit Schulen Motoren ihrer eigenen Entwicklung werden, müssen sie über organisatorische,
1671 finanzielle und pädagogische Fragen selbst mehr entscheiden können. DIE LINKE wird den Ge-
1672 samtkonferenzen zusätzlich Entscheidungsbefugnisse übertragen. Außerdem sollen die Schul-
1673 träger aufgefordert werden, den Schulen möglichst große Teile ihres Schulhaushaltes als

Antrag-Nr. 11.7.

Antragsteller: Stadtvorstand Halle (Saale)

Zeile 1674 nach „(...) zur Verfügung stellen.“ Einsetzen:

„Zur Schuldemokratie gehört auch, autoritäre und potentiell benachteiligende Mechanismen wie die „Kopfnoten“ abzuschaffen, die durch regelmäßige individuelle Rückmeldungen ersetzt werden müssen.“

Begründung:

Kopfnoten sind keinesfalls unumstritten. In den meisten Bundesländern wurden sie zwischenzeitlich abgeschafft, um dann von konservativen Regierungen wieder eingeführt zu werden. Das hat auch seinen Grund: Sie sagen wenig bis nichts aus und bedeuten nur eine höhere Belastung für die Lehrkräfte und für die Schüler:innen. Es ist sinnvoll, individuelle Rückmeldungen zu geben und in der Schule auch das Sozialverhalten zum Thema zu machen. Aber das individuelle Agieren in der komplexen sozialen Dynamik des Klassenraums lässt sich definitiv nicht auf eine einfache Bewertung bringen, die meist ohne Kontext auf dem Zeugnis steht. Dazu kommt: Die Vergabe ist nicht transparent, Missverständnisse und Vorurteile können sich potentiell hier besonders leicht übertragen. Kurzum: Es ist einfach Zeit, mit dieser Kontinuität obrigkeitsstaatlicher Lehrmeisterei zu brechen und einen Weg linker Schulpolitik im Sinne sozialen Lernens zu beschreiben.

Der Landesvorstand übernimmt teilweise in folgender Form:

„Die Bewertung des Verhaltens durch „Kopfnoten“ werden wir aufheben und durch individuelle Rückmeldungen ersetzen.“

1674 Budget zur eigenen Bewirtschaftung zur Verfügung zu stellen.

1675

1676

Was wir gegen Schulschließungen und für Neu- oder Erweiterungsbauten tun

1677

1678 In Sachsen-Anhalt sind in 30 Jahren mehr als die Hälfte aller staatlichen Schulen geschlossen
1679 worden. Gleichzeitig füllen immer mehr Privatschulen Lücken im staatlichen Schulnetz. DIE
1680 LINKE wird entsprechend des Verfassungsauftrages das öffentliche Schulwesen stärken. Die
1681 Vorgaben für Schulgrößen und Klassenstärken an den staatlichen Schulen in der Verordnung
1682 zur Schulentwicklungsplanung werden aufgehoben und durch globale Personalzuweisungen er-
1683 setzt. Die Entscheidungen über den Erhalt und die Neuerrichtung von Schulstandorten wird so
1684 vollständig an die Schulträger übertragen. Schulstandorte stehen dann nicht mehr zur Disposi-
1685 tion, weil durch schwankende Schülerzahlen starre Grenzwerte unterschritten werden. Wir set-
1686 zen uns ebenso für faire Entwicklungsbedingungen der bestehenden Schulen in freier Träger-
1687 schaft ein.

1688

1689 Jeder Schule sollen ausreichend Räume zur Verfügung stehen. Schulen sollen nicht mehr über-
1690 füllt werden. Bei der rechtzeitigen Planung und Errichtung von Neu- oder Erweiterungsbauten
1691 müssen die Schulträger durch ein Schulbauprogramm des Landes unterstützt werden. Wir wer-
1692 den verbindliche Vorgaben für den Neu-, Aus- und Umbau von Schulgebäuden schaffen. Dabei
1693 orientieren wir uns an den Anforderungen für die Arbeit in inklusiven Schulen, die u.a. Räume
1694 für Teilungsunterricht, Schulsozialarbeit und Ganztagsarbeit einschließen. Barrierefreiheit aller
1695 Schulgebäude ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine inklusive Schule. Auch die Arbeits-
1696 bedingungen für Lehrer*innen müssen verbessert werden. Außerdem sollen die Kommunen
1697 durch eine deutliche Erhöhung der Finanzzuweisungen in die Lage versetzt werden, den Bau-
1698 und Sanierungsbedarf an Schulgebäuden zu bewältigen. Bei Neubauten und Grundsanierungen
1699 müssen Pädagog*innen, Schüler*innen, Eltern und weiterer Partner*innen der Schulen ver-
1700 bindliche Mitsprache erhalten.

1701

1702
1703

III.2 Kinder und Jugend – besser fördern, schützen und beteiligen!

Antrag-Nr. 1.14.

Antragstellerin: LAG Bildung

„Bildung von Anfang an

Kinder lernen von Anfang an, am besten und am liebsten gemeinsam mit anderen Kindern. Darum sind für uns Kindertageseinrichtungen Orte frühkindlicher Bildung, denn dort können Kinder in der Gemeinschaft aufwachsen, sich entwickeln und lernen. Um diesem Verständnis Rechnung zu tragen, soll auch die Übertragung der Verantwortung für die frühkindliche Bildung und für die Kinder- und Jugendhilfe an ein Ministerium für Bildung und Jugend intensiv geprüft werden.

Das Programm „Bildung elementar – Bildung von Anfang an“ werden wir überarbeiten, um den Bereich der Medienpädagogik erweitern und seine Umsetzung in den Einrichtungen durch einen größeren Stellenwert in der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Erzieher*innen und durch Zeit für die Vor- und Nachbereitung der pädagogischen Arbeit qualifizieren.“

Der Landesvorstand übernimmt.

1704

1705

Ganztagsanspruch, Beitragsfreiheit und bessere Betreuungsqualität in Kitas

1706

1707

DIE LINKE will einen uneingeschränkten Rechtsanspruch auf eine ganztägige Betreuung in Kindertageseinrichtungen für alle Kinder, unabhängig von ihrer familiären oder sozialen Situation. Die Planung und Finanzierung der Kindertageseinrichtungen sollen in einer Hand bei den Landkreisen und kreisfreien Städten liegen. Dafür haben wir ein transparentes Finanzierungssystem erarbeitet, das sich an den tatsächlichen Personalkosten orientiert, den Finanzierungsanteil der Gemeinden aufhebt und schrittweise zur Beitragsfreiheit für die Eltern führt. Zur Verbesserung der Betreuungsqualität wollen wir die Personalschlüssel schrittweise absenken. Wir werden eine kostenlose Mittagsversorgung für alle Kinder in Kitas und Tagespflege schaffen und Trinkbrunnen fördern. Die Finanzierung aller Maßnahmen erfolgt durch eine entsprechende Erhöhung des Landesanteils.

1711

1712

1713

1714

1715

1716

1717

Auch für die Kindertagespflege müssen vernünftige Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Dazu zählt vor allem, dass die Kindertagespflege Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsvereinbarungen mit den Jugendämtern abschließen kann. Dies hilft, die tatsächlichen Kosten transparent zu machen und die Einkommen der Tagespflegepersonen anzuheben. Tagespflegepersonen müssen gesicherte Beschäftigungsperspektiven erhalten.

1723

Antrag-Nr. 1.15.

Antragstellerin: LAG Bildung

Die Zeilen 1724/1725 werden gestrichen.

Der Landesvorstand übernimmt.

1724

Das Programm „Bildung elementar – Bildung von Anfang an“ wollen wir um den Bereich der Medienpädagogik erweitern.

1725

1726

Antrag-Nr. 1.16.

Antragstellerin: LAG Bildung

In der Zeile 1727 wird die Teilüberschrift durch folgende Formulierung ersetzt:

„Junge Menschen schützen, Jugendhilfe stärken“

Der Landesvorstand übernimmt.

Jugendämter, Hilfen zur Erziehung, Ombudsstellen, Jugendhilfeplanung

1727
1728
1729 In vielen Bereichen befinden sich unsere Jugendämter in einer schwierigen Lage. DIE LINKE

Antrag-Nr. 1.17.

Antragstellerin: LAG Bildung

In der Zeile 1730 werden die Worte „in einen Qualitätsdialog mit den Kommunen treten“ durch die Worte „für einen Qualitätsdialog des Landes mit den Kommunen eintreten“ ersetzt.

Der Landesvorstand übernimmt.

1730 wird in einen Qualitätsdialog mit den Kommunen treten, um die personelle Ausstattung der
1731 Jugendämter zu verbessern. Dazu gehören der Ausbau und die Weiterentwicklung der Netz-
1732 werke Früher Hilfen und Kinderschutz sowie die Förderung präventiver und niedrigschwelliger
1733 Angebote insbesondere im ländlichen Raum.

1734
1735 Im Bereich Hilfen zur Erziehung müssen Voraussetzungen geschaffen werden, um die Hilfen
1736 zielgenauer zu gestalten und problematischen Kindheitsverläufen möglichst frühzeitig präven-
1737 tiv zu begegnen. Zwischen den Hilfen zur Erziehung, den Kinder- und Jugendpsychiatrien und
1738 den Gesundheitsämtern müssen sich ein gelingendes Übergangsmanagement und verbindliche
1739 Kooperationsstrukturen entwickeln, um die Hilfen passgenau für jeden jungen Menschen an-
1740 zubieten. Kinder, Jugendliche und ihre Familien müssen bei ihrem Recht auf Jugendhilfe stärker
1741 unterstützt werden. Deswegen will DIE LINKE die flächendeckende Einführung von Ombuds-

Antrag-Nr. 1.18.

Antragstellerin: LAG Bildung

In der Zeile 1742 wird eine Leerzeile eingefügt und der letzte Satz „Wir werden dafür Sorge tragen ...“ wird ein eigener Unterabsatz.

Der Landesvorstand übernimmt.

1742 stellen in allen Landkreisen und kreisfreien Städten. Wir werden dafür Sorge tragen, dass die
1743 Jugendhilfeplanungen der Landkreise und kreisfreien Städte nach quantitativen und qualitati-
1744 ven Mindeststandards erfolgen und mit einer durch das Land zu erarbeitenden landesweiten
1745 Jugendhilfeplanung abgestimmt werden, um ein Aufwachsen in gleichen Lebensverhältnissen
1746 zu sichern.

1747

Antrag-Nr. 1.19.

Antragstellerin: LAG Bildung

In der Zeile 1748 wird die Teilüberschrift durch folgende Formulierung ersetzt:

„Rechtsanspruch auf Jugendarbeit für junge Menschen umsetzen und sichern“

Der Landesvorstand übernimmt.

Jugendsozialarbeit, Jugendverbandsarbeit, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz

1748
1749
1750 Wir werden die Jugendarbeit als Rechtsanspruch für junge Menschen im Kinder- und Jugendhil-

Antrag-Nr. 1.20.

Antragstellerin: LAG Bildung

In Zeile 1751 werden vor dem Wort „festschreiben“ die Worte „des Landes“ eingefügt.

Der Landesvorstand übernimmt.

1751 fegesetzt **festschreiben**. Die Förderung der Maßnahmen der kommunalen Jugendarbeit (ehemals Jugendpauschale und Fachkräfteprogramm) werden wir um mindestens eine halbe Million
1752 Euro erhöhen und eine Dynamisierung von mindestens 2,5 Prozent pro Jahr gesetzlich veran-
1753 kern. Wir werden einen Flächenfaktor bei der Förderung einführen, um Benachteiligungen im
1754 ländlichen Raum zu überwinden.

1756
1757 Die Beschäftigten in der Jugendarbeit und in den Jugendverbänden befinden sich oft in einer
1758 prekären Beschäftigungs- und Einkommenssituation, weil es dafür bisher keine ausreichend
1759 gesicherte und auskömmliche Finanzierungsgrundlage gibt. Wir werden in der Jugendarbeit,
1760 der Jugendverbandsarbeit, bei institutionell geförderten Trägern und Beratungsstellen eine Be-

Antrag-Nr. 1.21.

Antragstellerin: LAG Bildung

In den Zeilen 1761/1762 werden die Worte „Zuwendungsbescheide erteilen“ durch die
Worte „Zuwendungsverträge abschließen“ ersetzt.

Der Landesvorstand übernimmt.

1761 zahlung nach dem öffentlichen Tarifrecht zur Grundlage machen und mehrjährige **Zuwendungs-**
1762 **bescheide erteilen**. Wir setzen uns ein für die Entwicklung von personellen Mindeststandards
1763 für den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz in den Landkreisen und kreisfreien Städten.
1764 Der Jugend(medien)schutz muss verbindlicher Bestandteil der Jugendhilfeplanungen werden.

1765

Frühe Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stärkt Demokratie

1766
1767
1768 Demokratie muss so früh wie möglich erlebbar sein. Kinder und Jugendliche sollen lernen, Mei-
1769 nungen fair auszutauschen, sich zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen und Wert-
1770 schätzung für andere Positionen zu entwickeln. Damit sich Kinder- und Jugendbeteiligung ent-
1771 wickeln kann, ist es erforderlich, Angebote für eine altersgemäße politische Bildung auf- und
1772 auszubauen.

1773
1774 Mit dieser Zielstellung wurde bereits 2014 ein Kinder- und Jugendteilhabegesetz erarbeitet.
1775 Kinderrechte in die Landesverfassung aufnehmen, Wählen ab 14 Jahren, mehr Mitsprache und
1776 Partizipation auf der Ebene der Kommunen und des Landes, das Setzen von Standards für kom-
1777 munale Kinder- und Jugendbeteiligung, die Unterstützung von Servicestellen der Kinder- und
1778 Jugendbeteiligung, mehr Rechte für Schüler*innen – das wollen wir auch weiterhin erreichen.
1779 In den Kommunen sollen Jugendparlamente in einem Online-Verfahren gewählt werden, die
1780 über ein eigenes Budget für Projekte verfügen und in Stadt- und Gemeinderäten, in den Kreis-
1781 tagen bei Kinder- und Jugendbelangen ein Antrags-, Rede- und Vetorecht haben und personell
1782 angemessen unterstützt werden.

1783
1784 Beim Landtag soll eine Kinderkommission als parlamentarischer Unterausschuss eingerichtet
1785 werden, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen im Parlament vertritt. Im regelmäßi-
1786 gen Austausch mit den Vertreter*innen u.a. des Netzwerkes gegen Kinderarmut, dem Kinder-
1787 und Jugendring und der Landesvereinigung für kulturelle Jugendbildung soll sie dazu beitragen,
1788 auftretende Problemstellungen schneller zu erkennen und entsprechende Lösungen zu entwi-
1789 ckeln. Der/die Kinderbeauftragte des Landes Sachsen-Anhalt soll ständiges beratendes Mit-
1790 glied der Kinderkommission sein.

1791
1792 **Angebote für queere junge Menschen**
1793

1794 Der 7. Kinder- und Jugendbericht Sachsen-Anhalts konstatiert ein zu geringes Angebot für junge
1795 queere, inter* und trans* Menschen. Dabei gab gerade diese Gruppe am häufigsten an, Opfer
1796 von Gewalt geworden zu sein⁴. Das Jugendpolitische Programm des Landes und die örtlichen
1797 und überörtlichen Jugendhilfeplanungen müssen daher im Hinblick auf queere Lebensweisen

Antrag-Nr. 2.27.

Antragsteller*innen: Nadja Lösch, Nicole Anger, Christian Arnd (Stadtverband Magdeburg)

Zeilen 1798ff:

Ersetzen durch:

„Die im Landesjugendhilfeausschuss beschlossenen Leitsätze für Diversität müssen umgesetzt werden. Dazu gehört, dass es in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt, eine zentrale Anlaufstelle gibt, die für pädagogische Fachkräfte Beratungs-, Fort- und Weiterbildungsangebote in den Themen Queer, Inter* und Trans* vorhält, um diese zu sensibilisieren sowie fachlich und pädagogisch zu stärken.“

Begründung:

Klarere Formulierung

Hat sich durch die Übernahme des Antrages 1.22. erledigt.

1798 angepasst werden. Die im Landesjugendhilfeausschuss beschlossenen Leitsätze für Diversität

Antrag-Nr. 1.22.

Antragstellerin: LAG Bildung

In den Zeilen 1799/1800 erhält der Satz „Dazu gehört ...“ die folgende Fassung:

„Dazu gehört, dass es in allen Landkreisen und kreisfreien Städten zentrale Anlaufstellen gibt, die für junge queere, inter* und trans* Menschen Beratungen sowie für Familien und pädagogische Fachkräfte Fortbildungen anbieten.“

Der Landesvorstand übernimmt.

1799 müssen umgesetzt werden. Dazu gehört, dass in einer zentralen Anlaufstelle in Landkreisen
1800 und kreisfreien Städten zukünftig Beratungsangebote geschaffen werden sollen.

1801

1802

1803 **III.3 Studium und Wissenschaft fördern**

1804

1805 **Grundlegende Ziele unserer Wissenschaftspolitik**

1806

1807 Wie sehr unsere Hochschulen und Universitäten gebraucht werden, zeigt sich heute mehr denn
1808 je bei der Bewältigung der Pandemie und deren Folgen für die Menschen, das Gesundheits-
1809 und Sozialsystem und die Wirtschaft. Aber auch der Klimawandel und der Strukturwandel bleiben
1810 aktuelle Themen für Forschung und Entwicklung.

1811

1812 Die Hochschulen und wissenschaftlichen Institute sind entscheidende Motoren für Innovationen
1813 und willkommene Partner, um die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Dabei geht
1814 es aber nicht nur um hochinnovative Ausgründungen, sondern auch um ökonomische, psychologische
1815 und soziologische Begleitforschung. Die wirtschaftliche Verwertbarkeit ist für uns kein
1816 alleiniges Kriterium für eine zukunftsfähige Wissenschaftslandschaft.

1817 Grundlagenforschung ist die tragende Säule, ohne die keine anwendungsorientierte Forschung
1818 möglich ist. Beides muss in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Grundlagenforschung auf

⁴ Siehe 7. Kinder- und Jugendbericht LSA, Teil A, 2.7 Herausforderungen im jugendlichen Alltag, S. 134, Anstrich 2

1819 entscheidenden Gebieten, Risikoforschung ebenso wie die geisteswissenschaftliche und sozi-
1820 alwissenschaftliche Forschung müssen gestärkt werden. Besonderen Wert legen wir darauf,
1821 die Bewertung sozialer und ökologischer Risiken von Technologie und Fortschritt kritisch zu
1822 begleiten. Und wir wollen kein öffentliches Geld mehr für Forschung zu militärischen Zwecken
1823 einsetzen, das werden wir mit einer Zivilklausel im Landeshochschulgesetz sicherstellen.

1824
1825 Bei allem gesellschaftlichen Anspruch an die Hochschulen, bleiben Forschung und Lehre ihre
1826 Hauptaufgaben. DIE LINKE steht zur Freiheit von Forschung und Lehre und deren Einheit, zum
1827 Prinzip Bildung durch Wissenschaft und zur Autonomie der Hochschulen.

1828

1829 **Wie DIE LINKE die Hochschulen fördern will**

1830

1831 Um unsere Hochschullandschaft kontinuierlich zu entwickeln, werden wir die Hochschulbud-
1832 gets jährlich um 3 Prozent erhöhen und Tariferhöhungen in vollem Umfang ausgleichen. Die
1833 zunehmende Abhängigkeit der Hochschulen von befristeten Projektfinanzierungen werden wir
1834 korrigieren. Zusätzliche Bundesmittel werden wir den Hochschulen auch zusätzlich zur Verfü-
1835 gung stellen. Den von den Hochschulen geforderten Corona-Solidarbeitrag werden wir strei-
1836 chen.

1837

1838 Die Hochschulen spielen für die Bekämpfung des Fachkräftemangels eine zentrale Rolle. Ein
1839 Schwerpunkt muss dabei auf die MINT-Fächer Mathematik, Ingenieurwissenschaften, Natur-
1840 wissenschaften und Technik gelegt werden. Für die Akademisierung weiterer Berufe z.B. bei
1841 Hebammen, Pflegeberufen oder Physiotherapeut*innen werden wir den Hochschulen zusätzli-
1842 che Mittel zur Verfügung stellen, damit das Studienplatzangebot erweitert werden kann.

1843

1844 DIE LINKE hält an den beiden Hochschulmedizin-Standorten Halle und Magdeburg fest, ver-
1845 schließt sich jedoch nicht einer stärkeren Verzahnung und fairen Abstimmung darüber, welches
1846 Profil am jeweiligen Standort angeboten wird. Um ein dauerhaftes Defizit der Universitätskli-
1847 nika zu vermeiden, wollen wir einen Systemzuschlag und die Ausfinanzierung der Hochschul-
1848 ambulanz durch die Krankenkassen. Um dem drohenden Ärztemangel entgegenzuwirken,
1849 müssen an den beiden medizinischen Fakultäten jeweils 75 zusätzlich Studienplätze geschaf-
1850 fen werden. Für Zahnärzt*innen und Kieferorthopäd*innen müssen darüber hinaus an der MLU
1851 unverzüglich 20 zusätzliche Studienplätze eingerichtet werden. Mit der Universität, den Kam-
1852 mern und den Krankenkassen muss das Land eine Vereinbarung zum zukünftigen Bedarf, den
1853 erforderlichen Studienplatzkapazitäten und deren Finanzierung abschließen.

1854

1855 DIE LINKE bekennt sich zu allen Hochschulstandorten. Sollten die Studierendenzahlen sinken,
1856 wird die Ausstattung der Hochschulen beibehalten. Freiwerdende Kapazitäten sind dann zur
1857 Qualitätsentwicklung zu nutzen. Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften sollen das
1858 Promotionsrecht erhalten und ihre Kooperationen mit den Universitäten intensivieren. Der Er-
1859 halt der Vielfalt von Fächern, die unsere Hochschulen attraktiv machen, ist dabei ein wichtiges
1860 Ziel. Das gilt auch für die sogenannten kleinen Fächer. Dafür muss über echte Kooperations-
1861 plattformen mehr Kraft in einzelnen Disziplinen entwickelt werden.

1862

1863 DIE LINKE garantiert die Weiterführung des staatlichen Studienkollegs an den Standorten Halle
1864 und Köthen mit einer angemessenen Ausstattung. Den existierenden privaten Kollegs stehen
1865 wir offen gegenüber, fordern aber die Einhaltung von Qualitätsstandards, um Wildwuchs zu
1866 verhindern.

1867

1868 Auch die außeruniversitären Forschungsinstitute werden wir weiter unterstützen ebenso wie
1869 die nationale Akademie Leopoldina und die Global Young Academy, die in Sachsen-Anhalt ihren
1870 Sitz haben.

1871

1872

1873

1874 **Was DIE LINKE für die Studierenden tun will**

1875

1876 DIE LINKE steht ohne Wenn und Aber für ein gebührenfreies Studium. Nach dem Fall der Lang-
1877 zeitstudiengebühren werden wir auch die Gebühren für ein Zweitstudium und für Lehr- und
1878 Lernmittel abschaffen. Niemand darf dafür bezahlen müssen, der bestimmte Fächer z.B. in den
1879 Naturwissenschaften studiert oder dem gesellschaftlichen Ruf nach lebensbegleitendem Ler-
1880 nen folgt. Wer in Sachsen-Anhalt sein Bachelorstudium erfolgreich absolviert, soll eine Garantie

Antrag-Nr. 11.8.

Antragsteller: Stadtvorstand Halle (Saale)

Zeile 1881 nach „(...) absolvieren können.“ einsetzen:

„Deshalb soll die Regelstudienzeit kurzfristig verlängert und mittelfristig durch andere Modelle ersetzt werden.“

Begründung:

Mit der Abschaffung der Langzeitstudiengebühren zum Wintersemester 2020/21 wurde das größte Problem der Regelstudienzeit-Überschreitung beseitigt. Nichtsdestotrotz bleibt es dabei, dass die Regelstudienzeit die Realität nicht abbildet. Bundesweit erreichen nur knapp 40 Prozent der Bachelor-Studierenden ihren Abschluss in Regelstudienzeit, die meisten brauchen noch zwei Semester länger (vor der Corona-Pandemie). Es gibt dabei größere Unterschiede zwischen den Bundesländern und den einzelnen Studienfächern, aber alle Zahlen machen deutlich, dass die Regelstudienzeit eben nicht der Regel entspricht. Deshalb fordern die meisten Studierendenschaften in Sachsen-Anhalt auch ihre Anpassung bzw. Abschaffung. Das hätte nach der Abschaffung der Langzeitstudiengebühren nicht nur einen symbolischen Wert, sondern würde auch für Bafög-Zahlungen und KfW-Kredite relevant sein. Auch wenn man die Meinung vertritt, dass Studierende in sechs oder acht Semestern fertig werden müssen, muss man doch anerkennen, dass die Regelstudienzeit dafür kontraproduktiv ist: Sie setzt Studierende nur unter Druck und sorgt damit häufig dafür, dass sich das Studium weiter verlängert. Es braucht kurzfristig eine Anpassung – und d.h. in dem Fall Verlängerung – an die Realität und mittelfristig muss nach anderen Möglichkeiten gesucht werden, wie ein freies und selbstbestimmtes Studium möglich ist. Das ist eine komplexe Aufgabe, da damit ja auch der Anspruch der Studierenden auf den hypothetischen Abschluss gegenüber der entsprechenden Hochschule begründet wird.

Der Landesvorstand übernimmt.

1881 erhalten, hier auch ein Masterstudium absolvieren zu können.

1882

1883 Die Studentenwerke werden wir finanziell besser ausstatten, damit die Beiträge nicht weiter
1884 steigen. Dem Hochschulpakt muss endlich ein Hochschulsozialpakt folgen, mit dem Wohn-
1885 heimbau und -sanierung und eine bessere Mensaversorgung gewährleistet werden. Das Bafög
1886 muss endlich elternunabhängig, auf einem real grundsichernden Niveau und für die gesamte
1887 Dauer des Studiums gezahlt werden. Wir wollen ein kostengünstiges landesweites Studieren-
1888 denticket für den ÖPNV einführen.

1889
1890
1891
1892
1893
1894
1895
1896
1897
1898
1899
1900
1901
1902
1903
1904
1905
1906
1907
1908
1909
1910
1911
1912
1913
1914

Was DIE LINKE für die Hochschulbeschäftigten tun will

DIE LINKE wird einen Kodex für gute Beschäftigung im Hochschulgesetz verankern und die Forderungen nach guter Arbeit in der Wissenschaft, dauerhafte Arbeitsperspektiven im wissenschaftlichen Mittelbau und fairen Karrierechancen durch Tenure Track erfüllen. Alle Arbeiten, die dauerhaft anfallen, sollen durch unbefristet angestellte Mitarbeiter*innen erledigt werden. Teilzeitjobs oder befristete Arbeitsverträge wollen wir zurückdrängen.

Der Abbau von Barrieren endet für uns nicht bei der Gestaltung von Räumen, Wegen und Gebäuden. Auch unterschiedliche Zugänge zu wissenschaftlicher Arbeit durch Hilfs- und Unterstützungssysteme müssen an den Hochschulen ermöglicht und Barrieren für Studierende oder Beschäftigte mit Beeinträchtigungen und chronischen Erkrankungen abgebaut werden. Dazu gehören unter anderem flexible Studienzeiten, frühzeitige Beratung und Studienplatzzusagen sowie wirksame Nachteilsausgleiche.

Wie wir Frauen an den Hochschulen fördern wollen

Der Frauenanteil an den Berufungen muss erhöht werden. In den Zielvereinbarungen mit den Hochschulen sollen dazu verbindliche Quoten im Sinne eines „Kaskaden-Modells plus“ vereinbart werden. Danach ergeben sich die Ziele für den Frauenanteil einer jeden wissenschaftlichen Karrierestufe durch eine Steigerung des tatsächlichen Anteils der Frauen auf der direkt darunterliegenden Qualifizierungsstufe. Die Berufungsgremien müssen mindestens zu 50 Prozent mit Frauen besetzt werden.

Das Leben mit Kindern oder die Verantwortung für familiäre Aufgaben darf kein Hinderungs-

Antrag-Nr. 11.9.

Antragsteller: Stadtvorstand Halle (Saale)
--

In Zeile 1915 und 1918 soll:

das Wort „Flüchtlinge“ durch das Wort „Geflüchtete“ ersetzt werden.

Der Landesvorstand übernimmt.

grund für ein erfolgreiches Studium sein, nicht für Frauen und nicht für Männer. Flüchtlingen soll der Zugang zu den Hochschulen unabhängig vom Aufenthaltsstatus gewährt werden. Wir unterstützen Initiativen der Hochschulen, statt der formalen Nachweise der Studierfähigkeit Flüchtlingen durch Prüfungen den Hochschulzugang zu ermöglichen.

1919
1920
1921
1922
1923
1924
1925
1926
1927
1928
1929
1930

Was wir für die Hochschuldemokratie tun wollen

Wir treten für eine paritätische Besetzung der Hochschulgremien ein. Gleichstellungsbeauftragte und Schwerbehindertenvertretung sollen mit Sitz und Stimme vertreten sein. Gewählte Gremien wie Studierenden- und Fachschaftsräte sollen zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben mit grundlegender Ausstattung und mehr verbrieften Rechten ausgestattet werden. Dies schließt insbesondere Informationspflichten der Hochschulleitung gegenüber den studentischen Gremien über die Studierendenschaft direkt betreffende Themen mit ein.

1931
1932
1933
1934
1935
1936
1937
1938
1939
1940
1941
1942
1943
1944
1945
1946
1947
1948
1949
1950
1951
1952
1953
1954
1955
1956
1957
1958
1959
1960
1961
1962
1963
1964
1965
1966
1967
1968
1969
1970
1971
1972
1973
1974
1975
1976
1977
1978

Teil IV: Zusammenhalt, den wir meinen

IV.1 Ländliche Räume, Kommunen und Verwaltung

CDU und SPD haben den Staat jahrelang aus der Fläche zurückgezogen und damit selbst die Perspektivlosigkeit herbeigeführt und die Abwanderung befördert, die sie nun so wortreich beklagen. Wer heute über die Stärkung der Kommunen spricht, muss diesen Worten Taten in den ländlichen Räumen folgen lassen. Das Land muss sich seine Versprechen etwas kosten lassen. **Schulstandorte im ländlichen Raum dürfen nicht aus finanziellen Gründen geschlossen werden.** Die Stilllegung von Bahnstrecken ist rechtlich zu untersagen; die Bahn muss mehr im ländlichen Raum investieren. Auch wenn wir auf die Verbesserung des ÖPNV setzen, erkennen wir an, dass das Auto für viele Arbeitnehmer*innen, Familien und Senioren*innen unverzichtbar ist. Dorfgemeinschaftshäuser, Vereine, Freizeit- und Erholungsangebote im ländlichen Raum sind stärker finanziell zu unterstützen. Mit Dorferneuerungsprogrammen können Veränderungsprozesse gesteuert und der Ausbau von Angeboten der Daseinsvorsorge oder die Schaffung bzw. Erhaltung von Gemeinschaftseinrichtungen gefördert werden. Und auch das Internet muss im kleinsten Dorf verfügbar sein. Privat und beruflich sind Funklöcher in der heutigen Zeit absolut inakzeptabel. Der wachsende Leerstand in den Dörfern ist nicht zuletzt für die besorgniserregend, denen diese Häuser ursprünglich auch zur Altersvorsorge dienten. Wir brauchen eine Förderung des ländlichen Raums, damit dieser wieder attraktiv für junge Familien wird. Dazu gehören eine erreichbare Grundversorgung und attraktive lebendige Ortskerne.

Hierzu ist ein Umsteuern der Politik zugunsten des ländlichen Raums erforderlich. Die Wohnungsknappheit in den Ballungsgebieten und die Digitalisierung bieten die Chance für ländliche Räume als neue Wohn- und Arbeitsorte. Dafür brauchen wir Mobilität und Glasfaserausbau. Der ländliche Raum muss attraktive Lebensbedingungen für junge Menschen, Familien und die ältere Generation bieten. Die Digitalisierung darf nicht am Dorf vorbeigehen. Telemedizin und die digitale Vernetzung in allen Bereichen des Lebens, wie zum Beispiel Mitfahr-Apps, sind nur so umsetzbar. Dafür müssen regionalpolitisch die finanziellen Weichen gestellt werden. Strukturschwache Regionen müssen durch entsprechende Förderprogramme bedacht werden.

Mittelzentren in Sachsen-Anhalt

Das Rückgrat der öffentlichen Daseinsvorsorge sollen nach unseren Vorstellungen 24 Mittelzentren in Sachsen-Anhalt sein. Diese müssen in jedem Landstrich wichtige soziale, kulturelle und infrastrukturelle Angebote vorhalten und vom Umland mit öffentlichen Verkehrsmitteln problemlos mindestens zweimal am Tag erreichbar sein. Sie sollen gerade in den Teilen des Landes Sachsen-Anhalt, die besonders stark von Bevölkerungsverlust betroffen sind, als verlässliche Zentren landesplanerisch gefördert werden. Keine Region darf von der gesellschaftlichen Entwicklung abgeschnitten sein. Deshalb ist es wichtig, die Planungsregionen des Landes (Altmark, Harz, Anhalt, Magdeburg und Halle) zu stärken und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre eigenen Entwicklungspotentiale zu entfalten. Die Einheits- oder Verbandsgemeinden müssen mit größeren Handlungsspielräumen ausgestattet werden. Sie sollen darüber entscheiden, welche, wo und wie viel Infrastruktur vorgehalten wird. Wir wollen die Regionalbudgets weiter stärken. Diese müssen der regionalen Entwicklung dienen.

1979 **Kommunale Unternehmen**

1980

1981 Für DIE LINKE gilt: Wenn es um eine gesicherte Grundversorgung geht, muss die öffentliche
1982 Hand verantwortlich sein, damit nicht der Profit für Einzelne im Mittelpunkt steht. DIE LINKE
1983 möchte die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen auf die Bereiche des Gesundheits- und
1984 Pflegewesens sowie die Beteiligung im Bereich erneuerbarer Energien ausweiten. Die wirt-
1985 schaftliche Betätigung einer Kommune im Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens dient
1986 immer dem öffentlichen Zweck und sollte daher in unseren Augen nicht ausschließlich auf das
1987 Gebiet der Kommune begrenzt werden, soweit nicht mit benachbarten Kommunen konkurriert
1988 wird. Besonders die wirtschaftliche Betätigung einer Kommune im Bereich erneuerbarer Ener-
1989 gien soll den Kommunen die Möglichkeit geben, ihre Strom- und Energieversorgung klima-
1990 freundlich umzustellen.

1991

1992 **Bürgernahe Verwaltung garantieren**

1993

1994 Bürgeranliegen gehören in die Rathäuser. Dazu müssen ortsnahe Verwaltungen auch bürgernah
1995 aufgestellt sein. Sie sind als Eingangsportal zum Dialog mit den Einwohner*innen zu entwi-
1996 ckeln. Die Kommunen brauchen insgesamt mehr Personal in den Umweltämtern, bei den Kfz-
1997 Zulassungen, bei den Gesundheits- und Jugendämtern. Die LINKE tritt für entsprechende Auf-
1998 stockungen der Zuweisungen an die Kommunen ein. Wir wollen außerdem, dass die Aufgaben-
1999 verteilung zwischen dem Landesverwaltungsamt und den Kommunen mit dem Ziel der Erwei-
2000 terung der Gestaltungsspielräume für die Kommunale Selbstverwaltung evaluiert wird. Nach
2001 dem Online-Zugangs-Gesetz (OZG) müssen alle Verwaltungsleistungen bis spätestens
2002 31.12.2022 seitens des Bundes und der Länder auch digital angeboten werden. Dieses Vorha-
2003 ben wurde von Beginn an vernachlässigt und muss nun zügig und flächendeckend umgesetzt
2004 werden.

2005

2006

Antrag-Nr. 9.1.
Antragsteller*innen: Stadtvorstand Halle, Stadtvorstand Magdeburg, René Hempel, Dirk Gernhardt, Robert Fietzke, Florian Fandrich
Zeile 2007 das Wort „Verkehr“ ersetzen durch: „Mobilität“
Begründung: Für uns ist es eine redaktionelle Änderung. Der Begriff „Verkehr“ geht nicht weit genug, um wirklich alle am Verkehr Teilnehmenden einzubeziehen. Vor allem an Fußgänger:innen wird dabei nicht gedacht. Der Begriff Mobilität umfasst vor allem die Beweglichkeit und die Fortbewegung, egal wie.
<i>Der Landesvorstand übernimmt.</i>

2007

2008

IV.2 Verkehr: Angebote für Stadt und Land

Antrag-Nr. 9.2.
Antragsteller*innen: Stadtvorstand Halle, Stadtvorstand Magdeburg, René Hempel, Dirk Gernhardt, Robert Fietzke, Florian Fandrich
Zeile 2009 bis 2012 ersetzen durch:

„Mobilität ist für uns die Grundvoraussetzung für soziale und kulturelle Teilhabe und entscheidender Baustein im Kampf gegen den Klimawandel. Rückgrat einer neuen Mobilitätskultur ins Sachsen-Anhalt ist deshalb für uns der vernetzte Umweltverbund – zu Fuß, per Rad, mit Carsharing, mit Bus und Bahn.

Daher wollen wir dem Öffentlichen Personennahverkehr als Teil der Daseinsvorsorge die besondere Aufmerksamkeit geben, die er nach der stiefmütterlichen Behandlung der letzten Jahrzehnte benötigt. Wir plädieren für eine Verkehrsverlagerung auf Schienenwege und Wasserstraßen und setzen uns für barrierefreie und kostengünstige Mobilitätsangebote für alle ein.“

Begründung:

Hier fehlt ein Einstieg in das Kapitel, warum Verkehr/Mobilität so wichtig (Daseinsvorsorge ist sogar gesetzlich geregelt) ist. Der Ursprungstext

Der Landesvorstand übernimmt.

2009 Wir plädieren für eine Verkehrsverlagerung auf Schienenwege und Wasserstraßen sowie für
2010 barrierefreie und kostengünstige Mobilitätsangebote für alle. Wir setzen uns für eine kostendeckende
2011 Mittelbereitstellung durch den Bund ein. Jede Gemeinde muss bedarfsgerecht an den
2012 öffentlichen Personennahverkehr angeschlossen sein.

2013
2014 DIE LINKE will dem Ausbau dieser Infrastruktur sowohl beim Mitteleinsatz als auch bei der planerischen
2015 Gestaltung und bei der personellen Ausstattung innerhalb der Landesverwaltung höhere
2016 Priorität einräumen. Mit hohen Qualitätsstandards wollen wir den ÖPNV gegenüber dem

Antrag-Nr. 9.3.

Antragsteller*innen: Stadtvorstand Halle, Stadtvorstand Magdeburg, René Hempel, Dirk Gernhardt, Robert Fietzke, Florian Fandrich

Zeile 2017 vor „Individualverkehr“ einsetzen:

„motorisierten“

Begründung:

Der Begriff „motorisierte Individualverkehr (MIV) wird dem Umweltverbund gegenübergestellt, wie hier im Text geschehen, deshalb wäre es fachlich falsch „motorisiert“ wegzulassen. (Beispiel: Fahrradfahren ist auch Individualverkehr, den finden wir aber gut; gemeint ist Automobilverkehr).

Der Landesvorstand übernimmt.

2017 Individualverkehr aufwerten. Daher soll guter Nahverkehr nicht nur als Pflicht zur Daseinsvorsorge
2018 laut ÖPNV-Gesetz, sondern auch als kommunale Pflichtaufgabe festgeschrieben und fi-

Antrag-Nr. 9.4.

Antragsteller*innen: Stadtvorstand Halle, Stadtvorstand Magdeburg, René Hempel, Dirk Gernhardt, Robert Fietzke, Florian Fandrich

Zeilen 2019 bis 2020 nach „werden.“ Ersetzen durch:

„Das Landesprogramm zur Barrierefreiheit muss deshalb verlängert und finanziell erweitert werden um die Anforderungen des ÖPNV-Gesetz zeitnah erfüllen zu können. Dafür müssen die ÖPNV-Mittel des Landes schrittweise erhöht werden. Jede Gemeinde muss an den öffentlichen Personennahverkehr angeschlossen sein. Wobei Erreichbarkeit, Verknüpfungen von Bus und Bahn mit den Menschen vor Ort entschieden werden sollen.“

Begründung:

Hier gibt es eine gesetzliche europaweite Pflicht, bis 2023 alle Haltestellen barrierefrei zu gestalten, das muss auch unser Ziel sein. Der Rest ist eine Umformulierung des Ursprungstextes, damit es passt.

Der Landesvorstand übernimmt.

2019
2020
2021

nanziert werden. Erreichbarkeit, Verknüpfungen von Bus und Bahn sollen mit den Menschen vor Ort entschieden werden.

Antrag-Nr. 9.5.

Antragsteller*innen: Stadtvorstand Halle, Stadtvorstand Magdeburg, René Hempel, Dirk Gernhardt, Robert Fietzke, Florian Fandrich

Zeile 2022:

Neue Zwischenüberschrift:

„Attraktiver ÖPNV zum Nulltarif“

Begründung:

Wir wollen nicht nur kostengünstige Tickets, im Ursprungstext kommt sogar „kostenfrei“ vor, das sollte auch die Überschrift als Ziel widerspiegeln. Die Formulierung wird von vielen anderen Landesverbänden so genutzt und impliziert zumindest, dass Kosten anfallen, aber nicht für die Nutzer:innen.

Der Landesvorstand übernimmt.

2022
2023

Attraktiver ÖPNV durch kostengünstige Tickets

Antrag-Nr. 9.6.

Antragsteller*innen: Stadtvorstand Halle, Stadtvorstand Magdeburg, René Hempel, Dirk Gernhardt, Robert Fietzke, Florian Fandrich

Zeilen 2024 bis 2030 ersetzen durch:

„Die Kosten für den Einzelnen sind ein entscheidender Faktor für die Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs. Wir wollen ihn deshalb mittelfristig landesweit zum Nulltarif anbieten. Dafür muss er im Rahmen der Verkehrs- und Energiewende seitens des Bundes finanziell besser unterstützt werden und wir werden alternative Finanzierungskonzepte durch Anpassungen in der Landesgesetzgebung ermöglichen (Stichwort Jobabgabe).

In einem ersten Schritt werden wir kostengünstige und ganzjährig geltende Schüler-, Azubi, Studierenden- und Sozialtickets durchsetzen und Eigenbeteiligungen streichen, da sie gerade Familien mit geringen Einkommen benachteiligen. Tarifverbünde auch über die Landesgrenze hinaus sinnvoll weiterentwickeln, gegebenenfalls zu einem landesweiten Tarifverbund.“

Begründung:

Eine Neugruppierung des Ursprungstextes mit Begründung, warum das ein sinnvolles Ziel ist. Kostenfrei wurde durch Nulltarif ersetzt, weil es ehrlicher ist. Wer kostenfrei sagt, muss das allgemeine Steueraufkommen meinen (wie bei Schulen u.ä.). Das ist ein tolles Ziel aber kaum finanzierbar. Deshalb „Nulltarif“ mit verschiedenen Finanzierungsmodellen, die landesrechtlich überhaupt erstmal ermöglicht werden müssen (Jobabgabe, Haushaltsabgabe, o.ä.). Tarifverbünde über Landesgrenzen hinaus z.B. wegen mdv, oder wollen wir da Sachsen-Anhalt rauslösen und die Verbindung nach Sachsen/Thüringen verschlechtern?

Der Landesvorstand übernimmt.

2024 Wir werden kostengünstige und ganzjährig geltende Schüler-, Azubi-, Studierenden- und Sozi-
2025 altickets sowie einen landesweiten Tarifverbund durchsetzen. Die derzeit geltende Eigenbetei-
2026 ligung von Schüler*innen für den Schülerverkehr in Klasse 11, 12 und 13 ist eine Benachteilig-
2027 ung nicht nur für Familien mit geringem Einkommen. Das wollen wir abschaffen. Der Preis ist

Antrag-Nr. 2.28.

Antragsteller*innen: Rosemarie Hein, John Lucas Dittrich, Stephan Krull, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger (Stadtverband Magdeburg)

Zeilen 2028 bis 2030:

Bitte den Satz wie folgt ergänzen:

„Der Nahverkehr muss daher kostenfrei landesweit nutzbar sein, besonders für *Kinder und Jugendliche, Schüler*innen, Auszubildende, Studierende und Freiwilligendienstleistende.*“

Begründung:

Es gibt keinen Grund, die Kostenfreiheit nur für Auszubildende und Bundesfreiwilligendienstleistende in Aussicht zu stellen. In der Stadt Magdeburg gilt die Kostenfreiheit laut Beschluss vom kommenden Schuljahr an für alle Schülerinnen und Schüler. Es gibt auch keinen Grund zwischen Bundesfreiwilligendienstleistenden und andern Freiwilligendienstleistenden zu unterscheiden.

Hat sich mit der Übernahme des Antrages 9.6. erledigt.

2028 ein entscheidender Faktor für die Nutzung des ÖPNV durch junge Menschen. Der Nahverkehr
2029 muss daher mittelfristig kostenfrei landesweit nutzbar sein, besonders für Auszubildende und
2030 Bundesfreiwilligendienstleistende.

2031
2032 **Wir setzen auf Bahnen und Busse**

2033

Antrag-Nr. 9.7.

Antragsteller*innen: Stadtvorstand Halle, Stadtvorstand Magdeburg, René Hempel, Dirk Gernhardt, Robert Fietzke, Florian Fandrich

Zeilen 2034 bis 2037 ersetzen:

„Wir setzen auf Bahnen und Busse und wollen die Verkehrsunternehmen der Landkreise und Städte stärken, indem wir sie weiterhin bei der Bus- und Straßenbahnschaffung finanziell unterstützen. Um Güterverkehr von LKWs auf alternative Transportmöglichkeiten und die Schiene zu verlagern, bedarf es einer großen Kraftanstrengung und innovativer Projekte. Die Bahninfrastruktur und das Schienennetz werden wir aktiv sichern. DIE LINKE setzt sich dafür ein, eine Trassensicherung stillgelegter Strecken landesplanerisch festzuschreiben, um sie später reaktivieren zu können. Stillgelegte Haltepunkte wollen wir reaktivieren.“

Begründung:

Umformulierung des Ursprungstextes für eine bessere Einleitung und klarere Formulierung: wollen statt sollen. Güterverkehr nicht nur auf die Schiene, sondern auch auf andere Transportvarianten, siehe nächsten Änderungsvorschlag.

Der Landesvorstand übernimmt.

2034 Um Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern, bedarf es eines intakten Schie-
2035 nennetzes und einer aktiven Sicherung der Bahninfrastruktur. DIE LINKE setzt sich dafür ein,

2036 eine Trassensicherung stillgelegter Strecken landesplanerisch festzuschreiben, um sie später
 2037 reaktivieren zu können. Stillgelegte Haltepunkte sollen reaktiviert werden. Das geht einher mit
 2038 der Unterstützung der neuen S-Bahn-Verbindung von Merseburg nach Leipzig und führt gleich-
 2039 zeitig zur Notwendigkeit der Nachverhandlung zur Verteilung der Regionalisierungsmittel des
 2040 Bundes für eine auskömmliche Finanzierung der vom Land bestellten Beförderungsleistungen.
 2041 Im überregionalen Nahverkehr setzen wir auf eine Stärkung landesbedeutsamer Buslinien, die
 2042 entsprechend mit dem Schienenpersonennahverkehr enger zu vertakten sind. Hier sind nicht
 2043 nur die Pendler*innenströme in die Zentren zu beachten. Zwischen den kleinen Orten im länd-
 2044 lich geprägten Raum müssen unabhängig von der Schüler*innenbeförderung, mehr Busse fah-
 2045 ren.
 2046

Antrag-Nr. 9.8.

Antragsteller*innen: Stadtvorstand Halle, Stadtvorstand Magdeburg, René Hempel, Dirk Gernhardt, Robert Fietzke, Florian Fandrich

Nach Zeile 2046 einfügen:

„Auch beim Transport von Gütern wollen wir neue Wege gehen. Für die „letzte Meile“ beim Lastverkehr sollen anbieterneutrale Logistik-Hubs zur stadtverträglichen Feinverteilung, zum Beispiel mit Lastenrädern geschaffen werden. Das muss ein verbindliches Ziel kommunaler Mobilitätsplanung und förderfähig sein. Auch den Nahverkehr im ländlichen Raum wollen wir für den Güterverkehr nutzen. Das hilft Leerfahrten zu verhindern und sorgt dafür, dass viele Ortschaften auch mit regulären Fahrten angesteuert werden können. Das Pilotprojekt „Bus-schnellgut“ in Salzwedel/Arendsee ist für uns dabei ein wichtiger Ansatz ÖPNV im ländlichen Raum zu stärken. Ein Bus bringt dort in Kooperation mit Bäckereien die Waren zu den Haltestellen, an denen die Menschen ihre bestellten Alltagswaren abholen können. Auch Erfahrungen aus der Vergangenheit, wie die Nutzung von Straßenbahnen für den Gütertransport in den Nachtstunden wollen wir prüfen.“

Begründung:

Wir sollten uns nicht nur auf die Schiene als Transportalternative fixieren, sondern auch andere Varianten diskutieren, die gleichzeitig den ÖPNV im ländlichen Raum stärken. Pilotprojekte aber auch historische Erfahrungen zeigen, wie es gehen kann. Gleichzeitig können hier Städte und Kreis von Güterverkehr entlastet werden.

Der Landesvorstand übernimmt.

Antrag-Nr. 9.9.

Antragsteller*innen: Stadtvorstand Halle, Stadtvorstand Magdeburg, René Hempel, Dirk Gernhardt, Robert Fietzke, Florian Fandrich

Zeilen 2047 bis 2048 bis „... nur da geben,“ ersetzen durch:

„DIE LINKE will mit Straßeninvestitionen vorrangig die Infrastruktur erhalten und den Rad- und Fußverkehr stärken. Neubau soll es nur da geben, wo es entsprechende Verbesserungen gibt.“

Begründung:

„Werterhaltung fördern“ klingt sehr technokratisch, gleichzeitig ist hier bei Neubau, bzw. Sanierung eine Leerstelle für den Umweltverbund, die durch den ÄA korrigiert wird.

Der Landesvorstand übernimmt.

2047 DIE LINKE will mit Straßeninvestitionen vorrangig die Werterhaltung fördern. Neubau soll es
2048 nur da geben, wo Umfahrungen aus Gründen der Verkehrssicherheit oder zur Verbesserung der
2049 Lebensbedingungen in den Orten dringend erforderlich sind oder eine Verkehrsanbindung im
2050 ländlichen Raum verbessert werden muss. Rufbusse und Anrufbusse, die wie ein Taxi fungieren,

Antrag-Nr. 9.10.

Antragsteller*innen: Stadtvorstand Halle, Stadtvorstand Magdeburg, René Hempel, Dirk Gernhardt, Robert Fietzke, Florian Fandrich

Zeile 2051 ersetzen ab „...werden“ durch:

„als ein weiterer Baustein einer Mobilität ohne eigenes Auto.“

Begründung:

Rufbusse sind natürlich nicht das non plus Ultra einer Mobilität ohne eigenes Auto, aber ein sinnvoller Baustein unter vielen.

Der Landesvorstand übernimmt.

2051 müssen gesetzlich ermöglicht werden für eine alternative Mobilität ohne eigenes Auto.

2052
2053 DIE LINKE bekennt sich zu den landesbedeutsamen **Fahren** und will die Kommunen bei Betrieb
2054 und Unterhalt unterstützen. Hierzu ist eine Änderung des Landesstraßengesetzes samt Mittel-
2055 bereitstellung im Landeshaushalt unumgänglich.

Ausbau von Rad- und Fußwegen

Antrag-Nr. 9.11.

Antragsteller*innen: Stadtvorstand Halle, Stadtvorstand Magdeburg, René Hempel, Dirk Gernhardt, Robert Fietzke, Florian Fandrich

Zeilen 2059 bis 2061 ersetzen:

„Wir streben eine ökologische Verkehrswende an, die beinhaltet neben der Stärkung des ÖPNV auch die des Rad- und Fußverkehrs. Radwegebau zwischen den Gemeinden und die überregionalen Verbindungen sollen deshalb Landesaufgabe werden. Die Bewilligung von Fördermittel für den Straßenbau wollen wir an die Bedingung knüpfen, Rad- und Fußwege auszubauen.“

Begründung:

Präzisiert den Ursprungstext und verknüpft das Thema mit dem ÖPNV. Auch hier wieder „sollen“ durch „wollen“ ersetzt.

Der Landesvorstand übernimmt.

2059 Wir sollten künftig bewilligte Fördermittel für den Straßenbau an die Bedingung knüpfen, Rad-
2060 und Fußwege auszubauen. Radwegebau zwischen den Gemeinden und die überregionalen Ver-

Antrag-Nr. 9.12.

Antragsteller*innen: Stadtvorstand Halle, Stadtvorstand Magdeburg, René Hempel, Dirk Gernhardt, Robert Fietzke, Florian Fandrich

Zeile 2061 ersetzen von „Das...“ bis „...Radwegeplan“:

„Im Frühjahr 2021 hat das Land einen Radwegeplan vorgelegt“

Begründung:

In unseren Augen eine redaktionelle Änderung, der Radwegeplan ist inzwischen da und soll nicht mehr nur entwickelt werden.

Der Landesvorstand übernimmt.

2061 bindungen werden Landesaufgabe. Das Land entwickelt bis 2021 einen Radwegeplan, der

Antrag-Nr. 9.13.

Antragsteller*innen: Stadtvorstand Halle, Stadtvorstand Magdeburg, René Hempel, Dirk Gernhardt, Robert Fietzke, Florian Fandrich

Zeilen 2062 bis 2063 ab „... verbindet.“ bis „... werden.“ ersetzen:

„Er ist Grundlage für Planung und Bau der Radwege und soll bis spätestens 2030 umgesetzt werden. Dies wollen wir durch eine Erhöhung der Landesfördermittel und zusätzlichen Planungsstellen beschleunigen. Radschnellwege und Fahrradstraßen wollen wir dadurch systematisch ausbauen.“

Begründung:

Im Ursprungstext wiederholt sich „Radwege(plan)“ sehr oft, das ist ein redaktioneller Vorschlag, aber wir sollten auch den Anspruch haben das schneller zu machen als die aktuelle Landesregierung. Ansonsten Präzisierung was da gebaut werden soll: Radschnellwege und Fahrradstraßen.

Der Landesvorstand übernimmt.

2062 schnelles und sicheres Radfahren in und zwischen den Gemeinden ermöglicht und das Umland
2063 mit den Städten verbindet. Der Radwegeplan ist Grundlage für Planung und Bau der Radwege.
2064 Der Radwegeplan soll bis 2030 umgesetzt werden. Das Förderprogramm für Lastenräder wird
2065 ausgebaut und Stellplatzsatzungen werden zukünftig sichere Fahrradabstellplätze berücksich-
2066 tigen. Carsharing soll erleichtert und gefördert werden, wobei das stationsgebundene Carsha-
2067 ring bevorzugt wird.

2068

2069 **Keine neuen Autobahnen**

2070

2071 Sachsen-Anhalt ist durch seine zentrale Lage Transitland. Der damit verbundene Ausbau immer
2072 neuer Verkehrsadern führt zu erheblichen Einschnitten in das Landschaftsbild und zu Eingriffen
2073 in die natürliche Umwelt. DIE LINKE respektiert getroffene Entscheidungen zum Ausbau zent-
2074 raler Verkehrswege, setzt aber in der Verkehrspolitik andere Prioritäten. Wir setzen uns dafür
2075 ein, Transparenz und Bürger*innenbeteiligung bei allen Bauprojekten von Landes-, Bundes- und
2076 Kommunalstraßen deutlich zu verbessern. Dazu ist es auch erforderlich, den Landesstraßen-
2077 baubetrieb nach der Ausgliederung der Bundesauftragsverwaltung in die Infrastruktugesell-
2078 schaft des Bundes finanziell und personell zu stärken. Bisher fehlen die Planungskapazitäten
2079 für den nötigen Ausbau und die Sanierung der Rad- und Fußwege. DIE LINKE wird bei der pla-
2080 nerischen Gestaltung der Verkehrswege den gewachsenen Mobilitätsbedürfnissen Rechnung
2081 tragen.

2082

2083 **Flughafenpolitik**

2084

Antrag-Nr. 12.

Antragsteller:innen: Stadtvorstand Halle (Saale), Kreisvorstand Saalekreis, Kerstin Eisenreich, Hendrik Lange, Dr. Jutta Walther, Michael Finger, Halina Czikowsky

Zeilen 2085 bis 2087 ab „Der Flughafen...“ bis „... Anwohner ein.“ Ersetzen durch:

„Das Nacht-Logistikdrehkreuz am Flughafen Leipzig/Halle erfüllt wegen extrem belastender Arbeitsbedingungen und gesundheitsschädigendem Nachtfluglärm nicht unsere Anforderungen an gute Arbeit und an ökologische und volkswirtschaftliche Nachhaltigkeit. Deshalb fordert DIE LINKE. Sachsen-Anhalt ein Nachtflugverbot und spricht sich gegen weitere Pläne zum Ausbau des Flughafens aus. Zudem setzen wir uns für bessere Arbeitsbedingungen am Flughafen und für mehr Lärmschutzmaßnahmen zugunsten der betroffenen Anwohner:innen ein.“

Begründung:

Die politischen Forderungen linker Politik basieren auf dem Grundsatz „Menschen vor Profite“. Dies betrifft einerseits die gesundheitliche Beeinträchtigung der Anwohner:innen durch den Fluglärm, und insbesondere den Nachtfluglärm, und der Arbeitnehmer:innen, die sich unter den gegenwärtigen Umständen in Dauernachtarbeit befinden. Mit den gegenwärtigen Ausbauvorhaben würde sich dieser Zustand massiv verschlechtern. Dabei haben Studien inzwischen nachweislich den Zusammenhang zwischen Nachtfluglärm und Gesundheitsschäden festgestellt, u.a. die Studie der Stiftung Mainzer Herz aus dem Jahr 2018 (Quelle: <http://www.herzstiftung-mainzer-herz.de/herzstiftung/projekte/fluglaerm-forschung/durchbruch-in-der-fluglaermforschung.html>), die die biochemischen Zusammenhänge eindeutig nachweisen konnte.

Andererseits sind die durch den Flugverkehr verursachten Umweltschäden und Klimaschäden sowie die daraus erwachsenden Umweltfolgekosten enorm und werden nicht von den Verursachern sondern von der Allgemeinheit getragen. Die Interessen zehntausender Menschen sowie die Nachhaltigkeitsziele, der Gesundheits- und Umweltschutz dürfen nicht den wirtschaftlichen Interessen Einzelner geopfert werden.

2085 Der Flughafen Leipzig/Halle sollte besser auf den Transitverkehr nach Osteuropa eingestellt
2086 werden. Zudem setzen wir uns für bessere Arbeitsbedingungen beim Postdienstleister DHL und
2087 für mehr Lärmschutzmaßnahmen zugunsten der betroffenen Anwohner ein. Eine militärische
2088 Nutzung des Flughafens lehnen wir nachdrücklich ab. Für die Entwicklung regionaler Verkehrs-
2089 flughäfen mit Landesmitteln sehen wir keine Notwendigkeit.

2090

2091

2092 **IV.3 Stadtentwicklung und Wohnen: Bezahlbar, familienfreundlich und altersgerecht**

2093

2094 Beim Stadtumbau haben wir schon viel erreicht, aber wir dürfen da nicht stehen bleiben. Die
2095 erreichten Erfolge im Stadtumbau sind zu sichern. Dort, wo es noch Investitionsbedarf gibt,
2096 muss der Weg fortgesetzt werden. Die Erhaltung der erreichten Standards im Wohnungsbau,
2097 die technischen Ausstattungen und die zugehörigen Ver- und Entsorgungsleistungen sind dau-
2098 erhaft für alle bezahlbar zu garantieren.

2099

2100 Eine hohe Wohnqualität darf für Mieter*innen oder Genossenschaftler*innen nicht zu sozialen
2101 Härten führen. Spekulanten dürfen hier nicht weiter die Preise treiben. Das gilt auch für Grund-
2102 stückseigner*innen, bei denen Grundsteuern, Beiträge, Energie, Wasser und Entsorgungsleis-
2103 tungen nicht zur Armutsfalle werden dürfen.

2104

2105 Wir wollen vor allem innovative und alternative Wohnkonzepte fördern. Dazu zählen zum Bei-
2106 spiel Mehrgenerationen-Wohnprojekte und gemeinnützige Wohngemeinschaften oder Formen
2107 betreuten Wohnens, in denen die Generationen voneinander lernen und sich gegenseitig helfen
2108 können. Auch notwendige Umzugsassistenz könnte solche Wohnformen unterstützen und eine

2109 Belegung des ländlichen Raumes fördern. Plattenbauten aus DDR-Zeiten sollen durch Aufwer-
2110 tung und Geschossrückbau attraktiver werden.

2111

2112 DIE LINKE will eine Wohnungsbauförderung, die vorrangig auf energetische Sanierung, bedarfs-
2113 gerechte Ertüchtigung, Barrierefreiheit sowie auf Ausbau statt Neubau setzt. Lediglich in den
2114 großen Städten sehen wir einen Bedarf für moderaten Neubau und Verdichtung. Eine Zersiede-
2115 lung durch Neubauten am Stadtrand und auf der grünen Wiese lehnen wir ab. Wir fordern und
2116 unterstützen das Bauen mit alternativen Baustoffen wie Holz, Stroh oder Lehm.

2117

2118 **Gegen steigende Mieten, für sozialen Wohnungsbau**

2119

2120 In Städten wie Halle und Magdeburg gibt es eine Verdrängung einkommensschwacher Haus-
2121 halte aus guten Wohnlagen in weniger attraktive Wohngebiete. Die schmale Rente älterer Men-
2122 schen kann immer weniger mit steigenden Mieten mithalten. Es werden mehr altersgerechte
2123 Wohnungen gebraucht. Wenn das bestehende Mietrecht nicht ausreicht, um steigende Mieten
2124 zu dämpfen, sind regionale Mietendeckel zu erproben. Wir wollen gutes und energiesparendes
2125 Wohnen auch für Menschen mit geringen finanziellen Ressourcen gewährleisten, modern und
2126 inmitten des gemeindlichen Lebens.

2127

2128 DIE LINKE fordert daher die unbefristete Fortsetzung von Städtebau- und sozialer Wohnraum-
2129 förderung im bisherigen Umfang. Damit Kommunen hier angemessen mitwirken können, ist
2130 deren Finanzausstattung dauerhaft zu sichern. In Verantwortung der CDU bleibt der soziale
2131 Wohnungsbau in Sachsen-Anhalt weiterhin auf der Strecke, obwohl der Bund dafür 30 Millionen
2132 Euro zur Verfügung gestellt hat. Die zur Verfügung stehenden Mittel verfallen, weil die Landes-
2133 regierung die Fertigstellung der zwingend erforderlichen Richtlinie bisher nicht zustande ge-
2134 bracht hat. Die Haseloff-Regierung erkennt das Problem von fehlendem bezahlbarem Wohn-
2135 raum im Land, besonders in den Zentren. Die bisherige Wohnungsbauförderung ist nicht geeig-
2136 net, bezahlbares Wohnen auch in attraktiven Lagen für Geringverdienende abzusichern. Zu-
2137 gleich soll neben der Schaffung bedarfsgerechter, energieeffizienter und bezahlbarer Wohnun-
2138 gen auch eine vom Land (zwischen)finanzierte Anschlusslösung für Altschulden geleistet wer-
2139 den. Die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Fortführung des Stadtumbaus gilt es zu
2140 verbessern. Die neuen Förderziele sollen klimaneutrale und barrierefreie Quartiere fördern, das
2141 Quartiersmanagement ist auszubauen.

2142

2143 **Förderung der kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungswirtschaft**

2144

2145 Die kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen müssen dabei die Mög-
2146 lichkeit haben, ihre finanzielle Situation verlässlich und stabil zu gestalten. Dazu ist u.a. der
2147 bisherige zielgenaue und bedarfsgerechte Einsatz von rückzahlbaren Fördermitteln für die
2148 Schaffung von altersgerechtem, barrierefreiem und energieeffizientem Wohnraum zu überprü-
2149 fen.

2150

2151 Die Rückläufe aus dem Landesanteil früherer Förderungen sollen weiterhin zweckgebunden
2152 dem Wohnraumförderfonds und der Förderung für Umbaumaßnahmen, Schuldenentlastung,
2153 Wiederertüchtigung von Leerstand zufließen. Die Finanzhilfen des Bundes für die bestehenden
2154 Wohnungsbauförderprogramme sind langfristig zu vereinbaren, um Planungssicherheit zu ge-
2155 währleisten. Der Stadtumbau mit öffentlicher Beteiligung zur Quartiersentwicklung ist gemein-
2156 sam mit starken kommunalen und genossenschaftlichen sowie privaten Wohnungseigentü-
2157 mer*innen und öffentlichen Verwaltungen uneingeschränkt fortzuführen. Damit können teurer

2158 Wohnungsleerstand und Schrottimmobilien verringert oder bedarfsgerecht ertüchtigt werden
2159 und sozial verträgliche Miet- und Wohnkosten erhalten bleiben.

2160

2161

2162

2163 **Wie wir den Erhalt von Kleingärten fördern wollen**

2164

2165 Kleingärten sind unverzichtbar für das soziale Miteinander und für die kostengünstige Erholung.
2166 In der Corona-Pandemie haben sich die Kleingärten als perfekter Rückzugs- und Ausgleichsort
2167 bewährt. Und gerade in den Zeiten des Klimawandels verdienen die Kleingärtner*innen mehr
2168 Wertschätzung für ihre vielfältigen Beiträge zur Reduzierung von CO₂. Kleingärten binden
2169 Schadstoffe, sorgen für Verschattung, Abkühlung und dienen als Wasserspeicher sowie Rück-
2170 zugsort für zahlreiche Arten. Leerstand und Umnutzungen zu Baugebieten bedrohen jedoch den
2171 Bestand. Im Jahre 2018 waren von den 110.000 Kleigärten in Sachsen-Anhalt über 20.000
2172 ungenutzt. Wir wollen den Bestand der Kleingartenanlagen erhalten. Besonders wichtig ist es,
2173 dass Land und Kommunen, den Generationswechsel in den Kleingarten fördern.

2174

2175

2176 **IV.4 Kultur: Kreativ und solidarisch**

2177

2178 Kunst und Kultur sind fundamental für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Ohne sie gibt
2179 es keine Empathie und Toleranz. Politik für die Künste ist Politik für Mitmenschlichkeit und
2180 kritisches Denken. Linke Kulturpolitik will Wegbereiterin einer emanzipierten Kunst- und Kul-
2181 turszene sein. Sachsen-Anhalt braucht die Künstler*innen und Kreativen, die Theater, Museen,
2182 die Galerien, die Bibliotheken, die Soziokulturellen Zentren, Ausstellungen, die Clubs und Pro-
2183 jekte als Vermittler zwischen den Generationen, zwischen Vergangenen und Gegenwärtigem,
2184 als Korrektiv und als Unterhaltungsfaktor. Denn Kunst und Kultur vermag all diese Eigenschaf-
2185 ten zu vereinen, wie kein anderes Politikfeld.

2186

2187 **Der Bedrohung der Corona-Folgen für Kunst und Kultur begegnen**

2188

2189 Die aktuelle Krise zeigt die Anfälligkeit des Kulturfördersystems in drastischer Weise, potenziert
2190 die bereits vorhandenen Probleme und reißt neue Lücken. Die Unterstützung für die Kreativen
2191 und die Kunst- Kulturschaffenden werden wir verbessern. Die Soforthilfeprogramme müssen
2192 deutlich aufgestockt und von unsinnigen bürokratischen Hürden befreit werden. Nur so können
2193 die Betroffenen auch tatsächlich erreicht und auskömmlich unterstützt und der ansonsten dro-
2194 hende Verlust künstlerischer und kultureller Vielfalt in Sachsen-Anhalt verhindert werden. Dazu
2195 zählt auch, die Kommunen in der Krise finanziell so zu stärken, dass die kommunale Kulturför-
2196 derung nicht der Konsolidierung der Haushalte geopfert wird.

2197

2198 **Warum sich die staatliche Kulturförderung ändern muss**

2199

2200 Die Praxis der staatlichen Kulturförderung in Sachsen-Anhalt fällt durch Bevormundung, Inkom-
2201 petenz und Desinteresse an künstlerischen Produktionsweisen auf. Im 30. Jahr der deutschen
2202 Einheit werden in Sachsen-Anhalt Künstler*innen gegängelt und öffentlich bloßgestellt. Das
2203 Landesverwaltungsamt behindert durch eine engstirnige Förderpraxis Vielfalt und Kreativität.
2204 Wir wollen die Kulturförderung grundlegend reformieren. Dazu gehören eine ausgewogene För-

2205 derung zwischen Freier Szene und Kulturinstitutionen, die Etablierung von überjährigen Förde-
2206 rungen, Konzeptförderungen, Vollfinanzierungen, die Flexibilisierung der Förderung sowie die
2207 Vereinfachung der Rahmenbedingungen für Zuwendungen. Die Kulturförderung des Landes
2208 braucht einen transparent arbeitenden künstlerischen Beirat, der über inhaltliche Schwer-
2209 punkte der Förderung mitbestimmt und bei Personalentscheidungen berät.

2210

2211 **Für Vielfalt und Freiheit der Kunst- und Kulturszene**

2212

2213 Die kontroverse Auseinandersetzung mit dem Publikum wohnt künstlerischem Handeln inne.
2214 Kulturelle Angebote und ihre kommunikativen Kräfte, ästhetische Experimente, ein Mehr an
2215 Kunst und offene Räume sind in der Lage „Filterblasen“ zu durchdringen und Empathie herzu-
2216 stellen. Nur der direkte Kontakt mit Kunst und Kultur, das Erleben und die Auseinandersetzung
2217 mit dem Erlebten können eine Annäherung und einen schrittweisen Wandel im Denken errei-
2218 chen, um der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken. Das passiert nicht
2219 von heute auf morgen. Deshalb geht eine nachhaltige kulturelle Infrastruktur vor reiner Projek-
2220 tarbeit und aktionistischen Formaten. DIE LINKE unterstützt Kunst- und Kulturschaffende in
2221 und abseits der Städte dabei, in den Dialog mit Bürger*innen zu treten, indem wir Soziokultu-
2222 relle Zentren stärken, Kunst und Kulturschaffen im ländlichen Raum ermöglichen, langfristige
2223 und nachhaltige Konzepte und Mobilität unterstützen.

2224

2225 **Tarifgerechte Entlohnung im Kulturbereich**

2226

2227 DIE LINKE setzt sich für gute, existenzsichernde Arbeit im Kulturbereich ein. Künstler*innen
2228 sollen von ihrer Arbeit leben können und müssen sozial abgesichert sein. Eine flächendeckende
2229 Tarifausstattung der im Landesauftrag tätigen Einrichtungen sowie die Einhaltung von Hono-
2230 raruntergrenzen sind Bestandteil linker Kulturpolitik.

2231

2232 **Kunst und Kultur gegen rechten Populismus verteidigen**

2233

2234 Rechter Populismus polemisiert gegen die Freiheit und Vielfalt der Kunst. Museen, Theater,
2235 Literaturhäuser, Gedenkstätten und Kultureinrichtungen stehen als Bastionen gegen die rechte
2236 Umdeutung und Vereinnahmung von Geschichte und Kultur in Sachsen-Anhalt. DIE LINKE un-
2237 terstützt die Kunst- und Kulturschaffenden und Kulturinstitutionen gegen Angriffe von rechts
2238 und fördert deren Solidarisierung untereinander.

2239

2240 **Kulturelle Bildung ist mehr**

2241

2242 Die Vermittlung, die Schaffung von Zugängen und die damit verbundene frühzeitige Heranfüh-
2243 rung an Kunst und Kultur sind wesentliche Bestandteile der Fördermaßnahmen und Auftrag für
2244 alle Kultureinrichtungen im Land. Alle Menschen müssen die Möglichkeit zur Teilhabe am kul-
2245 turellen Leben und dem kulturellen Reichtum dieser Gesellschaft haben, um einen kontinuier-
2246 lichen, lebenslangen Lernprozess und eine umfassende Persönlichkeitsentwicklung zu ermög-
2247 lichen.

2248

2249 Schule muss sich weiter öffnen. DIE LINKE will non-formale und informelle Bildung besser mit
2250 dem formalen Bildungssystem verbinden. Wir wollen deshalb Kooperationen von Kultureinrich-
2251 tungen unterschiedlichster Sparten sowie den Austausch mit Kultureinrichtungen, wie z.B. dem
2252 UNESCO Weltkulturerbe, und den Schulen stärker fördern. Um diese Verzahnung langfristig zu

2253 sichern, muss kulturelle Bildung grundsätzlich als Querschnittsaufgabe zwischen Kultur-, Bil-
2254 dungs-, und Sozialministerium verstanden werden. Darüber hinaus wollen wir Konzepte zur
2255 Digitalisierung in der kulturellen Bildung befördern und die Kultureinrichtungen bei Angeboten
2256 kultureller Bildung unterstützen.

2257

2258

2259

2260 **Musikschulen sind ein Herzstück des Musiklandes Sachsen-Anhalt**

2261

2262 Musikschulen sind wichtige Partner für die Gestaltung kultureller Infrastruktur. Die 20 staatlich
2263 anerkannten Musikschulen mit ihren landesweit 231 Unterrichtsorten gehören zur Daseinsvor-
2264 sorge. Die Qualitäts- und Leistungsstandards des Musikschulgesetzes, welches von uns bereits
2265 in den 90er Jahren erfolgreich initiiert wurde, gelten bundesweit als musterhaft und ermögli-
2266 chen jedem Bürger und jeder Bürgerin unabhängig vom Geldbeutel eine musikalische Ausbil-
2267 dung. DIE LINKE wird aber die seit über 20 Jahren stagnierende Landesförderung deutlich er-
2268 höhen und das Land stärker an der Finanzierung der Musikschulen beteiligen und so die Ange-
2269 bote öffentlicher Musikschulen dauerhaft für die gesamte Bevölkerung zugänglich erhalten.

2270

2271 **Novellierung des Bibliotheksgesetzes**

2272

2273 Öffentliche Bibliotheken sind Orte lebenslangen Lernens, der kulturellen Betätigung, der Kom-
2274 munikation und des interkulturellen Austausches. Sie sind darüber hinaus zentrale Bildungs-
2275 partner formaler, non-formaler und informeller Bildungsangebote sowie von Einrichtungen der
2276 Kultur und Wissenschaft in Sachsen-Anhalt. Öffentliche Bibliotheken müssen langfristig ge-
2277 stärkt werden um ein weiteres Bibliothekssterben, dem seit 1991 bereits drei viertel aller öf-
2278 fentlichen Bibliotheken zum Opfer gefallen sind, zu stoppen. DIE LINKE hat bereits eine Novel-
2279 lierung des Bibliotheksgesetzes vorgelegt, die auf eine grundsätzlich kostenfreie Nutzung des
2280 Bücher- und Medienbestandes durch Kinder und Jugendliche und auf eine langfristige Be-
2281 stands- und Qualitätssicherung, u.a. durch eine angemessene Personalausstattung, ausrei-
2282 chende Medienetats und geeignete Ausstattungen abzielt.

2283

2284 **Theater muss sein – Theater und Orchester stärken**

2285

2286 Die Stadttheater in Sachsen-Anhalt wirken in den urbanen und sozialen Raum. Unsere Theater-
2287 landschaft werden wir durch eine verlässliche und ausreichende Landesförderung im Rahmen
2288 der Theatervertragsverhandlungen sichern. Ein Sparzwang geht immer auf Kosten künstleri-
2289 scher Qualität und zulasten der Arbeitsbedingungen an den Bühnen. Wir wollen weg von der
2290 Selbstaussbeutung insbesondere beim künstlerischen Personal. Neben der Bestärkung des Auf-
2291 trages an die Theater, junges Publikum durch theaterpädagogische Angebote zu erreichen,
2292 möchte DIE LINKE verstärkt die Netzwerke und Kooperationen von Theaterhäusern unterstüt-
2293 zen.

2294

2295 **Museen und Sammlungen – Stärkung regionaler Herzstücke**

2296

2297 DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Museumslandschaft inhaltlich zu entwickeln, nachhaltig zu
2298 stabilisieren und langfristig zu professionalisieren. Für DIE LINKE sind Museen und Sammlun-
2299 gen unabhängig ihrer Trägerschaft von besonderem Landesinteresse, die für Sachsen-Anhalt
2300 prägende Entwicklungen aufarbeiten und von hoher regionaler Bedeutung sind. Diese wollen
2301 wir mit Landesmitteln unterstützen.

2302
2303
2304
2305
2306
2307
2308
2309
2310
2311
2312
2313
2314
2315
2316
2317
2318
2319
2320
2321
2322
2323
2324
2325

IV. 5 Verlässliche Förderung des Sports

Zur Erhaltung der Vielfalt des Sports bedarf es optimaler Rahmenbedingen. Vor allem im Kinder- und Jugendalter soll regelmäßige Bewegung ermöglicht werden. Hier haben die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie zu gravierenden Einschnitten geführt, die auch die Mitgliederentwicklung und die Vereinsstrukturen beeinträchtigen. Gemeinsam mit dem Landessportbund werden wir die Folgen analysieren und nach wirksamen Lösungen suchen.

Der Breiten-, Behinderten- und Leistungssport braucht zur Umsetzung seiner Aufgaben eine kontinuierliche und verlässliche Finanzierung. Die unentgeltliche Nutzung der Sportstätten behalten wir bei. Die pauschale Sportförderung für Vereine, Kreis- und Stadtverbände sowie für Landesfachverbände werden wir fortführen, ihren Umfang erweitern und ihre Umsetzung in die Verantwortung des Landessportbundes geben.

Wir setzen uns für den Erhalt und den Ausbau der Sportinfrastruktur des Landes und der Kommunen ein. Der Zugang zum Sport soll für jede und jeden möglich sein. Mit einem „Haus des Sports“ in Halle soll der Vereinsservice eine solide Basis erhalten. Erfolgreiche Projekte, wie z.B. die Talentsichtung und -förderung, werden fortgeführt. Die Vereine werden wir in Ihrem

Antrag-Nr. 2.29.

Antragsteller*innen: Christian Arnd, John Lucas Dittrich, Rosemarie Hein, Stephan Krull, Andreas Horn, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger (Stadtverband Magdeburg)

Zeile 2326:

Ergänzung:

[...] und bei dem Aufbau von e-Sport Gruppen [unterstützen.]

Begründung:

Die Diskussion, ob e-Sport nun Sport sei oder nicht, ist müßig. Selbst der DOSB erkennt mittlerweile zumindest das Spielen von Sportsimulationen als Sportart an. Fakt ist, dass immer mehr Sportvereine sich eine e-Sport Abteilung wünschen, um weiterhin Jugendliche an sich zu binden und ein „Aussterben“ des Vereins zu verhindern. Dafür fehlen den meisten Vereinen im Land jedoch die Ressourcen, da eine e-Sport-Gruppe technisch ganz andere Voraussetzungen hat als eine klassische Jugendsportgruppe. Dabei sollte DIE LINKE die Vereine, die sich eine solche Entwicklung wünschen aktiv unterstützen.

Ob mit Verein oder ohne, immer mehr Kinder und Jugendliche spielen regelmäßig am Computer oder der Konsole. Es ist wichtig dieser Entwicklung Rechnung zu tragen und sie weiterhin in örtliche Vereinsstrukturen einzubinden. Bei dem Solo-Spielen an der heimischen Konsole oder dem PC besteht laufend die Gefahr, dass es zu Vereinsamung führt oder zweifelhaft virtuelle Kontakte entstehen. Rechtsradikale nutzen das Internet und ganz konkret auch Spieleplattformen für die Verbreitung ihrer menschenverachtenden Ideologie, die so

ungefiltert die jungen Gamer erreicht. Die angestammten Sportvereine vor Ort können hier frühzeitig gegensteuern und den Kindern und Jugendlichen einen sicheren Raum bieten, in dem sie miteinander spielen und sich austauschen können. Außerdem sorgt die Anbindung an einen Sportverein vielleicht dafür, dass die Kinder und Jugendlichen auch mal „echten“ Fußball oder andere Sportarten im Verein versuchen und sich dafür begeistern können. Die Kenia-Koalition hat mit der Förderung des „e-Sport Hub Sachsen-Anhalt“ bereits einen wichtigen Grundstein für diese Entwicklung gelegt, hinter den DIE LINKE nicht zurückfallen sollte.

Der Landesvorstand übernimmt.

2326 Digitalisierungsprozess unterstützen.

2327

2328 Damit Themen wie die Aufarbeitung von Fällen sexuellen Missbrauchs, Inklusion, Integration,
2329 Projekte gegen extreme Rechte und Gleichstellung im Sport angemessen bearbeitet werden
2330 können, sind Voraussetzungen für den Einsatz dafür qualifizierter Mitarbeiter*innen zu schaf-
2331 fen. Ebenso werden wir die Aus- und Fortbildung von Übungsleiter*innen und Trainer*innen
2332 fördern.

2333

2334

2335 **Teil V: Vielfalt braucht Solidarität**

2336

2337 **V.1 Queeres Sachsen-Anhalt: Diskriminierung überwinden**

2338

2339 Wir treten dafür ein, dass die Diskriminierung von Menschen wegen ihrer sexuellen Identität
2340 überwunden wird. Deswegen wirken wir auf Bundesebene weiterhin für eine Änderung des
2341 Grundgesetzes hin, die das verbietet. Wir wollen den Diskriminierungsschutz für Lesben,

Antrag-Nr. 3.1.

Antragsteller: Ants Kiel (Mitglied Stadtverband Halle)

In Zeile 2342

sollen die Worte „Transgender Transsexuelle“ durch „transgeschlechtliche“ ersetzt und das Akronym „LSBTTI“ entsprechend in „LSBTI*“ geändert werden.

Begründung:

Das Akronym LSBTTI* mit der Unterscheidung zwischen Transsexuellen und Transgender, welches im Landesaktionsprogramm von 2015 verwendet wurde, ist bundesweit kaum verbreitet.

Das Wort „Transsexualität“ findet zwar weiterhin Verwendung, ist jedoch missverständlich und nicht emanzipatorisch. Es stammt aus der medizinisch-pathologisierenden Diagnostik und wird in neuen ICD-11 ab 01.01.2022 durch „Geschlechtsinkongruenz“ ersetzt.

Das Wort „Transgender“ wird im Alltagssprachgebrauch von einigen Menschen verwendet, ohne dass dabei Zwischenstufen des geschlechtlichen Selbstverständnisses und die ursprüngliche Bedeutung von „gender“ als „soziales Geschlecht“ gemeint ist.

Es gibt in queeren Organisationen eine Tendenz, zwischen transgeschlechtlichen Menschen und Menschen mit einer nicht-binären/fluiden Geschlechtsidentität zu unterscheiden. Aber auch das ist nicht erschöpfend bei der Abbildung geschlechtlicher Vielfalt/Identität.

Das Sternchen * ist deshalb wichtig, welches als Platzhalter für weitere geschlechtlich-sexuelle Identitäten dient und einen Raum vielfältiger Selbstdefinition eröffnet.

Der Landesvorstand übernimmt.

2342 Schwule, Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und intergeschlechtliche Menschen (LSBTTI*)
2343 im allgemeinen Gleichstellungsgesetz verankern. Wir unterstützen die Forderung des LSVD
2344 nach einem Verbandsklagerecht für Antidiskriminierungsverbände. Geschlechtsangleichende
2345 Operationen bei intergeschlechtlichen Kindern sollten gesetzlich verboten werden. Das Trans-
2346 sexuallengesetz wollen wir durch ein modernes Geschlechtsidentitätsgesetz ersetzen, damit
2347 die Änderung des Vornamens sowie des rechtlichen Geschlechts problemlos beim Standesamt
2348 möglich ist. Wir werden die Umsetzung des neuen Adoptionshilfegesetzes kritisch begleiten
2349 und prüfen, inwiefern im Zuge dessen Diskriminierungstatbestände gegenüber Regenbogenfa-
2350 milien erfüllt sind.

2351
2352 Auf Landesebene muss das „Aktionsprogramm für die Akzeptanz von LSBTTI“ in einem Dialog-
2353 prozess mit den im Land aktiven Verbänden, die sich für deren Interessen einsetzen, fortge-

Antrag-Nr. 3.2.

Antragsteller: Ants Kiel (Mitglied Stadtverband Halle)

In den Zeilen 2354/2355

Soll der Satz „Die Förderung der Landeskoordinierungsstellen LSBTTI* ist fortzusetzen.“
durch

„Die Förderung der LSBTTI*-Landeskoordinierungsstellen ist fortzusetzen sowie die sich er-
gänzende fachliche Profilierung und deren Weiterentwicklung zu stärken.“ ersetzt werden.

Begründung:

Der Lesben-, Schwulen- und Queerpolitische Runde Tisch Sachsen-Anhalt hatte in den
CSD-Forderungen für 2020 die Profilierung der Landeskoordinierungsstellen zu Landes-
fachstellen angeregt.

Die GRÜNEN greifen in ihrem Wahlprogramm-Entwurf die unterschiedliche, sich ergän-
zende Profilierung der LSBTTI*-Landeskoordinierungsstellen Sachsen-Anhalt Nord (beim
LSVD Sachsen-Anhalt e.V.) und Süd (beim BBZ „lebensart“ e.V.) nicht auf, sondern favori-
sieren eine Zusammenlegung zu einer Landeskoordinierungsstelle mit ausschließlicher
Netzwerk- und Koordinierungsfunktion.

DIE LINKE sollte die unterschiedliche Schwerpunktsetzung und bedarfsgerechte Profilie-
rung der LKS bei zwei unterschiedlichen freien Trägern zunächst unterstützen.

Der 2017/2018 mühsam ausgehandelte Kompromiss hatte eine Befriedung in der queeren
Trägerlandschaft mit sich gebracht.

Debatten und Entscheidungen zur Angebotsstruktur der queeren Trägerlandschaft in Sach-
sen-Anhalt können nicht „von oben“ entschieden werden. Diskussionen darüber sollte DIE
LINKE aber in der kommenden Legislatur befördern und begleiten.

Der Landesvorstand übernimmt.

2354 schrieben und an die aktuellen Entwicklungen angepasst werden. Die Förderung der Landes-
2355 koordinierungsstellen LSBTTI* ist fortzusetzen. Der Lockdown hat auch die Beratungs- und Sze-
2356 nestrukturen von LSBTTI* getroffen. Wir setzen uns dafür ein, den Beratungsstellen auch unter
2357 Pandemiebedingungen eine niedrigschwellige und sichere Arbeit zu ermöglichen. Hierbei dür-
2358 fen der ländliche Raum und auch die Situation von Senior*innen nicht vergessen werden.

2359
2360 **Gewalt gegen LSBTTI***

2361
2362 Noch immer werden nicht alle Straftaten von den Opfern angezeigt – aus Scham, Angst oder
2363 aus anderen Gründen. Zugleich gibt es Probleme bei der Erfassung durch die Polizei. Wir fordern

2364 ein Bund-Länderprogramm gegen homo- und transphobe Gewalt, das zudem Präventionsstra-
2365 tegien beinhaltet und zum anderen eine Reform des polizeilichen Erfassungssystems, um Straf-
2366 taten klar zuordnen zu können und eine jährliche Berichtspflicht. Es bedarf einer gesetzlichen
2367 Regelung im SOG LSA zum Wahlrecht von Trans* und Inter* bei polizeilichen körperlichen
2368 Durchsuchungsmaßnahmen. Der Titel der Ansprechperson bei Polizeidienststellen in Sachsen-
2369 Anhalt muss in „LSBTTI*“ geändert werden.

2370

2371 **Asylsuchende LSBTTI***

2372

2373 Wir setzen uns dafür ein, dass Basisinformationen über die Situation und Probleme von asylsu-
2374 chenden LSBTTI* für die Behörden bereitgestellt werden. Ferner fordern wir die Schaffung von
2375 sozialpädagogisch betreuten Schutzräumen für LSBTTI* ab Beginn der Anerkennungsphase als
2376 Flüchtling und die Etablierung einer queeren Geflüchtetenhilfe.

2377

2378 **Geschlechtergerechte Bildung weiter voranbringen**

2379

2380 Queere Lebensweisen müssen verbindlich in die Curricula der Erzieher*innen- und Lehrkräf-
2381 teausbildung aufgenommen werden, um diese als verbindlichen Bestandteil des Unterrichts zu
2382 verankern. Darüber hinaus muss die geschlechtliche Vielfalt in Fachlehrplänen und Unterrichts-
2383 materialien berücksichtigt werden. Das Kompetenzzentrum geschlechtergerechte Kinder- und
2384 Jugendhilfe Sachsen-Anhalt e.V. soll weiterhin institutionell gefördert werden. Die Einführung
2385 des Medienkoffers für Kitas und Grundschulen in Sachsen-Anhalt ist ein guter und richtiger
2386 Schritt hin zu einer geschlechtergerechten Bildung, jedoch kann dies nur der Anfang sein. Die

Antrag-Nr. 3.3.

Antragsteller: Ants Kiel (Mitglied Stadtverband Halle)

In Zeile 2387

soll der Satz „Auch für die weiterführende Bildung zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt
sollen bedarfsgerechte fachliche Angebote vom Land gefördert werden.“
angefügt werden.

Begründung:

Das Jugendnetzwerk Lambda Mitteldeutschland e.V. hat inzwischen zwei halbe Jugendbil-
dungsreferent*innen-Stellen vom Land bewilligt bekommen, die unter anderem außerschu-
lische Bildungsarbeit anbieten.

Dagegen hat das BBZ „lebensart“ e.V., welches eine Jugendbildungsreferent*innen-Stelle
mit dem Schwerpunkt Schule ab 2021 beantragt hat und als einzige Organisation in Sach-
slen-Anhalt nach den Qualitätsstandards des Bundesverbandes Queere Bildung e.V. arbei-
tet, bislang keine Förderzusage vom Land erhalten. Die Antragsbearbeitung gestaltet sich
schwierig und verzögernd.

Die bislang sehr gut nachgefragte und seit 2019 (außerhalb des Saalekreises) rein ehren-
amtliche queere Bildungsarbeit des BBT „lebensart“ e.V. für junge Menschen bedarf drin-
gend einer hauptamtlichen Unterstützung und Profilierung.

Der Landesvorstand übernimmt.

2387 Finanzierung des Medienkoffers muss daher verstetigt werden.

2388

2389

2390 **V.2 Integration statt Abschottung**

2391

2392 Wir leben in einer Welt, in der nach Angaben der UN 80 Millionen Menschen auf der Flucht sind.
2393 Ohne die Überwindung der wichtigsten Fluchtursachen, die in einer ausbeuterischen und un-
2394 gerechten Weltwirtschaftsordnung, Umweltzerstörung, völkerrechtswidrigen Angriffskriegen
2395 und politischer, sexistischer und rassistischer Unterdrückung bestehen, wird es weiter Flucht
2396 und Vertreibung geben.

2397
2398 Die Notwendigkeit der Bekämpfung der Fluchtursachen darf niemals Ausrede dafür sein, Men-
2399 schen in Not Hilfe zu verweigern. Obwohl nur ein Bruchteil der Geflüchteten nach Europa ge-
2400 langt, setzt die EU auf Abschottung ohne Erbarmen. Seit 2014 sind nach Schätzungen von
2401 Hilfsorganisationen mehr als 20.000 Menschen im Mittelmeer ertrunken. Ungezählt bleiben
2402 diejenigen, die auf den Fluchtrouten verhungert, verdurstet und getötet worden sind. In dieser
2403 Situation setzt die EU auf Tränengas, Gewalt gegen Kinder, Knüppelinsätze und Schüsse an

Antrag-Nr. 11.10.

Antragsteller: Stadtvorstand Halle (Saale)

Zeile 2404 nach „griechisch-türkischen Grenze“ einsetzen:

„und illegale Push Backs (illegale Zurückführung von Geflüchteten hinter die EU-Außengrenzen),“

Begründung:

Wir sprechen uns dafür aus die illegalen Push-Backs an den EU-Außengrenzen zu benennen und anzusprechen. Aus dem Grund, dass diese Praxis inakzeptabel und menschenverachtend ist. Dazu ist es hochgradig peinlich für ein reiches und „fortschrittliches“ Europa. Eine so konkrete Benennung ist aus unserer Sicht dringend notwendig, da es ein in der Migrationspolitik (leider) gängiger Begriff ist.

(die übersetzende Erklärung halten wir für die Lesbarkeit des Programms erforderlich)

Der Landesvorstand übernimmt teilweise in folgender Form:

"Die illegale Zurückführung von Geflüchteten hinter die EU-Außengrenzen werden wir bekämpfen." (als neuer Satz)

2404 der griechischen-türkischen Grenze, duldet Überfälle und das Ausrauben von Geflüchteten auf
2405 den Fluchtrouten. Die Brände im Lager Moria auf Lesbos im September 2020 hätte es ohne
2406 diese absichtliche europäische Hilfsverweigerung nicht gegeben.

2407
2408 Im Unterschied zu zahlreichen EU-Staaten hat sich Deutschland 2015 seiner humanitären Ver-
2409 antwortung, in großem Umfang Menschen in Not aufzunehmen, gestellt. Dies sollte jedoch den
2410 Blick auf zahlreiche Missstände im Umgang mit den Geflüchteten nicht verstellen.

2411
2412 DIE LINKE begreift es als ihre Aufgabe, diesen Zuständen entgegenzutreten. Menschenrechte
2413 sind universell; für ihre Einhaltung wollen wir Verantwortung übernehmen. Mit der Pandemie
2414 hat sich die Situation der Geflüchteten noch einmal verschärft. Geflüchtete haben sich hier in
2415 hoher Zahl infiziert, weil sie in der Zentralen Unterbringung keine Möglichkeit hatten, die Si-
2416 cherheitsabstände einzuhalten. Wir setzen uns für einen Paradigmenwechsel in der deutschen
2417 und europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik ein, der den Bedürfnissen von Schutzsuchenden
2418 endlich Rechnung trägt.

2419
2420 **Wie wir die Lage von Geflüchteten verbessern wollen**

2421
Antrag-Nr. 4.4.

Antragsteller: Niklas David Gießler
Zeile 2422: Neufassen „Wir wollen, dass sich das Land klar zur Bewegung „sichere Häfen“ bekennt und so das Anliegen“ ...
Begründung: Bundeskompetenz bei Aufenthaltsrecht
<i>Der Antrag wurde zurückgezogen.</i>

2422 Wir fordern ein **Landesaufnahmeprogramm für aus Seenot Gerettete**, das das Anliegen der

Antrag-Nr. 2.30.

Antragsteller*innen: Nico Thate, John Lucas Dittrich, Rosemarie Hein, Stephan Krull, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Joachim Spaeth, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Vera Baryshnikov, Nicole Anger (Stadtverband Magdeburg)

Zeile 2423:

Folgende zwei Sätze sind vor dem Satz „Mit diesem guten Beispiel...“ einzusetzen:

„Sachen-Anhalt soll sich dabei bemühen, eine Vorbildrolle in der Aufnahme von Geflüchteten einzunehmen. Dies soll sich insbesondere in dem Aufnahmekontingent sowie einer hohen Integrationsleistung widerspiegeln.“

Begründung: keine

Der Landesvorstand übernimmt.

2423 „Sichere-Häfen-Beschlüsse“ der Städte Halle und Magdeburg **aufgreift**. Mit diesem guten Beispiel wollen wir sowohl im Bund als auch in der EU ein Zeichen der Solidarität setzen.

2424
2425
2426 Wir halten eine **dezentrale Unterbringung** in Wohnungen als Regelaufnahme für den besten Weg der Integration. Soweit eine vorläufige Unterbringung in größeren Wohneinheiten unvermeidlich ist, wollen wir verbindliche Standards festschreiben. Kindern und Jugendlichen muss so umgehend wie möglich der **Regelunterricht an Schulen** ermöglicht werden. Wir begrüßen, dass endlich erste Verbesserungen in der Aufnahme sogenannter **vulnerabler Personengruppen** gemäß EU-Recht eingeleitet wurden. Denn von sexueller Gewalt betroffene Mädchen und Frauen, Opfer von Menschenhandel, Schwangere, LSBTTI-Personen, allein reisende Minderjährige, Menschen mit Beeinträchtigungen sowie Kranke brauchen unseren besonderen Schutz. Indes mangelt es noch immer sowohl an der praktischen Umsetzung, als auch an ausreichenden Kapazitäten (Beratungsangebote, Gewaltschutzräume u.a.). Wir wollen Asylsuchenden möglich machen, ihren Wohnsitz innerhalb Sachsen-Anhalts frei zu wählen.

2437
2438 Wir wollen eine **elektronische Gesundheitskarte** zur Gesundheitsversorgung von Geflüchteten mittels Rahmenvertrag zwischen Land und Krankenkassen einführen. Dies dient dem Abbau von Diskriminierung beim Zugang zur ärztlichen Versorgung und entlastet zudem die Behörden, in denen bislang nicht-medizinisches Personal Entscheidungen über die Notwendigkeit der Versorgung fällt. Ferner treten wir für **anonymisierte Krankenscheine** analog der Regelungen in Thüringen oder Hessen ein. Damit sorgen wir für eine Gesundheitsversorgung illegalisierter Personen und für Menschen ohne gesetzlichen Krankenversicherungsschutz. Unter den Bedingungen der Pandemie ist dies ein Gebot der Stunde.

2446

2447 **Wie wir die Integration verbessern wollen**

2448

Antrag-Nr. 11.11.

Antragsteller: Stadtvorstand Halle (Saale)

Zeile 2449 nach „(...) begreifen wir“ ersetzen „*Ordnungspolitik*“ durch:

„nicht nur als Innenpolitik“ [REDAKTIONELL]

Begründung:

Wir hatten den Eindruck, dass hier "Ordnungspolitik" gemeint ist als Politik der öffentlichen Ordnung/Sicherheit. Nach gängiger Definition meint Ordnungspolitik aber (ordoliberalen bzw. eigentlich neoliberalen) Wirtschaftspolitik. Auch wenn uns klar ist, dass sich Definitionen und Bedeutungen ändern, sollten wir das hier trotzdem anpassen.

(siehe z.B. <https://de.wikipedia.org/wiki/Ordnungspolitik>), damit am Ende niemand meinen kann, das Programm sei unverständlich bzw. "falsch".)

2449 **Aufbau eines neuen Integrationskonzeptes.** Integrationspolitik begreifen wir nicht als Ordnungspolitik, sondern als zentrale Frage gesellschaftlicher Entwicklung. Wir wollen hierfür die Funktion der/des Integrationsbeauftragten ausbauen und die vielen Menschen der Zivilgesellschaft stärken, die sich couragiert für eine Willkommenskultur im Land einsetzen. Das Landesnetzwerk der Migrant*innenorganisationen (LAMSA) und der Flüchtlingsrat, die Kirchen, antirassistische Initiativen, Bürgervereine und Einzelpersonen leisten eine unverzichtbare Arbeit; oftmals in einem rechtlichen und bürokratischen Spannungsfeld. Gemeinsam mit Gemeinden, Städten und Landkreisen, Flüchtlings- und Wohlfahrtsverbänden wollen wir ein Aufnahme- und Integrationskonzept entwickeln. Sowohl der Flüchtlingsrat als auch die LAMSA brauchen eine angemessene institutionelle Grundförderung, um eine Unabhängigkeit der Projektförderung zu erreichen, die dann diese wichtige Arbeit nur noch ergänzend unterstützt.

2450
2451
2452
2453
2454
2455
2456
2457
2458
2459
2460
2461 **Änderung des Landesaufnahmegesetzes:** Wir wollen die fachlich zuständigen Verwaltungsstellen in den Kommunen in einer Servicestelle Einwanderung zusammenzufassen. Interkulturelle Fachkompetenzen, behördliche Zuständigkeiten und Informationen über Beratungs- und Unterstützungsangebote sollen gebündelt und Migrant*innen der Behördenmarathon erspart werden. Zusätzlich zu der in Magdeburg wollen wir eine **zweite Clearingstelle** im Süden des Landes einrichten. Denn unbegleitete minderjährige Geflüchtete brauchen unseren besonderen Schutz.

2462
2463
2464
2465
2466
2467
2468
2469 Wir treten für **Erleichterungen bei der Einbürgerung** ein. Dazu gehört einerseits sich auf Ebene des Bundes für eine Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes einzusetzen. Andererseits sollten auf Landesebene eine spielraumnutzende Durchführungsverordnung und entsprechende Weiterbildungsangebote die Entscheidungspraxis in den Kommunen verbessern und vereinheitlichen.

2470
2471
2472 **Was für die schulische Förderung von Migrant*innen zu tun ist**

2473
2474
2475
2476
2477 Wir wollen das bereits einmal in der 6. Wahlperiode erfolgreich eingeführte System von Sprachlehrkräften wiederbeleben und bedarfsgerecht ausbauen. Die Schulen sollen besser befähigt werden, die kulturelle Vielfalt, die Schüler*innen mit Migrationserfahrungen in die Bildungseinrichtungen bringen, verstehen und schätzen zu lernen. Das kann auch durch Lehrkräfte mit

2481 Migrationserfahrung geschehen. Wir werden die Hürden für ihre Einstellung senken und für eine
2482 bessere Bezahlung sorgen.

2483

2484 **Abschiebung und soziale Diskriminierung überwinden**

2485

2486 Viele weitere zentrale Weichen der Asyl- und Zuwanderungspolitik werden bundespolitisch ge-
2487 stellt. Die kritischen Forderungen der Länder an die Migrations- und Asylpolitik des Bundes, die
2488 sie in den letzten Jahren im Bundesrat gestellt haben, wurden durch den Bund ignoriert. Wir
2489 wissen uns in Übereinstimmung mit PRO ASYL und anderen Menschenrechtsorganisationen,
2490 wenn wir uns für die Abschaffung des diskriminierenden Asylbewerberleistungsgesetzes ein-
2491 setzen. Wir kritisieren die Abschiebungspraxis und die Abschiebedebatten in unserem Land,
2492 Abschiebung ist weder eine Strafe noch ein Instrument der Integrationspolitik. Notwendig sind
2493 Winterabschiebestopps, Abschiebestopp in (Bürger-)Kriegsländer, auf Abschiebehaft gänzlich zu
2494 verzichten, umfassende Einzelfallprüfung von Abschiebehindernissen, die Öffnung der Härte-
2495 fallkommission auch für Menschen im Dublin-Verfahren, die Orientierung am Kindeswohl und
2496 die Verhinderung der Familientrennung oder auch die Geltendmachung von Landesinteressen,
2497 z.B. in Fällen von in Ausbildung bzw. Arbeit befindlichen Personen.

2498

2499

2500

2501

2502 **V.3 Sachsen-Anhalt barrierefrei**

2503

2504 Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden – so will es das Grundgesetz.
2505 Und Menschen mit Behinderungen wollen genauso leben wie nichtbehinderte Menschen auch.
2506 Inklusion heißt die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen in den
2507 Schulen, Kitas, in Beruf und Studium, in Politik, Kunst, Kultur, Freizeit und Sport, im ÖPNV und
2508 beim Wohnen. Alle Barrieren, die die Teilhabe verhindern, müssen fallen. Für DIE LINKE ist die
2509 UN-Behindertenkonvention hierbei das Leitbild. Deswegen sollte die Förderung von Investitio-
2510 nen verbindlich an Barrierefreiheit gebunden werden.

2511

2512 **Solidarität in der Pandemie**

2513

2514 Die Versorgung von Menschen mit Beeinträchtigungen in Zeiten von Pandemien muss gesichert
2515 sein – unabhängig von der Hilfe von Familie und Freunden – zur Sicherung der unabhängigen
2516 Daseinsvorsorge und Teilhabe. Beschäftigte in Werkstätten sind im Falle eines Lockdowns von
2517 Verdienstaussfällen betroffen. Menschen mit Erwerbsminderungsrenten, für die der Verdienst
2518 in der Werkstatt anrechnungsfrei ist, sind auf diesen unbedingt angewiesen. Für Werkstattbe-
2519 schäftigte müssen Ersatzleistungen geschaffen werden.

2520

2521 **Interessenvertretungen in Gesetzgebung einbinden**

2522

2523 Durch eine Änderung des Behindertengleichstellungsgesetzes Sachsen-Anhalt sollen mindes-
2524 tens zwei Drittel der Mitglieder des Landesbehindertenbeirates ein Spektrum von Menschen
2525 mit unterschiedlichen Behinderungen in einem ausgewogenen Verhältnis von Frauen und Män-
2526 nern zueinander abbilden. Im Hinblick auf die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes wollen
2527 wir die Rechte der kommunalen Behindertenbeauftragten, des Landesbehindertenbeauftragten
2528 sowie der Betroffenenverbände stärken. Bei Gesetzgebungs- und Verordnungsvorhaben sowie
2529 bei Verwaltungsvorschriften sollen die/der Beauftragte und der Beirat eingebunden werden.

2530 Ihnen müssen die Mitarbeit sowie eine umfassende Stellungnahme ermöglicht werden. Wir for-
2531 dern hauptamtliche kommunale Behindertenbeauftragte (für Landkreise und kreisfreie Städte).
2532 Kostenträger ist das Land. Das gilt ebenso im Hinblick auf Schulungen und Weiterbildungsmaß-
2533 nahmen.

2534

Das Blinden- und Gehörlosengeld erhöhen

2535

2537 Die Aufwendungen, die den Betroffenen entstehen, können mit den derzeitigen Beträgen (360
2538 Euro Blindengeld und 52 Euro Gehörlosengeld) kaum gedeckt werden. Allein die Kosten von
2539 Gebärdensprachdolmetscher*innen sind mit diesem Betrag nicht zu stemmen.

2540

Barrierefreiheit

2541

2542

2543 Barrierefreiheit betrifft alle Lebensbereiche: Von der baulichen Gestaltung von Straßen und
2544 Wohnungen, bis zu Wegweisern in leichter Sprache. Wir wollen flächendeckend einen barriere-
2545 freien ÖPNV und ein bedarfsgerechtes und bezahlbares Wohnungsangebot ohne Barrieren. Die
2546 Arbeit der Landesfachstelle für Barrierefreiheit verdient hohe Wertschätzung und wird von uns
2547 auch künftig unterstützt.

2548

2549

2550

Teilhabe am Arbeitsmarkt

2551

2552

2553 Derzeit gibt es in Sachsen-Anhalt 17 Inklusionsbetriebe. Davon spricht man, wenn mindestens
2554 30 Prozent der Mitarbeiter eine geistige oder körperliche Beeinträchtigung aufweisen. Inklusi-
2555 onsbetriebe sind wichtig für den Übergang aus den Werkstätten für Menschen mit Beeinträch-
2556 tigungen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt. Deswegen muss das Land diese Betriebsmodelle
2557 unterstützen, z.B. durch die Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand.

2558

2559

Teil VI: Demokratie, die wir meinen

2560

2561

VI.1. Bürgerbeteiligung und Volksgesetzgebung in Schwung bringen

2562

2563

2564 Beteiligung und Mitarbeit der Menschen an den politischen Gestaltungsprozessen sind im Land
2565 bisher nur schwach entwickelt, weil die rechtlichen Grundlagen für eine aktive Mitwirkung nicht
2566 ausreichen. Die bestehenden Regelungen, um sich außerhalb von Wahlen einbringen zu kön-
2567 nen, sind für die Initiatoren oft entmutigend – das zuletzt gescheiterte Volksbegehren, aber
2568 auch die Fülle an erfolglosen Bürgerbegehren sind nachdrückliche Belege dafür. Das wollen wir
2569 ändern.

2570

Antrag-Nr. 2.31.

Antragsteller*innen: Rosemarie Hein, Christian Arnd, Lukas Hirtz (Stadtverband Magde-
burg)

Zeilen 2571 bis 2577:

Der Absatz soll ersetzt werden durch nachfolgenden Text:

„Demokratie stärken

Wahlen sind wichtig für unser demokratisches Gemeinwesen. Wir sehen in der Parteien- und Politikverdrossenheit ein großes Problem unserer Demokratie. Ursachen sind die Enttäuschung vieler Menschen durch nicht eingehaltene Versprechen und eine Politik, die sich immer mehr von den Leben der Menschen entfernt und vorrangig auf die großen Lobbygruppen hört, welche das Handeln der Regierenden bestimmen. Auf der anderen Seite wächst aber durchaus die Bereitschaft, sich politisch zu engagieren. Nicht zuletzt die Fridays-for-future-Bewegung zeigt, dass junge Menschen Einfluss nehmen wollen auf Politik, schließlich geht es um ihre Zukunft. Wir wollen durch eigenes Handeln und durch staatliche Initiativen das Vertrauen der Menschen in die Politik wieder stärken. Wir wollen durch ein Herabsetzen des aktiven Wahlalters auf 14 Jahre und ein kommunales aktives Wahlrecht für Migrant*innen mehr Menschen an der Demokratie beteiligen und ihnen ermöglichen ihr Umfeld mit zu gestalten.“

Begründung:

Demokratie ist mehr als nur alle 5 Jahre eine Stimme abzugeben. Gleichzeitig ist festzustellen, dass seit Langem die Wahlbeteiligung, also die niederschwelligste Teilhabe an der Demokratie, sinkt. Diese Problematik sollte von der LINKEN angesprochen und angepackt werden. Wenn wir wollen, dass möglichst viele Menschen an Wahlen teilnehmen, müsste der erste Gedanke bei der Gruppe der Nichtwähler*innen liegen. Es ist selbstverständlich falsch, dass das Land manchen Bevölkerungsgruppen immer noch das Recht verweigert, ihr Umfeld bei demokratischen Wahlen mitzugestalten. Es wird gelegentlich bezweifelt, dass junge Menschen schon mit 14 Jahren „reif“ genug für eine Wahlentscheidung zu sein und die Zahlen der Beteiligung an Wahlen der 16-Jährigen bei Kommunalwahlen scheinen das zu bestätigen. Die Fridays-for-future-Bewegung beweist, dass es anders ist, dass junge Menschen sich sehr wohl politisch engagieren wollen. Die Möglichkeit, wählen zu gehen, gehört dazu. Gleichzeitig macht die Erwähnung dieser Bewegung an dieser Stelle unsere Wertschätzung deutlich.

2571 **Wahlen sind das Rückgrat der Demokratie**

2572

2573 Die Teilnahme an Wahlen ist ein zentrales Element unseres demokratischen Gemeinwesens.
2574 Deshalb ist es das Ziel der LINKEN, so viele Menschen wie möglich an diesen Entscheidungen
2575 zu beteiligen. Wir wollen das aktive Wahlalter auf kommunaler und auf Landesebene auf 14
2576 Jahre absenken. Darüber hinaus wollen wir ein aktives Wahlrecht für Migrant*innen für die
2577 kommunalen Vertretungen.

2578

2579 **Direkte Demokratie beleben**

2580

2581 DIE LINKE will die Anwendung aller Formen direkter Demokratie außerhalb von Wahlen deutlich
2582 erleichtern und erweitern. Dafür hatten wir in der zurückliegenden Legislatur bereits umfas-
2583 sende Änderungen des Volksabstimmungsgesetzes und des Kommunalverfassungsgesetzes
2584 eingebracht. Einige Teile davon wurden umgesetzt, aber nur sehr verzagt. Das reicht uns nicht.

2585

2586 Bei Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden sollen die Quoren zum Teil weiter
2587 abgesenkt werden. Vor allem aber wollen wir die Bedingungen für die Initiatoren, diese Quoren

2588 auch erreichen zu können, durchgreifend verbessern. Darüber hinaus sollen sich künftig Fach-
2589 ausschüsse des Landtages mit Anliegen befassen, wenn dies mindestens 1.000 Einwohner*in-
2590 nen fordern (neues Element: die Einwohnerinitiative).

2591
2592 Wir wollen die Zustimmungsquoren für Einwohneranträge auf maximal ein Prozent der stimm-
2593 berechtigten Einwohner*innen, für Bürgerbegehren auf maximal fünf Prozent der wahlberech-
2594 tigten Bürger*innen senken. Auch das Quorum für den Bürgerentscheid ist zukünftig abzusen-
2595 ken.

2596
2597
2598

Petitionsrecht im Landtag stärken

2600
2601 Petitionen sind ein praktischer Beweis, dass die Menschen mitreden und mitentscheiden wol-
2602 len. Deshalb wollen wir das Petitionsrecht stärken. Petitionen an den Landtag sollen künftig
2603 auch online als Öffentliche Petitionen gestellt und mitgezeichnet werden können, der Petitions-
2604 ausschuss soll in den Regionen Bürgersprechstunden anbieten und über eine öffentliche Peti-
2605 tionsplattform sollen Austausch und Diskussion sowie die Mitzeichnung von Bitten und Be-
2606 schwerden ermöglicht werden.

2607
2608
2609

Entscheidungen auf Kommunen verlagern

2610 DIE LINKE setzt sich für eine Stärkung des Gemeinwesens in den Ortschaften ein. Deshalb
2611 müssen die letzten Gebietsreformen seit 2007 (Landkreise und Gemeinden) evaluiert werden.
2612 Die Funktionalreform muss erneut angepackt werden, denn das Versprechen, mit den Gebiets-
2613 reformen den Kommunen mehr Entscheidungsbefugnisse zu geben, blieb unerfüllt. Auch für
2614 viele Bürger*innen brachten die Reformen Einschnitte mit sich.

2615
2616
2617

Ehrenamt wertschätzen und systematisch unterstützen

Antrag-Nr. 2.32.

Antragsteller*innen: Rosemarie Hein, Joachim Spaeth, Jenny Schulz, Christian Arnd (Stadt-
verband Magdeburg)

Zeilen 2618 bis 2621:

Den Text bitte in folgender Weise ersetzen:

„Bürgerschaftliches Engagement ist eine tragende Säule unseres Gemeinwesens. Die zahl-
reichen Vereine und Initiativen, Freiwilligenagenturen, Nachbarschaftshilfen, Verbände in
Sport, Kultur, Landschaftspflege usw. leisten einen unschätzbaren Beitrag für den kulturel-
len Reichtum und den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Sie machen das meist un-
entgeltlich oder erhalten geringe Aufwandsentschädigungen. Sie können diese Arbeit aber
nur leisten, wenn ihnen nicht nur die Auslagen für ihre Arbeit ersetzt werden, sondern sie
auch die Unterstützung der Gemeinwesen durch hauptamtliche Mitarbeiter*innen haben.
Die spezifischen Herausforderungen und Barrieren für Frauen in Ehrenämtern sind uns be-
wusst und wir setzen uns auf allen Ebenen für eine Verbesserung ihrer Beteiligungsmög-
lichkeiten ein. DIE LINKE hat sich zum Ziel gesetzt, das Ehrenamt und damit bürgerschaftli-
ches Engagement zu stärken und weiterzuentwickeln.“

Dann weiter ab „Mit unserem Gesetz...

Begründung:

Die kleine Erweiterung soll die Wertschätzung des bürgerschaftlichen Engagements bekräftigen und die Breite ehrenamtlicher Arbeit sichtbarer machen. Ohne diese – immer noch bescheidene – Aufzählung werden sich viele nicht angesprochen fühlen. Freiwilliges Engagement ist ein Grundpfeiler einer solidarischen Gesellschaft und muss in unserer Arbeit einen deutlich höheren Stellenwert bekommen.

2618 Das bürgerschaftliche Engagement ist eine tragende Säule unseres Gemeinwesens. Es bedarf
2619 guter Rahmenbedingungen, Wertschätzung und benötigt Unterstützung. DIE LINKE hat sich das
2620 Ziel gesetzt, das Ehrenamt und damit bürgerschaftliches Engagement zu stärken und weiterzu-
2621 entwickeln. Es darf und kann allerdings nie die Hauptamtlichkeit ersetzen. Mit unserem „Gesetz
2622 zur Stärkung des Ehrenamtes“ fordern wir einen Ehrenamtsfonds zur Förderung einzelner Maß-
2623 nahmen und Projekte sowie ein Kommunalbudget zur Schaffung von kommunalen Strukturen
2624 zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements. Ehrenamtliche Mitglieder der Vertre-
2625 tung (Fraktionen) sollen zudem aus Haushaltsmitteln Zuwendungen erhalten sowie eine ange-
2626 messene sächliche als auch personelle Ausstattung.

2627

2628 **Politische Bildung ausbauen**

2629

2630 Die politische Bildungsarbeit in Sachsen-Anhalt steht vor großen Herausforderungen. Neben
2631 einer grundlegenden Demokratiebildung gewinnt die Auseinandersetzung mit Rechtsextremis-
2632 mus und Antisemitismus, alten und neuen Verschwörungstheorien an Bedeutung.

2633 Der Klimawandel, Strukturwandel, Digitalisierung erfordern die Begleitung durch die Institutio-
2634 nen der politischen Bildung. Der ländliche Raum darf bei politischen Bildungsangeboten nicht
2635 vernachlässigt werden und es sind zugleich mehr Online-Angebote zu entwickeln, um mehr
2636 junge Leute zu erreichen. DIE LINKE hält vor dem Hintergrund dieser Bedarfe eine deutliche
2637 Erhöhung der Mittel für die politische Bildungsarbeit für nötig. Dies betrifft sowohl die Landes-
2638 zentrale für politische Bildung als auch die demokratischen politischen Landesstiftungen in
2639 Sachsen-Anhalt und die freien Träger zur Stärkung der Zivilgesellschaft und der Demokratie.

2640

2641

2642 **VI.2 Justiz: Bürgernah und gerecht**

2643

2644 Die Leistungsfähigkeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften ist maßgeblich für das Vertrauen
2645 der Menschen in den Rechtsstaat. Doch in Sachsen-Anhalts Gerichten stauen sich die Verfah-
2646 ren. Die Neuzugänge steigen, während die Abarbeitung von Altbeständen nur schleppend vo-
2647 rrangeht. So betrug beispielsweise die durchschnittliche Verfahrensdauer erledigter Klagen bei
2648 den Sozialgerichten im Jahr 2019 ca. 17 bis 19 Monate. Beim Landessozialgericht lag die durch-
2649 schnittliche Verfahrenslaufzeit erledigter Berufungen bei 21 Monaten. Im Zeitraum von 2018
2650 bis zum Stichtag des 31.08.2020 sind insgesamt 30.960 Verfahren anhängig. An den Verwal-
2651 tungsgerichten des Landes liegt die durchschnittliche Dauer der Verfahren mit 14,4 Monaten
2652 über dem Bundesdurchschnitt von 2,8 Monaten. Mehrere hundert Verfahren sind älter als zwei
2653 oder drei Jahre. Insgesamt sind mehr als 5.200 Verfahren anhängig, etwa 40 Prozent mehr als
2654 vor 2015.

2655

2656 Eine hohe Arbeitsbelastung geht einher mit einem hohen Krankenstand, der seit Jahren an-
2657 steigt. Diese und viele Überstunden sind eine Ursache für überlange Verfahren. Gerade für

2658 Menschen mit wenig Geld, die vor Sozial- und Verwaltungsgerichten ihre Ansprüche durchset-
2659 zen wollen, ist dies sehr bedrückend. Für DIE LINKE ist besonders wichtig: Rechtsschutz darf
2660 nicht vom Geldbeutel abhängen. Die Menschen müssen darauf vertrauen können, dass der
2661 Zugang zur Rechtsprechung nicht infolge fiskalischer Barrieren und Sparmaßnahmen begrenzt
2662 wird. Deshalb wenden wir uns gegen Beschränkungen der Beratungs-, Prozess- und Verfah-
2663 renskostenbeihilfen für die Bürger*innen.

2664

2665 **Bürgernehe Justiz – Erhalt von bürgernahen Gerichtsstandorten**

2666

2667 Wir stehen für den Erhalt einer bürgernahen Gerichtsstandortstruktur sowie einer bürger-
2668 freundlichen Justiz. Wir werden uns deshalb für den Ausbau von bürgerorientierten Justizzen-
2669 tren einsetzen. Die Grundversorgung mit Justizdienstleistungen mit einem möglichst wohnort-
2670 nahen Zugang der Bürger*innen mittels Einzelgericht soll verbessert werden. Wir unterstützen
2671 die Erhaltung und Sanierung des Landesgrundbucharchivs in Barby.

2672

2673 **Was wir für mehr Richter und Staatsanwälte tun wollen**

2674

2675 Sachsen-Anhalt hat eine ausreichende Stellenausstattung mit Richter*innen und Staatsan-
2676 wält*innen. Leider nur auf dem Papier. Denn das CDU-Justizministerium betreibt die Neubeset-
2677 zung freiwerdender Stellen nicht in dem erforderlichen Maße. Gerichte und Staatsanwaltschaften
2678 sind somit gravierend personell unterausgestattet. Um dem entgegenzutreten hat DIE
2679 LINKE eine Personalstrategie für ausreichende Neueinstellungen erarbeitet, um aktuelle und
2680 künftige Altersabgänge langfristig zu kompensieren. Das Land muss für den juristischen Nach-
2681 wuchs attraktiver werden und berufliche und persönliche Entwicklungsmöglichkeiten bieten.
2682 Das beginnt mit einer konkurrenzfähigen Werbung und guten Bedingungen für die Richter*in-
2683 nen auf Probe. Es muss sich mehr um Arbeitszufriedenheit und die Bedingungen für eine zuver-
2684 lässige Lebens- und Familienplanung gekümmert werden. Wir wollen eine Evaluation und Mo-
2685 dernisierung der Fort- und Weiterbildungen in der Justiz, darin eingeschlossen eine partielle
2686 Fortbildungspflicht unter Wahrung des Grundsatzes der richterlichen Unabhängigkeit.

2687

2688 **Nur eine digitalisierte Justiz ist auch eine bürgernahe Justiz**

2689

2690 Die Digitalisierung der Justiz ist unumkehrbar. Denn bis 2026 sind in allen Verfahrensarten
2691 elektronische Akten einzuführen. Wir sehen darin eine große Chance, Arbeitszeit einzusparen
2692 und Verfahren zu beschleunigen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Gerichte künftig Schrift-

Antrag-Nr. 4.5.

Antragsteller: Niklas David Gießler

Zeile 2693:

Nach „und“ neufassen:

„Videokonferenzen noch häufiger als bisher im Gerichtssaal abhalten können.“

Begründung:

In 128a ZPO schon seit Jahren möglich, daher faktisch falsch.

Der Landesvorstand übernimmt.

2693 sätze, Unterlagen, Akten, Dokumente elektronisch versenden und Videokonferenzen im Ge-
2694 richtssaal abhalten können. Richter*innen müssen die Möglichkeit erhalten, auch von zuhause
2695 Zugriff auf benötigte Fachprogramme zu haben. Wir wollen dafür sorgen, dass die Justiz ein
2696 leistungsstarkes Datennetz sowie eine moderne digitale Ausstattung erhält.

2697

2698 **Wir wollen neue Schwerpunktstaatsanwaltschaften einrichten**

2699

2700 Für die Verfolgung bestimmter schwerwiegender Strafsachen, einschließlich deren Strafvoll-
2701 streckung, wollen wir Schwerpunktstaatsanwaltschaften mit landesweiter Ermittlungsbefugnis
2702 einrichten. Dies ist vor allem in den Bereichen Rechtsextremismus und Gewalt gegen Frauen
2703 nötig.

2704

2705 **Sozial verträgliche Gerichts- und Rechtsanwaltsgebühren**

2706

2707 Der Zugang zu Gerichten und Einrichtungen der Justiz darf nicht durch finanzielle Hürden er-
2708 schwert oder sogar unmöglich gemacht werden. Im Bundesrat muss sich unser Land für sozial
2709 verträgliche Gerichts- und Rechtsanwaltsgebühren einsetzen.

2710

2711 **Warum wir das Strafrecht reformieren wollen**

2712

2713 Die Handlungsfähigkeit des Rechtsstaates wird nicht durch eine stetige Verschärfung des Straf-
2714 rechts garantiert. Es darf nur dann zur Anwendung kommen, wenn es unweigerlich erforderlich
2715 ist. Deswegen wollen wir Straftatbestände wie das „Containern“ oder das „Schwarzfahren“ ab-
2716 schaffen. Auch der Gebrauch von Drogen wie Cannabis sollte nicht weiter kriminalisiert wer-
2717 den. Die zutiefst frauenfeindliche Kriminalisierung der Information über Schwangerschaftsab-
2718 brüche muss schleunigst beendet werden. All das wird zu einer Entlastung bei Polizei, Staats-
2719 anwaltschaften und Gerichten, die für die Verfolgung schwerer Straftaten benötigt werden, füh-
2720 ren.

2721

2722 **Was wir für die Entlastung der Haftanstalten fordern**

2723

2724 Wer eine Ersatzfreiheitsstrafe absitzt, tut dies in der Regel, weil er seine Geldstrafe nicht be-
2725 zahlen kann. Mittels Bundesratsinitiative werden wir uns für die Abschaffung der Ersatzfrei-
2726 heitsstrafe einsetzen. Auf Landesebene wollen wir gemeinnützige Projekte wie „Arbeit statt
2727 Strafe“ ausbauen, in denen die Betroffenen ihre Geldstrafen abarbeiten können, ohne im Ge-
2728 fängnis zu sitzen.

2729

2730 **Mediation statt langer Gerichtsverfahren**

2731

2732 Nachbarschaftskonflikte und andere Streitigkeiten müssen nicht vor dem Kadi landen und da-
2733 mit Anwalts- und Gerichtskosten verursachen. Die Mediation ist ein immer häufiger eingesetz-
2734 tes Verfahren zur einvernehmlichen Schlichtung von Konflikten. Wir setzen uns deshalb dafür
2735 ein, dass im Bundesrat die Einführung einer finanziellen Unterstützung für Mediationen (Medi-
2736 ationshilfe) vorgebracht wird.

2737

2738 **Opferschutz und Opferhilfe verbessern**

2739

2740 Opfer einer Straftat zu werden ist oftmals ein so erschütternder Einschnitt in das persönliche
2741 Leben, dass noch sehr lange Hilfe benötigt wird. Daher setzen wir uns für einen Opferhilfefonds
2742 in Sachsen-Anhalt ein. Es geht um unbürokratische Hilfe, vor allem dann, wenn kein Geld aus

Antrag-Nr. 4.6.

Antragsteller: Niklas David Gießler

Zeile 2743:

Nach „kann“ ergänzen:

„und der Anspruch gegenüber dem Täter nicht durchsetzbar ist.“

Begründung:

In 128a ZPO schon seit Jahren möglich, daher faktisch falsch.

Der Landesvorstand übernimmt.

2743 dem bundesweiten Opferentschädigungsgesetz beansprucht werden kann. Die Landesregie-
2744 rung hat im Sommer dieses Jahres die Stelle einer ehrenamtlichen Opferbeauftragten einge-
2745 richtet. Wir fordern jedoch die Einrichtung einer Stelle eines/r hauptamtlichen Landesopferbe-
2746 auftragten, um die Unterstützung von Opfern und deren Angehörigen bestmöglich zu koordinieren
2747 sowie zu unterstützen und die Akteure des Hilfesystems zu vernetzen. Wir schlagen vor,
2748 dass die Einnahmen aus Geldauflagen im Rahmen von Strafverfahren stärker Einrichtungen
2749 zugute kommen, die Opferschutzarbeit leisten. Opfer von Straftaten sollen kostenlose Unter-
2750 suchungen in den Opferschutzambulanzen erhalten, weil sie eine gerichtsverwertbare Doku-
2751 mentation ihrer Verletzungen benötigen. Die in Halle und Magdeburg bestehenden Opfer-
2752 schutzambulanzen sind zu erhalten und auszubauen.

2753

Haftvermeidung und Täter-Opfer-Ausgleich

2754

2755

2756

2757

2758

2759

2760

2761

2762

2763

2764

2765

2766

2767

2768

2769

2770

2771

2772

2773

2774

2775

2776

2777

2778

2779

2780

2781

2782

Der Täter-Opfer-Ausgleich ist ein wichtiger Baustein bei der Bewältigung der Auswirkungen von Straftaten und für eine langfristig wirksame Resozialisierung von Straftäter*innen. Im Mittelpunkt steht dabei die Wiedergutmachung eines durch eine Straftat entstandenen materiellen und immateriellen Schadens. Gerichte und Staatsanwaltschaften sind in Sachsen-Anhalt dafür zu sensibilisieren, alle Möglichkeiten des Täter-Opfer-Ausgleichs in vollem Umfang - vor allem im Jugendbereich - zu nutzen. Weiterbildungen für Richter*innen, Staatsanwält*innen sowie Justizbedienstete sollen dieses Vorhaben unterstützen. DIE LINKE unterstützt Projekte zur Haftvermeidung durch frühzeitige ambulante sozialpädagogische Maßnahmen und Konfliktlösungen außerhalb der Gerichte, wie den Täter-Opfer-Ausgleich.

Was getan werden muss, damit Jugendliche nicht weiter auf die schiefe Bahn geraten

Es gibt gute Gründe dafür, dass das Jugendstrafrecht in wesentlichen Grundsätzen vom allgemeinen Strafrecht abweicht. Eine Jugendstraftat soll in erster Linie durch Erziehungsmaßregeln geahndet werden. Im Bereich des Jugendstrafvollzugs lehnen wir kriminalpolitische ad hoc-Entscheidungen und unverhältnismäßige, freiheitsentziehende Maßnahmen, wie etwa den sogenannten Warnschussarrest für Jugendliche und heranwachsende Straftäter*innen, kategorisch ab. Wir sehen vielmehr Handlungsbedarf an anderen Punkten. Um Chancen auf ein zukünftiges straffreies Leben zu erhöhen, muss der Jugendstrafvollzug die Jugendlichen aus den Gefängnisstrukturen und den dort herrschenden Subkulturen herauslösen. Deshalb wollen wir eine Modelleinrichtung „Strafvollzug in freien Formen“. Straffällige Jugendliche sollen in Wohngruppen an alltäglichen Problemlösungen beteiligt werden, um die soziale Verantwortung zu stärken. Um schneller auf Jugendkriminalität reagieren zu können, streben wir die Errichtung von Häusern des Jugendrechts an. Sie dienen der behördenübergreifenden Zusammenarbeit bei Straftaten von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden. Die Häuser sollen kurze Informationswege zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendgerichtshilfe, Gerichten sowie freien Trägern unter einem Dach bieten. Damit soll eine schnelle und individuell zugeschnittene Re-

2783 aktion auf straffälliges Verhalten erfolgen. Dagegen sprechen wir dem Jugendarrest eine über-
2784 zeugende erzieherische Wirkung ab. Zwischen Tat und Ahndung liegen regelmäßig größere Zeit-
2785 räume und die Rückfallquote ist relativ hoch. Die erforderliche intensive Betreuung durch Fach-
2786 personal kann nicht ausreichend gewährleistet werden. Solange jedoch für die Abschaffung
2787 keine rechtlichen Grundlagen auf Bundesebene existieren, hat der Vollzug des Jugendarrestes
2788 mit einem reformierten Landesgesetz in einer modernen Jugendarrestanstalt in Sachsen-Anhalt
2789 zu erfolgen. Auch Schulschwänzer*innen gehören nicht in den Jugendarrest. Wegsperrern ist
2790 aus pädagogischer und erzieherischer Sicht ungeeignet, nicht zielführend und untauglich.

2791

2792 **Straftäter resozialisieren**

2793

2794 Strafvollzug heißt resozialisieren und nicht einfach wegsperrern. Nur wer eine positive Perspek-
2795 tive für die Zeit nach der Haftentlassung hat, kann dauerhaft ein straffreies Leben führen. Daher
2796 ist ein professionelles Übergangsmanagement einzuführen. Damit sollen Gefangene und Haft-
2797 entlassene individuell begleitet und betreut werden. Für erfolgreiche Resozialisierungsmaßnah-
2798 men bedarf es einer ausreichenden Finanzierung, aber vor allem muss der personellen Unter-
2799 besetzung im Justizvollzug entgegengewirkt werden. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass
2800 für die Gefangenen ausreichende und gute Bildungs- und Qualifizierungsangebote sowie Ar-

Antrag-Nr. 4.7.

Antragsteller: Niklas David Gießler

Zeile 2801:

Nach „werden“ einfügen:

„Unabhängig hiervon und um faktischer Zwangsarbeit vorzubeugen, brauchen Gefangene ein Taschengeld, das nicht an Arbeitsmaßnahmen gebunden ist, um rudimentäre „Luxusgüter“ wie Haarfärbemittel, Kleidung oder Tabak zu ermöglichen.“

2801 beitsangebote im Strafvollzug zur Verfügung gestellt werden. Zu einem menschenwürdigen

2802 Strafvollzug gehört außerdem, dass die Arbeitsleistungen der Strafgefangenen in die gesetzli-

Antrag-Nr. 4.8.

Antragsteller: Niklas David Gießler

Zeile 2803:

Nach „werden“ neuen Absatz einfügen:

„Menschenrechte und Gesellschaft schützen- für einen humanen Maßregelvollzug

Schuldunfähige Menschen sind krank und brauchen Hilfe und keine Strafe, um an der Gesellschaft wieder teilnehmen zu können – Daher ist hier die Abwägung zwischen individuellen Rechten und dem Schutz der Gesellschaft besonders wichtig.

Wir fordern im Bereich des forensischen Maßregelvollzugs in Sachsen-Anhalt einen stärkeren Fokus auf die Rechte der Unterbrachten und eine bessere

Resozialisierungsperspektive, daher setzen wir uns im Maßregelvollzug für ein Recht auf Internetzugang, sowie Mediennutzung, sowie das Recht auf Privatsphäre durch persönliche Gegenstände, die nur bei konkretem Verdacht durchsucht werden können, sofern therapeutische Belange nicht im Wege stehen, des weiteren wollen wir landesweit einheitliche Regelungen zur Verringerung des Ermessens der Klinikleitung, um Willkürentscheidungen und Machtmissbrauch vorzubeugen. Ebenfalls müssen Unterbrachte ein Taschengeld erhalten. Die Möglichkeit der verpflichtenden ambulanten Betreuung für Bagatelldelikte im Strafprozess ist verstärkt zu nutzen.

Im Bundesrat soll sich das Land Sachsen-Anhalt darüber hinaus einsetzen für die Beibehaltung der Schuldunfähigkeit bei Drogen- oder Alkoholmissbrauch, eine maximale Unterbringungsdauer, nach der die Untergebrachten je nach medizinischem Zustand in die Freiheit oder die Sicherungsverwahrung entlassen werden, damit die Endloshaft endlich der Vergangenheit angehört, sowie den Richtervorbehalt bei der Unterbringung in Kriseninterventionszentren, also der Isolation.“

2803 che Rentenversicherung einbezogen werden.

2804

2805 **Justizvollzugsstandorte in Sachsen-Anhalt**

2806

2807 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die ab dem Jahr 2025 vorgeschriebene Einzelunterbringung
2808 von Gefangenen flächendeckend sichergestellt wird. Die dafür notwendige Erweiterung der Jus-
2809 tizvollzugsanstalt Halle (Dessauer Straße), deren bauliche Umsetzung sowie Finanzierung wer-
2810 den wir kritisch begleiten. Eine Privatisierung von Teilen des Strafvollzugs lehnen wir strikt ab,
2811 ebenso die Privatisierung von Tätigkeiten im Strafvollzug. Unser Anspruch ist es, den offenen
2812 Vollzug zu stärken und künftig zum Regelvollzug auszugestalten. Für eine effektive Arbeit der
2813 Ermittlungsbehörden müssen die beiden rechtsmedizinischen Standorte in Magdeburg und
2814 Halle erhalten bleiben. Ihr Erhalt ist ebenfalls Voraussetzung dafür, eine generell verpflichtende
2815 zweite Leichenschau bei Erd- und Feuerbestattungen realisieren zu können. Dazu bedarf es
2816 einer generellen Reformierung des Bestattungsrechts.

2817

2818

2819 **VI.3 Inneres, Feuerwehren und Bevölkerungsschutz**

2820

2821 Eines der Grundbedürfnisse der Menschen ist es, sicher leben und arbeiten zu können. Das
2822 heißt vor allem vor Kriminalität geschützt zu werden sowie vor Armut, vor Ausgrenzung, aber
2823 auch vor unverhältnismäßigen Eingriffen des Staates in ihr Leben. Wir wollen weg von einem
2824 auf Law & Order reduzierten Sicherheitsbegriff, der vor allem auf Restriktion, Abschreckung
2825 und Überwachung setzt, hin zu einem umfassenden Begriff von öffentlicher Sicherheit. Wir ste-
2826 hen für eine Politik, die dort ansetzt, wo Menschen in ihrem täglichen Erleben tatsächlich mit
2827 Unsicherheiten zu kämpfen haben. Der populistische Ruf nach dem starken Staat kommt zwar
2828 im Bereich der Sicherheit sehr laut aus der CDU, zugleich wird der Staat da, wo er konkret
2829 erlebbar ist, aber immer weiter geschwächt. Wenn es um den Schutz vor rassistischem und
2830 rechtsextremem Terror geht, haben die Sicherheitsbehörden regelmäßig versagt. Zunehmende
2831 Cyberkriminalität, internationaler Terrorismus und Neonaziterror sowie eine zunehmende Ver-
2832 rohung der Gesellschaft im sozialen Nahbereich – das alles zählt zu den zentralen innenpoliti-
2833 schen Herausforderungen.

2834

2835 **Polizei besser aufstellen**

2836

2837 Sachsen-Anhalt benötigt motivierte und bürgernah agierende Polizist*innen, die flächende-
2838 ckend präsent und einsatzbereit sind. CDU und SPD haben in den letzten Jahren einen unver-
2839 antwortlichen Personalabbau betrieben, der mittlerweile zu einem Personalnotstand führt, der
2840 von den Polizist*innen ausgebadet werden muss und der eindeutig zu Lasten der Öffentlichen
2841 Sicherheit geht.

2842

2843 **Was DIE LINKE für Personal, Bezahlung und Ausstattung der Polizei tun will**

2844

2845 Für DIE LINKE steht Nachwuchsgewinnung bei der Polizei im Vordergrund. Die hohe Zahl von
2846 Altersabgängen bei der Polizei muss kompensiert werden. Aus diesem Grund sind die Anzahl
2847 von Neueinstellungen, die Ausbildungskapazitäten und -inhalte konsequent an künftige Her-
2848 ausforderungen anzupassen und auszubauen. Wir fordern eine vorausschauende Personalpla-
2849 nung bei der Polizei, die verlässlich und motivierend für die Lebensplanung der Beamten*innen
2850 ist. Dies schließt eine moderne Polizeiausbildung, die Reduzierung von Mehrarbeit und Über-
2851 stunden, gute Bezahlung, ein wirksames Gesundheitsmanagement ein.

2852

2853 **Beförderungstau auflösen**

2854

2855 Seit vielen Jahren warten Polizeibeamt*innen in Sachsen-Anhalt vergeblich auf ihre Beförde-
2856 rung, obwohl sie beförderungsfähig waren. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass dieser Beförde-
2857 rungstau unverzüglich abgearbeitet wird. Hierzu bedarf es eines jährlich verlässlichen, lang-
2858 fristigen und rechtzeitigen Beförderungskonzeptes. Das Budget zur Finanzierung muss so aus-
2859 gestaltet sein, dass es für alle beförderungreifen Polizeibeamt*innen hinreichend ist.

2860

2861 **Polizeigebäude sanieren**

2862

2863 Marode polizeiliche Gebäude müssen schnellstens saniert werden, um die örtliche Unterbrin-
2864 gungssituation und infolgedessen die Arbeitsbedingungen der Polizist*innen zu verbessern. Die
2865 bauliche Situation der Polizeigebäude muss zur „Chefsache“ in der Landesregierung erklärt, die
2866 diesbezüglichen Kompetenzschiebereien zwischen dem Ministerium für Finanzen und dem Mi-
2867 nisterium für Inneres und Sport des Landes müssen beendet werden.

2868

2869 **Ausbildung, Fortbildung und Qualitätssicherung**

2870

2871 Eine Grundlage dafür, dass die Polizei ihre Aufgaben verantwortungsvoll erfüllen kann, ist eine
2872 fundierte Ausbildung. Die polizeiliche Aus- und Fortbildung muss deshalb in hoher Qualität und
2873 mit ausreichend personellen, räumlichen und sächlichen Kapazitäten sichergestellt werden.
2874 Um diskriminierende polizeiliche Maßnahmen zu verhindern, müssen Polizist*innen bereits
2875 während ihrer Ausbildung entsprechend sensibilisiert werden und Fortbildungen zu interkultu-
2876 reller Kompetenz verbindlich werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Ausbildung für den
2877 Kriminalpolizeidienst über einen eigenständigen Studiengang „Kriminalistik“ qualifiziert wird.

2878

2879 **Sicherheit ist eine öffentliche Aufgabe**

2880

2881 Eine Verlagerung des staatlichen Gewaltmonopols auf kommunale Vollzugsbedienstete lehnen
2882 wir ab. Erst recht lehnen wir die Übertragung hoheitlicher Aufgaben auf private Sicherheitsun-
2883 ternehmen vehement ab. Ermittlungs- und Strafverfolgungsaufgaben gehören ausschließlich in
2884 die Hände von öffentlichen Bediensteten. Bürgerwehren oder andere vergleichbare Strukturen,
2885 die das Gewaltmonopol in Frage stellen, lehnen wir ab.

2886

2887

2888

2889 **Aufklärung und Untersuchung rechtsextremer und antisemitischer Vorfälle in den Si- 2890 cherheitsbehörden**

2891

2892 In den letzten Jahren sorgten immer wieder Enthüllungen über rechte Netzwerke in Polizei und
2893 Bundeswehr, unerlaubte Informationsweitergabe an rechtsextreme Gruppen, Berichte über Po-
2894 lizeigewalt und rechtswidrige Maßnahmen aus rassistischen Motiven für Erschütterung. Auch
2895 in Sachsen-Anhalt wurden antisemitische und rechtsextreme Vorfälle in der Bereitschaftspoli-
2896 zei bekannt, die aufgeklärt werden müssen. Wer Sicherheit will, muss auch eine kritische Über-
2897 prüfung polizeilichen Handelns garantieren. Der Aktionismus des Innenministers kann die Ver-
2898 säumnisse der letzten Jahre nicht aufwiegen. Offensichtlich haben wir es mit einem strukturel-
2899 len Problem zu tun, das einer unabhängigen Beschwerdestelle, externer Ermittlungen und Zu-
2900 sammenarbeit mit nicht-staatlichen Fachstellen bedarf, aber auch einer anderen Haltung, mit
2901 der das Innenministerium und damit die Landespolizei geführt wird. Hierfür brauchen wir eine
2902 funktionierende Fehlerkultur, wirksame Strukturen des Beschwerdemanagements, eine kriti-
2903 sche Überprüfung der Verfasstheit der Sicherheitsbehörden und dienstrechtlicher Konsequen-
2904 zen.

2905

2906 **Diskriminierende Strukturen abbauen**

2907

2908 Strukturen, die zu diskriminierendem Handeln der Sicherheitsbehörden führen, müssen abge-
2909 baut werden. Neben der verstärkten Sensibilisierung und verbindlichen Aus- und Fortbildungs-
2910 maßnahmen brauchen wir auch eindeutige gesetzliche Regelungen, die diskriminierende Maß-
2911 nahmen nicht nur abstrakt verbieten (wie bisher), sondern sie auch effektiv verhindern.

2912 Racial Profiling bei der Polizei muss unterbunden werden. DIE LINKE wird sich für die Erarbei-
2913 tung einer umfassenden wissenschaftlichen Studie zu Racial Profiling einsetzen, um auf deren
2914 Grundlage strukturellen Rassismus in der Polizei zu erkennen und abzustellen.

2915 Ein Versagen wie im Umgang mit den Überlebenden des Anschlags vom 9. Oktober 2019 darf
2916 sich nicht wiederholen. Betroffene rechter Gewalt und rechten Terrors dürfen nicht wie Ver-
2917 dächtige behandelt werden, sondern müssen Schutz und Unterstützung erfahren.

2918

2919 **Demokratische Kontrolle der Sicherheitsbehörden**

2920

2921 Polizeiliches Handeln ist hoheitliches Handeln. Das Gewaltmonopol des Staates legitimiert sich
2922 nur durch die besondere Bindung an Recht und Gesetz und muss deshalb auch besonderer
2923 Kontrolle unterliegen. Die bereits eingeführte Kennzeichnungspflicht von uniformierten Polizei-
2924 beamt*innen wollen wir beibehalten. Wir wollen sie mittels der Einrichtung einer tatsächlich
2925 unabhängigen Anlauf- und Beschwerdestelle sowohl für Betroffene als auch für Angehörige der
2926 Polizei zur Untersuchung polizeilichen Fehlverhaltens - faktisch losgelöst und unabhängig vom
2927 Ministerium für Inneres und Sport - stärken. Die parlamentarischen Kontrollbefugnisse gegen-
2928 über den Sicherheitsbehörden müssen deutlich erweitert werden. Nazis, Rassisten und Antise-
2929 miten müssen aus dem Polizeidienst entfernt werden.

2930

2931

2932 **VI.4 Wir wollen die Verfassung schützen**

2933

2934 Die Abteilung für Verfassungsschutz im Ministerium für Inneres und Sport hat nicht den Nach-
2935 weis erbracht, dass eine nachrichtendienstliche Behörde ein geeignetes Frühwarnsystem vor
2936 Gefahren für unsere Demokratie und unsere freie Gesellschaft ist. Zudem entzieht sie sich wei-
2937 testgehend einer parlamentarischen Kontrolle und vollständig einer öffentlichen Kontrolle. Da-
2938 her bleiben wir bei unserer Auffassung, dass die Abteilung für Verfassungsschutz aufzulösen
2939 ist. Zur Stärkung der demokratischen Kultur wollen wir einerseits Wissenschaft und Zivilgesell-
2940 schaft und andererseits die Polizei zur Gefahrenabwehr weiter stärken und unterstützen. Es soll

2941 wissenschaftlich erforscht werden, was zur Förderung der demokratischen Kultur erforderlich
2942 ist und ein Erkenntnistransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft
2943 hergestellt werden. Wir wollen langfristig Informations- und Dokumentationsstellen in Bund und
2944 Ländern etablieren, die neonazistische, rassistische, antisemitische und demokratiefeindliche
2945 Aktivitäten und Einstellungen erfassen und dokumentieren – wissenschaftlich und transparent.
2946 Für eine wirksame Terrorismusbekämpfung und Spionageabwehr wollen wir das Personal beim
2947 Landeskriminalamt stärken, statt den Geheimdienst mit zusätzlichem Personal aufzublähen.

2948

2949 Eine der wichtigsten Aufgaben in den nächsten Jahren wird es sein, den Anschlag von Halle
2950 umfassend aufzuarbeiten. Eine kritische Überprüfung polizeilichen Handelns und der diesem
2951 zugrunde liegende Gefährdungsanalysen ist dafür unverzichtbar.

2952

2953 **Versammlungsrecht**

2954

2955 Die Versammlungsfreiheit ist ein hohes Verfassungsgut. Wir setzen uns deshalb für ein demo-
2956 kratieförderndes und grundrechtsbezogenes Versammlungsrecht ein. Versammlungsbehörden
2957 und Polizei haben zuallererst die Pflicht, dieses verfassungsmäßige Recht auf Versammlungs-
2958 freiheit zu garantieren. Dieser Verantwortung müssen die Versammlungsbehörden durch ihr
2959 Agieren und die Einsatzstrategien der Polizei gerecht werden und Strategien der Deeskalation
2960 erarbeiten. Staatliche Beschränkungen und Auflagen für Versammlungen dürfen nicht dazu füh-
2961 ren, dass Versammlungen erschwert und das Versammlungsrecht willkürlich eingeschränkt
2962 wird. Zugleich sehen wir, dass bei rechten und verschwörungsideologischen Versammlungen
2963 immer wieder Auflagen verletzt werden, Beobachtende und Journalist*innen angegriffen wer-
2964 den und strafrechtlich relevante Aussagen getätigt werden können. Das ist nicht hinnehmbar.
2965 Hier haben wir es allerdings nicht mit einem Problem in der Rechtslage zu tun, sondern mit der
2966 fehlenden Durchsetzung geltenden Rechts. Wir wollen dafür sorgen, dass Versammlungsbehör-
2967 den und Polizei ihren Auftrag erfüllen und Straftaten und Auflagenverstöße konsequent ahnden,
2968 Pressefreiheit schützen und Straftaten und Übergriffe als solche erkennen, diese voll umfäng-
2969 lich dokumentieren, rechtlich zutreffend analysieren und vor allem: eingreifen, ahnden und
2970 sanktionieren. Denn der Staat und seine Behörden sind nicht neutral. Sie sind der Demokratie
2971 verpflichtet.

2972

2973 **Feuerwehr, Rettungsdienst, Katastrophenschutz**

2974

2975 DIE LINKE bringt den Beschäftigten der Feuerwehr, der Rettungsdienste und des Katastro-
2976 phenschutzes große Wertschätzung entgegen. Wir fordern mehr Anerkennung für ihre Leis-
2977 tung im Haupt- und Ehrenamt für unser aller Wohl. Wir finden, dass für **ehrenamtliche Tätig-
2978 keit Rentenpunkte zur gesetzlichen Rente für die Teilnahme am aktiven Einsatzdienst
2979 bei den freiwilligen Feuerwehren als Anerkennung des Ehrenamtes wichtig sind.** Eine
2980 gute Jugendarbeit mit der Nachwuchsförderung in Kinder- und Jugendfeuerwehren und der
2981 Ausbau der Entschädigungsmöglichkeiten der freiwilligen Feuerwehren bilden die Grundlage
2982 dafür. Die Forderung nach einem Erlass einer Feuerwehr-Entschädigungs-Verordnung am Thü-
2983 ringer Modell unterstützen wir ausdrücklich.

2984

2985 Wir fordern mehr Personal für das Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge
2986 und die Förderung der Landesrettungsschule zur Gewährleistung einer hochwertigen Ausbil-
2987 dung.

2988

2989 Für eine gute ehrenamtliche Arbeit ist die Kommunikation auf allen Ebenen wichtig, diese ist
2990 oftmals nicht gegeben, daher beantragten wir bereits die Einrichtung eines Landesbeirates für
2991 Brandschutz, Hilfeleistung und Katastrophenschutz. Leider wurde dieser bis heute nicht ein-
2992 gerichtet, wir bleiben dran. Gesundheit ist auch bei den ehrenamtlichen Helfer*innen ein ho-
2993 hes Gut. Daher ist es uns wichtig, einen verbesserten Schutz der Kamerad*innen bei Einsätzen
2994 zu gewährleisten. Eine Reform der Feuerwehrunfallkasse in Sachsen-Anhalt ist unbedingt not-
2995 wendig. Hierbei steht die Anpassung an aktuelle Anforderungen und Verbesserung der Aner-
2996 kennung von Unfällen im aktiven Einsatzdienst der Feuerwehren und eine Verbesserung der
2997 Traumabewältigung (Krisenintervention) für schwere Einsätze der freiwilligen Feuerwehren
2998 und des Rettungsdienstes im Vordergrund. Finanziell ist dies durch die Auszahlung von 90
2999 Prozent der Einnahmen der Feuerschutzsteuer an die Städte und Gemeinden zweckgebunden
3000 für den Brandschutz abzusichern. Eine aus Spargesichtspunkten betriebene Zentralisierung
3001 der Rettungsleitstellen im Land lehnen wir ab.

3002
3003 Das Kostenerstattungssystem für Feuerwehren und Rettungsdienste muss vereinfacht wer-
3004 den.

3005
3006

3007 **VI.5 Antifaschistische Politik**

3008

3009 Seit dem Frühjahr 2020 hat unsere Landesverfassung eine Antifaschismusklausel. Gemäß Ar-
3010 tikel 37a ist es „Verpflichtung aller staatlichen Gewalt und Verantwortung jedes Einzelnen, eine
3011 Wiederbelebung oder Verherrlichung des Nationalsozialismus sowie rassistische und antisemi-
3012 tische Aktivitäten nicht zuzulassen“. Das ist ein wichtiges Signal, für das DIE LINKE gekämpft
3013 hat. Sachsen-Anhalt zählt zu den Ländern mit den meisten rechtsextremen, rassistisch und
3014 antisemitisch motivierten Straftaten pro 100.000 Einwohner*innen in der Bundesrepublik. Die
3015 extreme Rechte verschiebt den Diskurs, befeuert rechten Terror und treibt zugleich Regierun-
3016 gen vor sich her. In Sachsen-Anhalt sympathisieren Teile der CDU offen mit einer Zusammen-
3017 arbeit mit der AfD. Wir kämpfen gegen jeden Einfluss der extremen Rechten auf die Regierungs-
3018 politik. Für DIE LINKE ist klar: Sachsen-Anhalt braucht antifaschistische Politik mehr denn je,
3019 symbolisch und konkret.

3020

3021 **Antifaschistische Kämpfe gemeinsam führen**

3022

3023 Antifaschistische Politik findet an vielen Orten statt – in Anwohner*inneninitiativen, Bildungs-
3024 projekten, Bündnissen, Vereinen wie der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – bis hin
3025 zum Engagement Einzelner. Sie alle haben in den letzten Jahren zunehmend Abwehrkämpfe zu
3026 führen. DIE LINKE steht für die Verbindung dieser antifaschistischen Kämpfe im Parlament und
3027 in der Gesellschaft, für Solidarität und für antifaschistisches Selbstbewusstsein, an der Seite
3028 der Betroffenen, solidarisch mit sozialen Bewegungen und außerparlamentarischen Gruppen.
3029 Wir nehmen nicht hin, wenn Gewerkschafter*innen, Schüler*innen von Fridays for Future und
3030 Antifaschist*innen als linksextrem diskreditiert werden. Den unwissenschaftlichen Extremis-
3031 musbegriff, der auf der Totalitarismustheorie aufbaut, wollen wir als Grundlage staatlichen Han-
3032 delns streichen.

3033 Wir blockieren weiterhin gemeinsam in breiten Bündnissen Naziaufmärsche und kämpfen ge-
3034 gen rassistische Angriffe. Ziviler Ungehorsam gehört zum demokratischen Protest.

3035

3036 **Einsatz für Demokratie stärken**

3037

3038 Wir wollen den Einsatz für die Demokratie stärken und die Förderung zivilgesellschaftlichen
3039 Engagements verlässlich finanzieren. Dazu werden wir das Landesprogramm für Demokratie,
3040 Vielfalt und Weltoffenheit aufstocken, die Antragstellung vereinfachen und das Programm hin-
3041 sichtlich der förderbaren Aktivitäten überarbeiten. Für die Demokratieförderung in Sachsen-
3042 Anhalt wollen wir eine eigenständige gesetzliche Grundlage schaffen, die den Trägern Rechts-
3043 sicherheit und Verlässlichkeit garantiert und dauerhafte Förderung ermöglicht.

3044

3045 **Betroffene schützen und Beratung stärken**

3046

3047 Wir wollen das Monitoring politisch motivierter Straftaten in Zusammenarbeit mit den Opferbe-
3048 ratungsstellen verbessern und die Mobile Opferberatung dauerhaft besser finanzieren. Eine
3049 Meldestelle für antisemitische Vorfälle soll eingerichtet werden. Für Opfer rechtsextremer Ge-
3050 walt fordern wir ein Bleiberecht, um der auf Vertreibung gerichteten Ideologie der Täter entge-
3051 genzutreten und die Betroffenen zu schützen. Betroffene wollen wir besser schützen, den
3052 Schutz von Synagogen, Moscheen und anderen bedrohten sakralen Orten ausbauen. Analyse,
3053 Aufklärung und Beratung sind entscheidend für den gesellschaftlichen Einsatz gegen die ext-
3054 reme Rechte. Wir werden die Förderung der Träger, z.B. der Regionalen Beratungsteams und
3055 der Arbeitsstelle Rechtsextremismus sowie lokaler Bündnisse ausbauen. Die Versuche von AfD
3056 und CDU, diese Arbeit zu delegitimieren, weisen wir zurück, ebenso den Versuch, über die fal-
3057 sche Auslegung des Neutralitätsgebots die Arbeit freier Träger zu entpolitisieren und ihr Eintre-
3058 ten für Menschenrechte und die Verfassung zu diskreditieren.

3059

3060 **Konsequente Strafverfolgung und Entwaffnung**

3061

3062 Ohne ein Ende des gesellschaftlichen Rechtsrucks wird auch keine sicherheitspolitische Maß-
3063 nahme das Erstarken der extremen Rechten stoppen. Und doch ist der Staat gefragt. Denn
3064 Agieren von Polizei und Justiz hat entscheidenden Einfluss auf Täter, wie auf Betroffene rechter
3065 Gewalt. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, wie nicht zuletzt auch der Halle-Prozess ge-
3066 zeigt hat. Polizeikräfte und die Staatsanwaltschaften müssen Formen, Strukturen und Realität
3067 des Rechtsextremismus kennen und zutreffend analysieren können, um effektive Strafverfol-
3068 gung sicherzustellen und Ermittlungen umfassend betreiben zu können. Die Richtlinien zur Ver-
3069 folgung politisch motivierter Straftaten und deren Umsetzung wollen wir extern wissenschaft-
3070 lich untersuchen lassen und anhand der Ergebnisse anpassen. Die Praxis der Einstellung von
3071 Strafverfahren bei rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt werden wir überprüfen.
3072 Dass Menschen, die regelmäßig Betroffene rechter Hetze und Gewalt werden, Straftaten nicht
3073 mehr anzeigen, weil sowieso nichts passiert, können und wollen wir nicht hinnehmen. In einem
3074 Lagebild „offene Haftbefehle“ wollen wir den Vollzug von Haftbefehlen gegen Neonazis und
3075 andere extrem Rechte untersuchen und verbessern.

3076

3077 DIE LINKE steht für deutlich weniger Waffen im privaten Besitz. Die Waffenbehörden müssen
3078 die Einhaltung der entsprechenden Gesetze umsetzen und kontrollieren. Waffenrechtliche ge-
3079 setzliche Regelungen gehören auf den Prüfstand und es müssen individuelle Waffenverbote und
3080 Kontrollen stärker zum Tragen kommen. Wir wollen die Entwaffnung der extremen Rechten und
3081 besonders der sogenannten Reichsbürger*innen vorantreiben.

3082 **Bildung und Gedenken**

3083

3084 Wir wollen Beratungsangebote zum Umgang mit rechtsextremer, rassistischer und antisemiti-
3085 scher Gewalt für Schulen schaffen und die Auseinandersetzung mit rechtem Terror in den Lehr-
3086 plänen verankern. Wir setzen uns für eine antifaschistische Erinnerungskultur und den 8. Mai
3087 als Tag der Befreiung vom Faschismus als Feiertag ein. Wir werden Stätten der Erinnerung un-
3088 terstützen, ihre Finanzierung ausbauen und sichern.

3089
3090

3091 **VI.6 Für Religionsfreiheit und die Trennung von Kirche und Staat**

3092
3093 Für DIE LINKE bleiben die christlichen Kirchen ein wichtiger zivilgesellschaftlicher Partner im
3094 humanistischen Dialog, auch wenn die Mehrheit der Menschen in Sachsen-Anhalt ohne religi-
3095 öses Bekenntnis lebt.

3096
3097 Wir empfinden Hochachtung für das Engagement von Christ*innen für die Integration von Mig-
3098 rant*innen und in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten. Darüber hinaus wollen wir

Antrag-Nr. 4.9.

Antragsteller: Niklas David Gießler

Zeile 3099:

Nach „und“ einfügen:

„den *demokratischen* muslimischen“

3099 die Kontakte zu den jüdischen und muslimischen Gemeinden im Land intensivieren und sie bei
3100 ihrem Recht auf Religionsausübung unterstützen. Wir wollen die Beziehung zwischen dem Land
3101 Sachsen-Anhalt und dem Landesverband der muslimischen Gemeinden institutionalisieren und
3102 rechtlich absichern.

3103
3104 Dass Juden und Muslime immer wieder bedroht, beleidigt und angegriffen werden, verlangt
3105 nach einer höheren Sensibilität der Verfolgung solcher Straftaten genauso wie nach einer ge-
3106 sellschaftlichen Ächtung von Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit. Der schreckliche An-
3107 schlag auf die jüdische Gemeinde in Halle unterstreicht die Notwendigkeit eines kompromiss-
3108 losen Kampfes gegen alle Formen des Antisemitismus in Deutschland.

3109
3110 Das im Grundgesetz festgeschriebene Recht auf einen fakultativen Religionsunterricht steht
3111 einem verbindlichen Angebot eines Werteunterrichtes, der Grundverständnis der Weltreligio-
3112 nen vermittelt, nicht entgegen.

3113
3114 Die beiden christlichen Großkirchen verfügen über zahlreiche finanzielle Privilegien, die für ein
3115 finanzschwaches Land wie Sachsen-Anhalt nicht mehr zeitgemäß sind. Das Land Sachsen-An-
3116 halt zahlt wegen der bisher abgeschlossenen Verträge die mit Abstand höchsten Pro-Kopf-Leis-
3117 tungen an die Kirchen. Es gibt auch keine zeitliche Begrenzung dieser dynamisch steigenden
3118 Kosten. Seit über 100 Jahren fordern Verfassung und Grundgesetz die Ablösung der Staatskir-
3119 chenleistungen für die evangelische und katholische Kirche. Wir werden uns auch dafür einset-
3120 zen, dass dieser verfassungswidrige Zustand beendet wird. Entweder über eine Abgeltung die-
3121 ser Ansprüche durch eine Übernahme der Baulast von besonders kulturhistorisch bedeutenden
3122 Kirchen und Gebäuden oder eine Einmalzahlung aus dem Landeshaushalt.

3123
3124

3125 **VI.7 Bundes- und Europapolitik**

3126

3127 Als Internationalist*innen wissen wir, dass die Zukunft Sachsen-Anhalts nicht nur Teil der Ent-
3128 wicklung Deutschlands ist, sondern untrennbar in europäische und globale Zusammenhänge
3129 eingebettet ist. Der Weg unseres Landes kann nur erfolgreich sein, wenn unsere Nachbarlän-
3130 der, die gesamte Europäische Union und Europa als Ganzes seine Integration vertieft.
3131 Wir haben gesehen, wie während der Corona-Pandemie nationalistische Abschottung Probleme
3132 verschärft, statt sie zu lösen. Deswegen kämpfen wir für einen grundlegenden Wandel der Eu-
3133 ropäischen Union, von einem marktorientierten Staatenbund hin zu einer echten Solidarge-
3134 meinschaft, die den Menschen in den Mitgliedsländern soziale Sicherheit gibt, statt diese zu
3135 bedrohen, die reale Schritte hin zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft einleitet und als stabilisie-
3136 render Friedensfaktor weltweit wirkt. Wir streiten für die Durchsetzung grundsätzlicher Werte
3137 wie Rechtsstaatlichkeit, gegen die Diskriminierung von Minderheiten und für die humanistische
3138 Aufnahme von Flüchtlingen als verbindende Grundlage der Europäischen Union. Sachsen-An-
3139 halt hat in den vergangenen Jahren sehr viel von Strukturfördermitteln der Europäischen Union
3140 profitiert. Wir wollen diese Mittel auch in Zukunft für die Entwicklung der Infrastruktur und für
3141 sozialpolitische Projekte in Sachsen-Anhalt einsetzen und setzen uns für eine verbesserte Zu-
3142 gänglichkeit und Abrechnung dieser Gelder ein. Wir beteiligen uns nicht an der engstirnigen
3143 Diskussion über Nettozahlungen an den EU-Haushalt, weil wir wissen, dass die Strukturförde-
3144 rung, insbesondere bei unseren osteuropäischen Nachbarn, die Entwicklung voranbringen kann
3145 und damit auch die Rahmenbedingungen für Sachsen-Anhalt geschaffen werden.

3146
3147 Wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland schaden nicht nur der russischen Wirtschaft, son-
3148 dern auch der ostdeutschen wirtschaftlichen Entwicklung und dies außerdem überdurch-
3149 schnittlich stark im Vergleich zu den alten Bundesländern. Auch wenn wir für den Wegfall der
3150 Wirtschaftssanktionen der Europäischen Union gegen Russland eintreten und eine Phase der
3151 Kooperation und Zusammenarbeit einleiten wollen, setzen wir uns für Rechtsstaatlichkeit und
3152 Demokratie in Russland ein.

3153
3154 In Sachsen-Anhalt leben etwa 34.000 nichtdeutsche EU-Bürger*innen. Sie arbeiten in der Land-
3155 wirtschaft, der Lebensmittelindustrie, der Gastronomie und im Tourismus. Ohne sie würde in
3156 der Pflege nichts mehr laufen. Darüber hinaus gibt es eine hohe Zahl von Werkvertragsarbei-
3157 ter*innen. Leider hat Sachsen-Anhalt im Vergleich zu westlichen Bundesländern eine niedrige
3158 Attraktivität für den Zuzug von EU-Bürger*innen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass das Land
3159 Sachsen-Anhalt mehr für den Arbeitsschutz und zur sozialen Absicherung der EU-Bürger*innen
3160 tut. Zoll und Landesbehörden müssen hier zusammenwirken. Auf der Bundesebene geht es um
3161 das Verbot von Werksverträgen und den Anspruch auf SGB II-Leistungen ohne Fristen für den
3162 Zugang von Menschen aus Osteuropa, die Stärkung der Beratungsstruktur und den Zugang zu
3163 Sprachkursen für EU-Bürger*innen. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung wer-
3164 den wir weiter für eine interkulturelle Öffnung in Verwaltung und Zivilgesellschaft streiten.

3165
3166

3167 **VI.8 Für eine plurale Medienlandschaft**

3168
3169 DIE LINKE setzt sich für Qualität, Medienvielfalt und Transparenz als wichtiges Instrument de-
3170 mokratischer Willensbildung und Teilhabe, für eine kritische Öffentlichkeit und für einen allge-
3171 meinen, freien und sozial gleichen Zugang zu den Medien ein. Veränderte Nutzungsgewohnhei-
3172 ten und -angebote in Zeiten der Digitalisierung bedeuten einen radikalen Umbruch in der Me-
3173 dienlandschaft. Dieser Umbruch geht einher mit einem zunehmenden Legitimationsdruck öf-
3174 fentlich-rechtlicher Medien und mit sich verschlechternden Rahmen- und Arbeitsbedingungen,

3175 der Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen und einer zunehmenden Kommerzialisierung von
3176 journalistischen Angeboten u.a. durch die sinkenden Printauflagen und Konzentrationspro-
3177 zesse bei Zeitungen und Redaktionen.

3178
3179 DIE LINKE setzt sich für eine plurale Medienlandschaft ein. Dazu gehören die Regionalstudios
3180 des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die Bürgermedien mit den sieben Offenen Kanälen und
3181 den zwei nichtkommerziellen Radiosendern sowie die privaten Radiosender und regionalen
3182 Fernsehsender.

3183
3184 **Öffentlich-rechtlicher Rundfunk**

3185
3186 Grundauftrag der öffentlich-rechtlichen Medien ist es, mittels Information, Bildung, Beratung,
3187 Kultur und Unterhaltung einen Beitrag zur Meinungsvielfalt und somit zur öffentlichen Mei-
3188 nungsbildung zu leisten. Für ein unabhängiges Programm, das frei von den Interessen Dritter
3189 gestaltet werden kann, brauchen öffentlich-rechtliche Sender eine bedarfsgerechte Finanzia-
3190 rung. DIE LINKE setzt sich für die Ausweitung der Beitragsbefreiung u.a. auf soziale Einrichtun-
3191 gen und Menschen mit Beeinträchtigungen ein. Eine Kompensation der Beitragsbefreiungen
3192 aus Steuermitteln würde einen erheblichen Beitrag zum Bürokratieabbau leisten, ist mit der
3193 gebotenen Staatsferne vereinbar und würde den Rundfunkbeitrag längerfristig stabil halten.
3194 DIE LINKE lehnt Programmkürzungen und Kürzungen bei den festen und freien Mitarbeiter*in-

Antrag-Nr. 6.

Antragsteller: Stefan Gebhardt

Zeile 3195:

Nach „... Programmvielfalt.“ folgenden Absatz einfügen:

„Die Bestrebungen von CDU/CSU, ARD und ZDF fusionieren zu lassen, werden von uns konsequent abgelehnt. Stattdessen wollen wir eine Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Wir setzen auf Qualität statt Quote. Nicht der Marktanteil entscheidet über den Erfolg, sondern die Vielzahl qualitativ hochwertiger Angebote und deren gesellschaftliche Reichweite. Darüber hinaus brauchen wir mehr Engagement vor Ort. Der Kultur- und Bildungsauftrag im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist unumstritten und gerade in der Pandemie ist die Bedeutung dieses Auftrages umso deutlicher geworden. Dieser muss weiter ausdifferenziert und gestärkt werden.“

Der Landesvorstand übernimmt.

3195 nen im ÖRR ab und fordert mehr journalistische Berichterstattung und mehr Programmvielfalt.
3196 Darüber hinaus fordert DIE LINKE umfassende Transparenz der Gehaltsstrukturen. Dazu ge-
3197 hört, dass sich Intendant*innengehälter an der Besoldung von Ministerpräsident*innen orien-
3198 tieren und auch außer- und übertarifliche Gehälter in einer strukturierten Darstellung öffentlich
3199 zugänglich gemacht werden.

3200
3201 **Bürgermedien**

3202
3203 Bürgermedien mit ihren lokalen und regionalen Bezügen sind Teil der demokratischen Willens-
3204 bildung, sie sind Orte der Integration und Koordination aller gesellschaftlichen Gruppen und
3205 Instrumente politischer Bildung und Medienkompetenz. DIE LINKE will diese Funktionen stär-
3206 ken und gemeinsam mit den Bürgermedien im Land weiterentwickeln.

3207
3208
3209 **Teil VII: Wer bezahlt die Rechnung für die Krise?**

3210
3211
3212
3213
3214
3215
3216
3217
3218
3219
3220
3221
3222
3223
3224
3225
3226
3227
3228
3229
3230
3231
3232
3233
3234
3235
3236
3237
3238
3239
3240
3241
3242
3243
3244
3245
3246
3247
3248
3249
3250
3251
3252
3253
3254
3255

DIE LINKE steht dafür, dass Superreiche zur Finanzierung der Krise herangezogen und Geringverdiener und Mittelschicht vor den Krisenkosten geschützt werden. Wir brauchen einen fairen Lastenausgleich, wie ihn das Grundgesetz für solche Fälle vorsieht. Wir wollen eine einmalige Vermögensabgabe für Multimillionäre und Milliardäre einführen. Jetzt ist die Solidarität derer gefordert, denen es sehr gut geht. Nach der Krise braucht es eine große Steuerreform, die Geringverdiener*innen und die Mitte entlastet. Wir wollen eine progressive Vermögenssteuer für Multimillionäre und Milliardäre, die im Jahr rund 100 Mrd. Euro einbringt und dauerhaft Zukunftsinvestitionen in Bildung, Sozialstaat, Energiewende und Infrastruktur ermöglicht. Auch auf EU-Ebene brauchen wir eine Abgabe auf Vermögen von Milliardären, um die Mittel des Wiederaufbaufonds refinanzieren zu können. Für uns gilt: Weder die deutsche Verkäuferin noch der italienische Krankenpfleger sollen für diese Krise bezahlen.

Wie es um den Landeshaushalt bestellt ist

Im laufenden Doppelhaushalt Sachsen-Anhalts werden derzeit Einnahmeausfälle von 1,75 Mrd. Euro erwartet. Wir rechnen damit, dass dieses Haushaltsloch bis 2024 auf 5 Mrd. Euro anwächst. Dagegen hat die Haseloff-Regierung einen Nachtragshaushalt von lediglich 500 Mio. gesetzt. Sachsen-Anhalt muss endlich seine Notkreditermächtigungen nutzen, um die Steuer ausfälle der Jahre 2020/21 sowie krisenbedingte Mehrbedarfe durch eine entsprechende Erhöhung der Nettokreditaufnahme auszugleichen. Wir teilen die Auffassung des DGB, dass für diese Kredite ein Tilgungszeitraum von 30 Jahren festzulegen ist. Die mittelfristige Finanzplanung ist mit dem Ziel zu überarbeiten, dass die Fehlbeträge der Jahre 2022 bis 2024 durch eine entsprechende Kreditaufnahme ausgeglichen werden. Dabei ist der Landtag darüber in Kenntnis zu setzen, welche Kosten unter den Bedingungen des gegenwärtigen Niedrigzinsumfeldes bzw. der Emission von Nullzinsanleihen dafür entstehen. Die Landesregierung muss sich gegenüber dem Bund für einen gesetzlichen Lastenausgleich zum Abbau der notlagebedingten Schulden einsetzen.

Die Kreditaufnahme ist deswegen ein strategisches Finanzierungsinstrument, weil derzeit kaum Zinsen für deutsche Staatsanleihen auf den internationalen Finanzmärkten anfallen. Vor allem aber wird immer mehr deutlich, dass die Notlage für die öffentlichen Haushalte nicht allein auf die Pandemie zurückzuführen ist, sondern auf die komplexen Verflechtungen verschiedener Krisenprozesse, die nicht nur eine temporäre Schock-, sondern eine langfristige Erosionswirkung auf die Wirtschaftsabläufe entfalten.

Bedarfsgerechte Kommunalfinanzen

Kernproblem der kommunalen Finanzausstattung bleibt die weit hinter dem Bundesdurchschnitt zurückbleibende Steuerkraft der Städte und Gemeinden Sachsen-Anhalts. DIE LINKE fordert mit ihrem Konzept „Steuergerechtigkeit für Kommunen“ eine Umverteilung zugunsten der Städte und Gemeinden. Pro 10 000 Einwohner*innen würden damit ca. 2,5 Mio. Euro jährlich Mehreinnahmen entstehen.

Unsere Anforderungen an das Land

3256 Mit mehr als 3 Mrd. Euro ist die Kommunalquote im Landeshaushalt zwar hoch, jedoch erfolgt
3257 die Verteilung der Mittel in einer Vielzahl von Programmen und Fördertöpfen. Das führt zu Ver-
3258 teilungsungerechtigkeit und hohem bürokratischen Aufwand. Diese Zustände stehen für das
3259 Misstrauen der Landespolitik in die Kommunen.

3260
3261 DIE LINKE vertraut auf kommunale Selbstverwaltung. Wir werden die Vielzahl der Fördertöpfe
3262 durch klare Strukturen im Finanzausgleich ersetzen. Der seit 2016 geltende Festbetragsfinanz-
3263 ausgleich von 1,6 Mrd. Euro hat zwar den Sparkurs auf Kosten der Kommunen beendet, jedoch
3264 reicht das nicht aus. Deswegen werden wir das Finanzausgleichsgesetz ändern, damit es sich
3265 besser am kommunalen Finanzbedarf orientiert. Wir wollen auch für die kreisangehörigen Ge-
3266 meinden Ergänzungszuweisungen zum Belastungsausgleich einführen. Dieser Ausgleich von 30
3267 Mio. Euro für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und die Kosten für die Unterhaltung
3268 der Gemeindestraßen soll künftig als Ergänzungszuweisung im Finanzausgleich verankert und
3269 nach Länge der Gemeindestraßen verteilt werden. Die Investitionspauschale wollen wir beibe-
3270 halten und in sie auch die anteilige Finanzierung des Landes an den kommunalen Aufwendun-
3271 gen für die Abschreibungen integrieren.

3272
3273 Der Städte- und Gemeindebund hat nach einer Umfrage, an der sich 77 Städte und Gemeinden
3274 beteiligt haben, einen Sanierungsbedarf an kommunalen Schwimmbädern von rund 147 Mio.
3275 Euro ermittelt. Wir wollen einen **Schwimmbadfonds** auflegen, damit die Kommunen die Auf-
3276 gabe stemmen können. Für die Kommunen wollen wir verbindliche Regelungen der Erstattung
3277 der tatsächlich anfallenden Kosten in Verbindung mit zu erfüllenden Qualitätsstandards für die
3278 Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden und Flüchtlingen. Mit Blick auf die Finanzbe-
3279 ziehungen von Bund und Ländern tritt DIE LINKE hierbei für eine deutlich stärkere Bundesbe-
3280 teiligung ein.

3281
3282 Mit der Ermittlung des kommunalen Finanzbedarfes soll sich künftig eine vom Landtag einge-
3283 setzte Gemeindefinanzkommission befassen. Die Verteilung der Finanzausgleichsmittel muss
3284 den Aufgaben und Belastungen folgen. Die Kommunen müssen von restriktiven Regeln der
3285 Haushaltsaufstellung und Haushaltskonsolidierung befreit werden. Die Vorschrift, wonach bei
3286 fehlendem Ausgleich des Finanzhaushaltes bereits ein Haushaltskonsolidierungskonzept auf-
3287 zustellen ist, muss abgeschafft werden. Die unzureichende Finanzausstattung der Kommunen
3288 hat dazu geführt, dass die Kommunen erhebliche Defizite vor sich herschieben. Deshalb sollten
3289 sie zum einen von ihren Altschulden entlastet werden. In der Haushaltskonsolidierung sind nur
3290 gegenwärtige strukturelle Defizite und die Fehlbeträge der vergangenen drei Jahre anzurech-
3291 nen. Für die verbleibenden Altfehlbeträge wollen wir die Möglichkeit der Umschuldung in einen
3292 Landesfonds anbieten, in welchem diese auf eine Frist von 30 bis 50 Jahren zurückgezahlt
3293 werden sollen. Dabei wollen wir mit Zins- und Tilgungshilfen zusätzliche Anreize setzen.

3294 3295 **Unsere Anforderungen an den Bund**

3296
3297 DIE LINKE fordert eine Gemeindefinanzreform, die eine Neuausrichtung der Steuerverteilung
3298 zwischen Bund, Ländern und Gemeinden entsprechend der gesamtstaatlichen Aufgabenverteil-
3299 ung zum Gegenstand hat. Die Gewerbesteuer muss dringend reformiert und als Gemeindegewer-
3300 schaftssteuer gestaltet werden. Für die Landkreise fordern wir eigene Anteile an den Gemein-
3301 schaftssteuern, zum Beispiel der Umsatzsteuer.

3302

3303 Sachsen-Anhalt sollte bei der Grundsteuer keinen Sonderweg gehen, sondern die Voraussetzungen für die Umsetzung des reformierten Bundesgesetzes schaffen. Die „Aufkommensneutralität“ kann vor dem Hintergrund des grundgesetzlich gesicherten Hebesatzrechtes der Gemeinden nicht durch landesrechtliche Bevormundung, sondern nur durch eine angemessene Finanzausstattung erreicht werden.

3308
3309 **Steuergerechtigkeit, die wir meinen**

3310
3311 Wir wollen das Einkommensteuerrecht umgestalten. Wer weniger als 5.600 Euro pro Monat zu versteuern hat, wird entlastet. Wer mehr versteuern muss, wird belastet. Dies erreichen wir durch eine Änderung des Steuertarifs. Der Grundfreibetrag wird auf 9.300 Euro erhöht, so dass mindestens ein Bruttolohn in Höhe von 12.000 Euro im Jahr steuerfrei bleibt. Der Spitzensteuersatz wird auf 53 Prozent (ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen in Höhe von 65.001 Euro) angehoben. Der sogenannte Mittelstandsbauch wird beseitigt, indem die Steuerbelastung bis zum Spitzensteuersatz linear ansteigt. Letzteres senkt nicht nur die Steuerbelastung von mittleren Einkommen, sondern schwächt zugleich die sogenannte kalte Progression ab.

3319
3320
3321 **Teil VIII: Ohne Frieden ist alles andere nichts: Nein zum Krieg! Nein zur Rüstung!**

Antrag-Nr. 4.10.

Antragsteller: Niklas David Gießler

Zeilen 3322 bis 3339:

Streichen, da keine Landespolitik

Der Antrag wurde zurückgezogen.

3322

Antrag-Nr. 8.1.

Antragsteller:innen: Michael Waßmann, Eva Tichatschke, Rebekka Grotjohann, Chris Scheunichen

Zeilen 3323 bis 3326: „Alle westlichen Angriffskriege ... der Einführung der Demokratie begründet.“

werden ersetzt durch:

„Die Mittel des Krieges, wie die militärische Besetzung der ukrainischen Krim durch Russland, der vom Westen tolerierte Einmarsch des NATO-Mitgliedes Türkei in Syrien, die militärische Unterstützung des Iran für Assads Gewaltherrschaft und die fortgesetzte, brutale Einmischung Saudi-Arabiens in den jemenitischen Bürgerkrieg werden von den verantwortlichen, militärisch aggressiven Regional- und Großmächten allesamt mit Menschen- und Völkerrecht gerechtfertigt.“

Der Landesvorstand übernimmt teilweise in folgender Form:

„Seit dem Ende der Blockkonfrontation vor 30 Jahren ist die Welt nicht friedlicher geworden. Militärische Aggressionen des Westens und Russlands, aber auch von Regionalmächten wie der Türkei, Saudi Arabien und Iran wurden mit der Durchsetzung von Völker- oder Menschenrecht begründet, dienten aber letztlich nur dazu, eigene Interessen im regionalen oder globalen Maßstab mit dem Mittel des Krieges umzusetzen. Die Ergebnisse waren jedes Mal mehr Not, Elend und noch größere Flüchtlingsströme. Sie haben friedliche Konfliktlösungen verhindert und Kriege ausgedehnt.“

3323 In einer Zeit wachsender Kriegsgefahren ist DIE LINKE die Partei des Friedens. Alle westlichen
3324 Angriffskriege wie im Irak (1991/92 und 2003), in Jugoslawien (1995), Afghanistan (seit 2001),
3325 die Intervention in Libyen (2011) und das Eingreifen in den syrischen Bürgerkrieg (seit 2012)
3326 wurden mit dem Schutz der Menschenrechte und der Einführung der Demokratie begründet.

Antrag-Nr. 8.2.

Antragsteller:innen: Michael Waßmann, Eva Tichatschke, Rebekka Grotjohann, Chris Scheunchen

Zeilen 3327 bis 3328:

„Sie dienten jedoch ... Seitdem hat die Kriegsgefahr nicht abgenommen.“
werden geändert zu

„Sie dienen jedoch ... Sie haben friedliche Konfliktlösungen verhindert und Kriege ausge-
dehnt.“

Begründung:

Friedenspolitik muss ehrlich sein. Das heißt in die eine Richtung, bei der Wahrheit zu bleiben: Anfang der 90er besetzte der Irak Kuwait und die internationale Gemeinschaft ging legitimiert durch ein UN-Mandat und unter Zustimmung des UN-Sicherheitsrates militärisch gegen diesen Bruch des Friedens vor. Dies als Angriffskrieg zu brandmarken, ist schlicht unwahr und verdreht die Rollen von Aggressor und Verteidigern der Souveränität Kuwaits. Die 2001 begonnene westliche Intervention in den seit 1979 andauernden Krieg in Afghanistan war die Folge der Anschläge vom 11. September, bei denen mehr Menschen ums Leben kamen als bei den Angriffen auf Pearl Harbour. Dagegen durften die USA ihr Selbstverteidigungsrecht aus Artikel 51 der UN Charta wahrnehmen. Drahtzieher dieser Anschläge war – nach eigenem Bekunden – Osama Bin Laden, Kopf der Terrororganisation Al-Qaida, die ohne den rechtlichen Schutz und die Infrastruktur der Taliban nicht handlungsfähig gewesen wäre. Erneut wird die Rolle von Angriff und Gegenwehr vertauscht, indem dem Westen ein Angriffskrieg vorgeworfen wird.

Beim westlichen Eingreifen in den syrischen Bürgerkrieg – wozu auch die Unterstützung der kurdischen GenossInnen in Nordsyrien im Kampf gegen den IS zählt – ist ebenfalls pauschal von einem Angriffskrieg die Rede, der „Not, Elend und Flüchtlingsströme vergrößert“ habe. Der Islamische Staat versucht mit militärischer Gewalt Muslime einer faschistischen Herrschaft zu unterwerfen, in der religiöse und weltanschauliche Minderheiten systematisch ermordet und Frauen entrechtet wurden. Niemand wird bestreiten können, dass der IS hier Aggressor war und ist, das ihn aufzuhalten keinen Flüchtlingsstrom und keine Not vergrößert hat gegenüber der Alternative, ihn gewähren zu lassen. Die letzten Reste zivilisierten Zusammenlebens und demokratischer Selbstorganisation in Nordsyrien dagegen zu verteidigen, sowie die westliche Hilfe hierzu, die vielen kurdischen GenossInnen das Leben gerettet hat als Angriffskrieg zu verunglimpfen, ist in jedem Sinne des Wortes falsch.

Gleichwohl ist die Rolle des Westens in Syrien eine ambivalente (und das bleibt in der vorgeschlagenen Formulierung auch konkret benannt enthalten). Aber das zeigt nur:

Ehrliche Friedenspolitik lässt sich nicht mit allgemeingültigen Statements über ein halbes dutzend bewaffneter Konflikte der letzten 30 Jahre machen – das kann ihnen nicht gerecht werden. Friedenspolitik muss aktuell und sie muss interessiert sein an den konkreten Konflikten, Regionen und Menschen, an ihrer Geschichte und ihren Gesellschaften, statt sich auf geschichtsphilosophische und geopolitische Allgemeinplätze einzulassen. Zu leicht entsteht sonst der Eindruck, linke Friedenspolitik sei mehr daran interessiert, den kalten Krieg per Parteitagbeschluss wenigstens noch moralisch zu gewinnen oder die Konflikte

der Vergangenheit in besserwisserischen „Hätte hätte Fahrradkette“-Gedankenspielen umzuschreiben, als daran das Leid gegenwärtiger Kriege zu lindern oder besser noch sie zu beenden.

Das ist die andere Richtung, in die Friedenspolitik ehrlich sein muss: Nicht nur gegenüber ihrem Gegenstand, sondern auch gegenüber ihren Zielen. Linke Friedenspolitik darf sich nicht einspannen lassen in Machtblöcke und deren Geostrategie. Wenn sie ehrlich gemeint ist, darf sie nicht „zufällig“ nur die militärische Aggression einer Seite oder eines bestimmten geopolitischen Akteurs ignorieren und dadurch tolerieren, aber die seines Gegenspielers tadeln und noch möglichst lange auswerten.

Daher soll die vorgeschlagene Formulierung den Fokus auf aktuelle, gegenwärtige Konflikte, sowie deren konkrete, lokale Akteure legen und eine Vielzahl in gegensätzliche Machtblöcke eingeordnete Aggressoren benennen. Die Liste bleibt exemplarisch und auf die unmittelbare Umgebung Europas beschränkt, weshalb bspw. Chinas militärisch untermauerte Expansionspolitik im Westpazifik und der nuklear aufgerüstete Grenzkonflikt zwischen Indien und Pakistan unberücksichtigt bleiben.

Hat sich mit der Teilübernahme des Antrages 8.1. erledigt.

3327 Sie dienten jedoch nur machtpolitischen Zielen und haben Not, Elend und Flüchtlingsströme
3328 vergrößert. Seitdem hat die Kriegsgefahr nicht abgenommen.

3329

3330 Unsere Botschaft bleibt deswegen: Krieg und die Androhung militärischer Gewalt können keine
3331 Mittel einer friedensstiftenden Politik sein. Die Aussetzung der Umsetzung des Vertrages über
3332 Konventionelle Streitkräfte in Europa durch Russland im Jahre 2007, die Außerkraftsetzung des
3333 Vertrags über nukleare Mittelstreckensysteme durch die USA stehen ebenso für eine Rückkehr
3334 zum Wettrüsten, wie auch das NATO-Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Militär-
3335 ausgaben zu verschwenden. DIE LINKE lehnt eine Steigerung der Rüstungsausgaben wie auch
3336 eine weitere Ausdehnung der NATO nach Osten ab. Sachsen-Anhalt muss im Bundesrat eine
3337 deutliche Stimme für die Entspannung und die friedliche Kooperation mit Russland sein. Die
3338 Bundesregierung muss endlich den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen. Das bedeutet
3339 auch, dass die US-Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden.

3340

3341 **Bundeswehr in Sachsen-Anhalt reduzieren**

3342

3343 Dass die Bundeswehr in Sachsen-Anhalt wieder die Truppenstärke wie vor der Bundeswehrre-
3344 form 2011 hat, ist für uns kein Grund zur Freude. Die Standorte sind Teil der Militarisierung der
3345 deutschen Außenpolitik. Sie sind damit auch Teil eines gefährlichen Bedrohungsszenariums,

Antrag-Nr. 2.33.

Antragsteller*innen: Joachim Spaeth, John Lucas Dittrich, Rosemarie Hein, Stephan Krull, Andreas Horn, Bernd Krause, Chris Scheunchen, Christian Arnd, Iris Gottschalk, Jennifer Lemke, Jenny Schulz, Lukas Hirtz, Nadja Lösch, Nico Thate, Vera Baryshnikov, Nicole Anger (Stadtverband Magdeburg)

Zeilen 3346ff:

Ersetzen durch folgende Formulierung:

„Die zivile Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide beschloss der junge Landtag von Sachsen-Anhalt 1991. Nach Jahrzehnten des militärischen Missbrauchs sollte dieses Gebiet mit einem Naturpark Zukunft finden. Es wurde aber ein Militärpark, der Truppenübungsplatz Altmark mit dem Gefechtsübungszentrum und der Kriegsübungsstadt Schnöggersburg als

zentrale Orte der Ausbildung der Bundeswehr für Auslandseinsätze und Aufstandsbekämpfung. DIE LINKE setzt sich für die Schließung der Truppenübungsplätze Altmark und Zeitzer Forst u.a. ein. Sie unterstützt die Proteste der Friedensbewegung und friedlicher Aktionen zivilen Ungehorsams. Eine militärische Nutzung des Flughafens Leipzig/Halle wird abgelehnt.“

Begründung:

Die Formulierung, dass die Schließung des *Truppenübungsplatzes Colbitz-Letzlinger Heide** eine zentrale Forderung der DDR Friedensbewegung gewesen sei, erscheint mir zu kurz gegriffen. (Siehe unten) Der Satz: „Dem Erbe der friedlichen Revolution von 1989 fühlen wir uns auch weiter verpflichtet“ erscheint mir unsensibel und daher schlage ich die aufgeführte Neuformulierung vor.

Zur oppositionellen DDR-Friedensbewegung:

Soweit ich das überblicke, standen in den 1983iger Jahren in der unabhängigen Friedensbewegung unter dem Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ folgende Ziele u.a.

im Mittelpunkt:

> Beendigung der lebensgefährlichen Konfrontation der großen Atommächte und damit die Ablehnung der Stationierung von SS-20-Atomraketen in der DDR und von Pershing II und Cruise-Missiles in der Bundesrepublik

> Die Forderung nach echten Alternativen zum Wehrdienst durch einen sozialen Friedensdienst in der DDR

> anstelle des Wehrkundeunterrichts an den DDR-Schulen einen Unterricht über Fragen des Friedens

*) *Nach 1945 wurde das Gelände der Heeresversuchsanstalt der faschistischen Wehrmacht Hillersleben Stationierungsort der Sowjetarmee. Dieses Gebiet der Colbitz-Letzlinger Heide mit 23 000ha wurde am 11.August 1994 durch die Bundeswehr übernommen.*

Der Landesvorstand übernimmt.

3346 vor allem gegenüber Russland. Wir unterstützen auch weiterhin die Proteste gegen das Ge-
3347 fechtsübungszentrum Schnöggersburg (Altmark), das ausdrücklich zur Vorbereitung von
3348 Kriegseinsätzen der Bundeswehr und ausländischer Streitkräfte dient. Der Truppenübungsplatz
3349 im Zeitzer Forst sollte geschlossen werden. Anlässlich des 30. Jahrestages der deutschen Ein-
3350 heit ist daran zu erinnern, dass eine zentrale Forderung der DDR-Friedensbewegung die Schlie-
3351 bung des Truppenübungsplatzes Colbitz-Letzlinger Heide war. Diesem Erbe der friedlichen Re-
3352 volution von 1989 fühlen wir uns auch weiter verpflichtet. Die militärische Nutzung des Fluga-
3353 fens Leipzig/Halle lehnen wir ab.

3354

3355 **Solidarität statt Ellenbogen**

3356

3357 Gerade die Corona-Krise hat uns doch vor Augen geführt, dass wir uns für gesellschaftlichen
3358 Zusammenhalt oder für den Sieg des Egoismus zu entscheiden haben. Niemand lebt ohne Ei-
3359 geninteresse, aber auch keiner nur für sich allein. Das Wesen unserer künftigen Gesellschaft
3360 wird maßgeblich davon geprägt sein, wie die Kosten der Krise verteilt werden.

3361 DIE LINKE will eine gerechte Lastenverteilung. Wer Millionen hat, kann Tausende zahlen. Wer
3362 wenig hat, darf nach der Krise nicht noch weniger haben. Diese Forderung vertreten wir schon
3363 lange, nicht erst seit Corona. Jetzt aber haben wir die Chance, die sozialen Ungerechtigkeiten
3364 zu überwinden.

3365 Wir wollen das Land verändern. Gegen soziale Ungerechtigkeit können wir gemeinsam vieles
3366 tun. Deshalb werben wir für Solidarität statt Ellenbogen.